

**Heft 198**

Ausgabe 5 | 2013

ISSN 0170-461

K 53 61

5,00 Euro

# spw



## Integrative Stadtpolitik

René Böhme, Rolf Prigge, Thomas Schwarzer  
Soziale Stadtpolitik – Ein politisches Konzept  
für mehr Chancengerechtigkeit

Daniel Gardemin  
Großstadt im Wandel – Plädoyer  
für eine neue Wohnungspolitik

**Bundestagswahl 2013:**

Kai Burmeister, Stefan Stache  
Das Problem der Glaubwürdigkeit

Niels Annen, Oliver Kaczmarek  
Die richtigen Inhalte und doch verloren  
– Die SPD muss ihre gesellschaftliche  
Verankerung erneuern

## Kurzum | von Felix Welti

Im August ist in Bremen eine als Privatisierungsbremse bezeichnete Regelung in die Landesverfassung aufgenommen worden. Davon betroffen sind Unternehmen der Freien Hansestadt, die dem Gemeinwohl dienen, indem sie Leistungen in Verkehr, Entsorgung, Energie- oder Wasserversorgung erbringen, wesentliche Beiträge zur wirtschaftlichen, verkehrlichen oder kulturellen Infrastruktur leisten oder geeignet sind, die Verwirklichung des Rechts auf Wohnung zu fordern. Diese dürfen nur privatisiert werden, wenn die Bürgerinnen und Bürger dem in einem Volksentscheid zustimmen. Im September haben, am Tag der Bundestagswahl, die Hamburgerinnen und Hamburger in einem Volksentscheid den Rückkauf des Stromnetzes durch die Freie und Hansestadt beschlossen. Im November wird eine Abstimmung über die Übernahme des Stromnetzes durch die Stadt in Berlin stattfinden. Schon 2004 hatten sich in Hamburg mehr als drei Viertel der Abstimmenden beim Volksentscheid „Gesundheit ist keine Ware“ gegen die Privatisierung der städtischen Krankenhäuser ausgesprochen. Die Europäische Bürgerinitiative „Wasser ist ein Menschenrecht“ hat fast 1,9 Millionen Unterschriften gesammelt.

**Kurzum:** Öffentliche Infrastruktur in öffentlicher Hand ist ein Thema der Demokratie, ein Thema von Mehrheiten.

Während direkte Demokratie bei vielen Themen mit guten Gründen als Instrument gut organisierter und privilegierter Minderheiten kritisiert werden kann, haben Volksentscheide über öffentliche Infrastruktur, die alle betrifft, eine andere Qualität. Bei ihnen wird deutlich, dass Maß und Gestaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge Fragen sind, die über die Verfassung eines demokratischen und sozialen Rechtsstaats mitbestimmen.

Ob Infrastrukturen öffentlich oder privat organisiert werden, ist nicht allein Frage der



☞ Dr. Felix Welti ist Professor an der Universität Kassel am Institut Sozialwesen des Fachbereichs Humanwissenschaften und im spw-Zusammenhang aktiv.

Foto: privat

Tagespolitik. Kommunen, Länder, Staaten und Staatenverbünde, die das entscheiden, bestimmen die Rahmenbedingungen von Politik und Wirtschaft für längere Zeit. Der ökonomische und politische Preis, privatisierte Netze und Einrichtungen der Daseinsvorsorge zurückzukaufen, ist hoch. Darum gibt es gute Gründe, diese Fragen als Verfassungsfragen auszugestalten und Privatisierungen als strittige Grundsatzentscheidungen kenntlich zu machen.

**Kurzum:** Eingriffe in die öffentliche Daseinsvorsorge sind Eingriffe in Freiheit und Eigentum der Bürgerinnen und Bürger. Für solche Eingriffe bedarf es auch rechtlicher Schranken.

Der Europäische Binnenmarkt wurde für eine gewisse Zeit als Instrument verstanden, nicht nur bestehende Märkte zusammenzuführen, sondern auch dort Märkte zu schaffen, wo demokratische Staaten sich für andere Steuerungsformen entschieden hatten. Doch öffentliche Dienste von allgemeinem Interesse und allgemein zugängliche Netze des Verkehrs, der Kommunikation, des Wassers, der Energie, der Kultur und der sozialen Sicherheit sind auch Voraussetzungen für funktionierende Märkte. Werden sie besonderen Interessen dienstbar gemacht, kann das schädlich sein für Ökonomie und Demokratie.

**Kurzum:** Die öffentlichen Netze und Dienste sind eine Voraussetzung des europäischen Modells der sozialen Demokratie, eine europäische Verfassungsfrage. ■

## ■ Meinung

### Bundestagswahl 2013:

Das Problem der Glaubwürdigkeit   Kai Burmeister, Stefan Stache .....	4
Die richtigen Inhalte und doch verloren   Niels Annen, Oliver Kaczmarek .....	8

### Debatte:

Export von Rüstungs- und Dual-use-Gütern: Pro Export und egal was und wen   Jan van Aken .....	10
Für eine restriktive und transparente Rüstungsexportpolitik   Rolf Mützenich .....	11

## ■ ■ Im Fokus: Integrative Stadtpolitik

Einleitung zum Heftschwerpunkt   Myriam Riedel, Sarah Ryglewski, Thilo Scholle .....	12
Soziale Stadtpolitik – Ein politisches Konzept für mehr Chancengerechtigkeit   René Böhme, Rolf Prigge, Thomas Schwarzer .....	16
Großstadt im Wandel – Plädoyer für eine neue Wohnungspolitik   Daniel Gardemin .....	23
Die „gute Stadt“ – Hegemoniefähigkeit in großen Städten   Björn Böhning .....	29
Rekommunalisierung von PPP   Laura Valentukeviciute .....	33
Chancen und Grenzen lokaler Ökonomie   Ole Erdmann .....	38
Den demografischen Wandel gestalten – Wohnungspolitik für die ältere Generation   Jutta Blankau .....	42

## ■ ■ ■ Magazin

Stichwort Wirtschaftspolitik: Finanzielle Repression oder: Manipulieren Zentralbanken den Markt, um ihre Regierungen zu entschulden?   Arne Heise .....	46
Die aktuelle Zahl: 8,1 Millionen   Claudia Bogedan .....	48
Ägypten am Scheideweg zwischen Demokratie und Restauration?   Peter Senft .....	49

### 150 Jahre Diskursgeschichte der SPD-Linken

Otto Bauer und der „integrale Sozialismus“   Michael Krätke .....	54
Alexander Stein, die „Protokolle der Weisen und Zion“ und die Politik   Thilo Scholle .....	59
Linkssozialismus – historisch-essayistische Betrachtungen zum Gedenken des 70. Geburtstages von Detlev Albers (†)   Uli Schöler .....	62

### Rezension:

Anerkennung als Schlüssel zur Lösung von Vereinbarkeitskonflikten   Anne Goedicke .....	68
Erwiderung auf Benjamin Mikfeld und Jan Turowski   Tim Rohardt .....	70

## ■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

DL 21 Aktuell .....	72
Meldungen: Glückwünsche, Perspektivenwechsel in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland, Vorankündigung: DL21-Herbsttagung am 30.11.2013 .....	73
Fünf Fragen an... Joachim Schuster .....	74

## □ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:  
Niels Annen (Hamburg)  
Klaus Dörre (Jena)  
Iris Gleicke (Schleusingen)  
Michael Guggemos (Frankfurt am Main)  
Oliver Kaczmarek (Kamen)  
Michael R. Krätke (Lancaster)  
Uwe Kremer (Dortmund)  
Detlev von Larcher (Weyhe)  
Uwe Meinhardt (Stuttgart)  
Benjamin Mikfeld (Berlin)  
Susí Möbbeck (Magdeburg)  
Andrea Nahles (Weiler)  
Florian Pronold (Deggendorf)  
René Röspel (Hagen)  
Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)  
Carsten Sieling (Bremen)  
Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)  
Thomas Spies (Marburg)  
Michael Vester (Hannover)  
Felix Welti (Lübeck)  
Thomas Westphal (Dortmund)

### Redaktion:

Thorben Albrecht  
Claudia Bogedan  
Björn Böhning  
Kai Burmeister  
Cordula Drautz  
Ole Erdmann  
Björn Hacker  
Sebastian Jobelius  
Lars Neumann  
Michael Reschke  
Sarah Ryglewski  
Thilo Scholle  
Holger Schöneville  
Till van Treeck

### Heftschwerpunkt:

Björn Böhning, Cordula Drautz, Lars Neumann,  
Sarah Ryglewski, Thilo Scholle, Stefan Stache

### Chefredaktion und V.i.S.d.P.:

Stefan Stache  
Telefon 0177 - 525 049 8  
redaktion@spw.de

### Abo-/Verlagsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH  
Westfälische Str. 173, 44 309 Dortmund  
Telefon 0231 - 2 02 00 11  
Telefax 0231 - 2 02 00 24  
spw-verlag@spw.de, www.spw.de

### Geschäftsführung:

Robin Baranski  
Hans-Joachim Olczyk  
Eckhart Seidel

### Konto des Verlages:

Postbank Dortmund  
Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46,  
IBAN: DE81 4401 0046 0032 443468,  
BIC: PBNKDEFF, UST-ID-Nr.: DE 122946515

Die spw erscheint mit sechs Heften im Jahr.  
Jahresabonnement Euro 39,-  
(bei Bankenzug Euro 37,-)  
Auslandsabonnement Euro 42,-  
Abbestellungen mit einer Frist von drei  
Monaten zum Jahresende.  
Postvertriebsstück, keine Nachsendung.  
Anschriftänderung ist dem Verlag mitzuteilen.  
ISSN 0170-461-K 5361  
©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2013.  
Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto: fotolia.com © Sunny Images  
Bildnachweis: S. 46 www.fotolia.com  
© ferkelraggae.

Gestaltung und Druck:  
Druckerei Uwe Nolte, Iserlohn  
1.-3. Tausend, Oktober 2013

## Bundestagswahl 2013: Das Problem der Glaubwürdigkeit

von Kai Burmeister und Stefan Stache



☞ Kai Burmeister ist Gewerkschaftssekretär in Stuttgart und Mitglied der spw-Redaktion.

Foto: © Joachim E. Roettgers GRAFFITI



☞ Stefan Stache ist Chefredakteur der spw und lebt in Hannover.

Foto: ©Thilo Nass

An Tagen wie diesen. Während konservative Granden in Anzug und Krawatte zu den Toten Hosen wippten, stand eine Konsequenz aus dem zweitschlechtesten Bundestagswahlergebnis der SPD längst fest: Fraktionsführer haben es eilig und lassen sich gleich in der ersten Fraktionssitzung bestätigen. Der Peer bleibt selbstverständlich „an Bord“, auf der Brücke der Sondierungsgespräche mit CDU/CSU. Und sonst? Eine Wahlanalyse soll es geben. Aber was wäre von ihr im Falle einer großen Koalition zu erwarten?

Auch in linken Medien kommen angesichts der fast absoluten Mehrheit Vergleiche Merkels mit Adenauer auf. Aber ist ihre Partei tatsächlich so stark? Sie ist es – und sie ist es nicht. Sicher hat sie – neben der Schwäche der FDP – von einer relativen Stabilisierung der industriellen Kerne in Deutschland profitiert. Paradoxerweise waren es arbeitsmarktpolitische Stoßdämpfer aus der Zeit der letzten großen Koalition, wie die Kurzarbeit oder die Nachfrage stützende Konjunkturpakete, welche die Folgen der Krise für einen Teil der Beschäftigten abfederten. Diese relative Stabilisierung wurde jedoch bis heute nicht der SPD zugeschrieben. Dagegen konnte Merkel

diskursiv an die Erzählung der Exportnation Deutschland anknüpfen, die nun alles in allem aufgrund wirtschaftlicher Stärke gut durch die Krise gekommen sei. Bereits auf dem Höhepunkt der Finanzmarktkrise hatte Merkel dieses Narrativ in den Mittelpunkt gestellt. Es bestehe also kein Anlass, von den scheinbar erfolversprechenden Grundlinien ihrer Wirtschaftspolitik abzuweichen. Ihre depolitisierende Aussage im Wahlkampf, es ginge den Menschen doch besser als vor vier Jahren, war für viele verständlicher und mancher kritischen Debatte überlegen. Damit sprach sie die Hoffnung an, dass sich zumindest der soziale status quo nicht ändere – trotz erlebter Unsicherheit. Indirekt appellierte sie an den Leistungsethos der Arbeitnehmermilieus und deren Strategien zur Krisenbewältigung.

### Das Vermächtnis der Schröder-Ära

Doch das ist nur eine Seite der Arena. Im Kern beruht der konservative Triumph auf der anhaltenden Glaubwürdigkeitskrise der SPD. Die Partei konnte die Wähler des eigenen Lagers nicht im nötigen Maß mobilisieren. Diese Mobilisierung ist entscheidend, da zwischen den politischen Lagern kaum

ein Austausch von Stimmen stattfindet. Eine Mehrheit der Bevölkerung nimmt die Schief-lagen sozialer Gerechtigkeit wahr und würde die Forderungen des SPD-Regierungspro-gramms unterstützen. Doch viele der mög-lichen Wähler misstrauen der Partei noch immer. Die tiefe Verunsicherung ist eine Hin-terlassenschaft der Schröder-Ära. Jahrelang bediente die SPD aus der Regierung ganze Diskurswelten wie z.B. die der gerechten Ver-teilung und sozialen Regulierung kaum. Viel-mehr störte oder kappte sie die Verbindung zum eigenen Lager durch die Übernahme neoliberaler Diskurse wie z.B. des „schlan-ken Staates“ oder der „Eigenverantwortung“. Lediglich eine knappe Mehrheit der Wahlbe-rechtigten verneinte lt. DeutschlandTrend im Mai 2011 die Aussage, die SPD sei eine Partei, auf die man sich nicht verlassen könne. Zu-gleich stimmten jedoch 75 Prozent der Aus-sage nicht zu, sie sei eine Partei, von der man genau wisse, wofür sie stehe.

### Widersprüchliche Botschaften

Nach ihrer bisher härtesten Wahl-nieder-lage bei der Bundestagswahl 2009 unterzog die Partei grundlegende Elemente der Agen-da 2010 einer Revision. Für diese programma-tische Neuorientierung stehen vor allem die Beschlüsse „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“. In den Ländern konnte die SPD mehrere Wahl-erfolge und Regierungswechsel verbuchen, wenn auch mit teilweise mageren Zugewin-nen. Noch immer bremste die verkrampte Bewertung der zweiten rot-grünen Bundes-regierung die Rückgewinnung von Vertrau-en. Diese bisher unaufgelöste Debatte zog sich durch zahlreiche Stellungnahmen bis in den Bundestagswahlkampf 2013 hinein. Die diskursiven Widersprüche zwischen Politik für mehr Gerechtigkeit und Lob der markt-liberalen Agenda 2010 wurden nicht ausge-fochten, sondern im Regierungsprogramm fixiert: In der Einleitung gepriesen, wurde sie im Forderungsteil revidiert. Die Gleichzeitig-keit der unterschiedlichen Diskurse verstan-

den viele Wähler nicht oder interpretierten sie als mangelnde Verlässlichkeit.

An der Türschwelle lassen sich solche Brü-che nicht freundlich wegdiskutieren. Dass es in dieser Debatte nicht um Semantiken geht, belegen besonders Wahlergebnisse der SPD bei SGB-II-Empfängern. Sofern sie nicht an das Nichtwählerlager verloren gingen, wech-selten sie bereits seit Mitte der 2000er Jahre zu der Partei Die Linke. Viele der ehemaligen Wähler sehen heute die SPD als eine Partei der sozialen Gewinner, die weniger Privile-gierte nicht mehr vertritt.

Zudem befindet sich die SPD auf Bundes-ebene in einem Dilemma: Verlorenes Ver-trauen kann sie nur zurückgewinnen, wenn sie den programmatischen Worten auch Taten folgen lässt. Aus der Opposition her-aus ist das offensichtlich schwierig. Die zum Teil sichtbaren Erfolge in den Ländern konn-ten bislang nicht als ausreichende Gewähr für eine Neuausrichtung der SPD etabliert werden.

Eine unklare Haltung in der europäischen Krisenpolitik, die einerseits die Bundesregie-rung im Parlament unterstützte und sich andererseits abzugrenzen suchte, musste im Wahlkampf verpuffen. In der Europapoli-tik versperrt der Widerspruch zwischen der Zustimmung zum Fiskalpakt und Schulden-bremse auf der einen und der Forderung nach konjunkturbelebenden Investitionen auf der anderen Seite den Entwurf eines nachhaltigeren ökonomischen Pfades. Von dieser Schwäche hat die AfD profitiert. Von ihr geht eine besondere Gefahr aus, weil sie in unterschiedliche Milieus hineinwirkt. Die Partei knüpft sowohl an fremdenfeindliche Einstellungen wie an den Mythos der erfolg-reichen D-Mark an. Ohne eine konsistente Kritik der marktliberalen Sparpolitik und ih-rer ökonomischen und sozialen Folgen, ein lautes „Europa geht anders!“, ohne eine Stra-tegie für eine nachhaltige Ökonomie durch

die politische Linke, ist der weitere Aufstieg der AfD wahrscheinlich.

## Zwischen Klartext und Mobilisierungsbremse

Der Plan, ein bekannter Akteur der letzten großen Koalition könne über seine Reputation den neuen Kurs verkörpern und gleichzeitig den Konservativen ihre vermeintliche Wirtschaftskompetenz streitig machen, ging nicht auf. Eher war Peer Steinbrück Ausdruck unbewältigter Debatten. In den Augen der Wählerklientel stand er nicht für den neuen Kurs des „Wir“. Zu schnell hatte sich der politische Wechsel seiner Aussagen vollzogen. Die Debatten um seine Vortragsreisen und die Pannen des Klartext-Wahlkampfes zeichneten das Bild eines Managertypus, der in Wahrheit auf autoritäre Selbstdarstellung und Durchsetzung statt auf Dialog setzt. Sie untergruben selbst den Nimbus des seriösen Fachmanns. Weder das unerwartet erfolgreiche Kandidatenduell noch die emsigen Hausbesuche konnten diese Vertrauensdefizite überbrücken, sondern nur etwas Boden gut machen.

Mit der Entscheidung, keine reale Machtoption anzubieten, zogen SPD und Grüne die Mobilisierungsbremse. Ohne glaubwürdige Machtoption verfestigte sich die Überzeugung der eigenen Wählerklientel, ihre Stimmabgabe habe keine entscheidende Bedeutung. Seit der Bundestagswahl 2005 sind die Ergebnisse des linken Lagers von 51 Prozent auf 48,3 im Jahr 2009 und nun auf 42,7 Prozent geschrumpft. Im gleichen Zeitraum sank die Wahlbeteiligung zu Lasten des linken Lagers von 77,7 dramatisch auf 70,8 Prozent ab und konnte sich 2013 nur leicht auf 71,5 Prozent erhöhen. Dagegen ist das rechte Lager gestärkt aus der Wahl hervorgegangen, wenn die Ergebnisse der FDP und der AfD hinzugerechnet werden.

Im Westen erreichte Die Linke trotz ihrer hohen bundesweiten Verluste infolge destruktiver Strömungsauseinandersetzungen durchschnittlich über fünf Prozent. Außer in Baden-Württemberg und Bayern konnte sie die Hürde überall teils deutlich überspringen. Das entlarvt die Einschätzung, die Partei würde im Westen verschwinden, als Wunschdenken. Im Osten führten die Schwäche der SPD und die Konkurrenz um Stimmen mit Die Linke dazu, dass die politische Landkarte der Wahlkreise trotz einer Mehrheit des linken Lagers schwarz gefärbt wurde.

Rot-Grün war kein gesellschaftliches Projekt, sondern eine bloße Absichtserklärung zweier Parteien, die keine ausreichende Bindekraft entfaltete. Letztlich vermochte es keine der Parteien im Linken Lager, ihre Themen der Gerechtigkeit und der Energiewende wirksam zu setzen. Es fehlte, von der Geheimdienstaffäre abgesehen, an kritischen Ereignissen, die als Katalysator einer Polarisierung zwischen den Lagern dienen konnten.

## Am Wendepunkt

Sowohl für die SPD als auch für das linke Lager als Ganzes stellt die Frage der Regierungsbeteiligung einen Wendepunkt dar. Die Skepsis der Mehrheit der Parteimitglieder gegenüber einer großen Koalition ist alles andere als unberechtigt. Sie speist sich aus der jüngsten Erfahrung, kaum die eigenen Kernforderungen durchsetzen zu können und für die eignen Wählermilieus nicht erkennbar zu sein. Schritte zu einem sozial-ökologischen Pfadwechsel sind im Korsett einer solchen Machtkonstellation angesichts der Stärke der Unionsparteien weitgehend blockiert. Im Gegenteil: Wie real die Gefahr eines programmatischen roll-back ist, zeigt die Äußerung des Parteivorsitzenden, Steuererhöhungen seien kein Selbstzweck. Schon jetzt gibt er damit taktisch verbrämt zu verstehen, dass die SPD sich aus der Verteilungsdebatte

zurückziehen könnte. Zudem hat die konservative Parteiströmung kaum ein Interesse an einer alternativen politischen Konstellation, da sie darin deutlich geschwächt würde.

Auf Druck der Basisgliederungen und der SPD-regierten Länder, die dringend finanzielle Mittel für Investitionen benötigen und um ihre Handlungsfähigkeit fürchten, beschloss der erste Parteikonvent eine Mitgliederbefragung. Doch die Debatte krankt schon jetzt an einer vermeintlichen Alternativlosigkeit zwischen großer Koalition und Neuwahlen, die von der Parteispitze ebenfalls ausgeschlossen wurden. Soll die Mitgliederbefragung nicht zum Absegnungsinstrument werden, muß die Parteilinke den Gang in die Opposition als ebenso legitime Alternative in der Debatte vertreten. Vereinzelt werden in der Partei Überlegungen diskutiert, im Falle einer großen Koalition wechselnde Mehrheiten in einigen Sachfragen zu ermöglichen. Auch wenn sich die Konservativen kaum darauf einlassen werden, sind Debatten um die Stärkung der Abgeordneten anstelle der eingefahrenen Koalitions Klausel ein Gewinn für die Demokratie.

Es war der Parteivorsitzende selbst, der die Beschlüsse des jüngsten Parteikonvents als unverzichtbare Voraussetzungen einer großen Koalition qualifiziert hatte. Der Forderungskatalog greift zentrale Bestandteile des Wahlprogramms auf. Zudem gelang es der Linken und einzelnen Landesverbänden, den Ursprungsentwurf zu erweitern. Doch abgesehen davon, dass die Ziele des Regierungsprogramms weit darüber hinausreichen, macht ein schlichter Abgleich grober Orientierungen und Überschriften noch lange keine kritische Bewertung. Entscheidend ist, wie die Forderungen, z.B. nach Mindestlohn oder die Finanzierung der Investitionen, konkret ausgestaltet sind. Hier gilt es, sehr genau hinzusehen und die Kritik breit zu debattieren. Denn der politische Einsatz für eine schwache Gestaltungsposition

wäre zu hoch. Ohne deutliche Fortschritte in den Feldern Verteilungsgerechtigkeit, Gute Arbeit, Investitionen in öffentliche Infrastruktur und Bildung, auskömmliche Rente, gerechter ökologischer Umbau, soziales Europa, Gleichstellung sowie Integration, wird die SPD kein Vertrauen gewinnen und das mühsam zurückerlangte wieder verspielen. Eine Regierungsbeteiligung ohne progressive Substanz würde aber nicht nur der SPD schaden, sondern die Mehrheitsfähigkeit der gesamten Linken dauerhaft verbauen.

Zur Zeit ist damit zu rechnen, dass das Land in den nächsten Jahren von einer Großen Koalition regiert werden wird. Wie die Sozialdemokratie bei den nächsten Wahlen dastehen wird, ist offen. Die Aufgaben unseres Zusammenhangs sind anders gelagert. Es geht uns um eine tatsächliche Mehrheitsfähigkeit für linke Politik und gerechtes Wirtschaften. Jenseits von Koalitionsfragen wird spw in der politischen Linken sowohl crossover-Diskurse mit radikalreformerischen Akteuren als auch die verschiedenen Debattenstränge um „Die gute Gesellschaft“ und den „Kurswechsel“ und sozial-ökologische Reformprojekte weiterführen. Angesichts der Krise Europas ist es klar, dass alle Politikentwürfe im europäischen Maßstab erdacht und debattiert werden müssen. Die Europäisierung unserer Debatten – auch im Sinne der offensiven Auseinandersetzung mit der rechten Europakritik – ist eine wichtige Ausgangsbedingung, um eine große Erzählung beginnen zu können. Es gibt für spw damit viel zu tun. ■

## Bundestagswahl 2013: Die richtigen Inhalte und doch verloren – Die SPD muss ihre gesellschaftliche Verankerung erneuern

von Niels Annen und Oliver Kaczmarek



☞ Niels Annen ist Mitglied der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, des SPD-Parteivorstandes und Mit-Herausgeber der spw.

Foto: © Florian Jaenicke



☞ Oliver Kaczmarek ist Mitglied der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag und Mit-Herausgeber der spw.

Foto: © SPD Parteivorstand

Selten war die SPD mit einem Programm so im Reinen wie mit dem für die Bundestagswahl 2013. Auch in Umfragen wurde den zentralen Botschaften und Forderungen aus dem Regierungsprogramm eine hohe Zustimmung signalisiert. Und dennoch: Das Wahlergebnis blieb im deprimierenden Tief stecken. Betrachtet werden sollten vor diesem Hintergrund in der weiteren Debatte zur Aufarbeitung des Wahlergebnisses der SPD vor allem zwei Aspekte.

### Dem Programm eine Idee geben

Mit dem Regierungsprogramm ist es gelungen, ein gutes politisches Instrumentarium zu beschreiben, das eine Vielzahl von Verbesserungen beschreibt und zweifellos die Grundlage dafür bildet, dass damit ein besseres Leben für Millionen von Menschen möglich wird. Nicht gelungen ist es bisher, eine in sich geschlossene Erzählung als Grundlage dafür zu entwickeln, die etwa die Philosophie des sozialen Aufstiegs mit der ökonomischen und gesellschaftlichen Modernisierung verbindet. Das haben andere Parteien auch nicht, aber für die SPD in ih-

rem Selbstverständnis und für ihre Mobilisierungsfähigkeit scheint das ein zentraler Punkt zu sein. Es fehlt offensichtlich eine mobilisierende Leitidee, die eine milieuübergreifende Wirkung und Gemeinsamkeit entfaltet.

### Die SPD zur sozialen Bewegung machen

Die knapp 10 Millionen Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2009 wurden mit 11,2 Millionen Zweitstimmen 2013 deutlich übertroffen, gehören aber gegenüber 2005 (16,2 Millionen) oder gar 2002 (18,5 Millionen) und erst recht 1998 (20,1 Millionen) immer noch zu den deutlich schwächsten Wahlergebnissen der SPD. In neun Bundesländern hat die SPD entweder ein oder gar kein Direktmandat gewonnen. Ein Stimmenverlust in dieser Höhe deutet darauf hin, dass der SPD der Zugang in einige für sie zentrale Wählermilieus verloren gegangen ist. Hier gibt es zwar regionale Unterschiede, aber der gelegentlich selbst gestellte Anspruch von der SPD als soziale Bewegung (im Original vom Parteivorsitzenden formuliert) kann so immer schwieriger eingelöst werden. Deshalb

ist die Debatte über das Wahlergebnis bei der Bundestagswahl eben nicht nur mit der wichtigen Koalitionsfrage verbunden, sondern auch damit, wie die SPD ihre Antennen in die Gesellschaft erneuern muss.

Diese zwei Aspekte sind zusammen zu diskutieren. Die Parteilinke ist in diesem Prozess gefordert. Sie muss Orientierung geben und gestalten wollen. Es geht darum, diese Herausforderung aufzunehmen und analytisch einzuordnen. Dabei ist die Parteilinke mit gefordert, auf den Grundlagen des programmatisch Erreichten, im Regierungsprogramm eine schlüssige und mobilisierende politische Erzählung zu entwickeln. Diese Aufgabe stellt gewiss eine besondere Herausforderung dar, aber auf Dauer darf es keine Beschränkung auf tagespolitische Intervention oder gar Symbolpolitik geben. Unser Anspruch ist es, in der notwendigen organisatorischen wie programmatischen Erneuerung der gesellschaftlichen Verankerung der SPD eine konstruktive Rolle einzunehmen. Genau darum geht es jetzt! ■

## PapyRossa Verlag



**W. Gehrcke /  
Chr. Reymann (Hg.)**

### Syrien

Wie man einen säkularen Staat zerstört und eine Gesellschaft islamisiert

978-3-89438-521-7  
187 Seiten | 9,90 Euro

Längst ist der anfangs friedliche Protest in einen von außen geschürten und finanzierten bewaffneten Aufstand übergegangen, der einen demokratischen Wandel abwürgt. Das Buch analysiert den Konflikt, untersucht seinen Stellenwert für die Politik des Westens und skizziert Wege zu Verhandlungslösungen.



**Ch. Wiedemann**

### Vom Versuch, nicht weiß zu schreiben

Oder: Wie Journalismus unser Weltbild prägt

978-3-89438-494-4  
186 Seiten | 12,90 Euro

Charlotte Wiedemann nimmt ihre LeserInnen mit auf eine Reise durch Kulturen und Kontinente, vom Iran über Afrika bis Südostasien. Und sie lässt hinter die Kulissen der Arbeit einer Auslandsreporterin blicken. Wie entsteht unser Weltbild? Was trägt der Journalismus hierzu bei?

»Ein Augenöffner« (*Capital*)

Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de  
www.papyrossa.de

## Debatte: Export von Rüstungs- und Dual-use-Gütern: Pro Export und egal was und wen

von Jan van Aken

Damit hatte wohl niemand gerechnet. Zwischen 1998 und 2011 genehmigte das Bundesamt für Ausfuhrwirtschaft (Bafa) den Export von rund 350 Tonnen nach der EG-Dual-use-Verordnung gelisteten Chemikalien nach Syrien. 270 Tonnen hiervon – Fluoride – können in der Produktion des Giftgases Sarin verwendet werden. Diesem Kampfstoff fielen am 21. August mehr als 1.400 Menschen in Damaskus zum Opfer. Das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi), das dem Bafa vorsteht, erklärte, es sei von der zivilen Verwendung der Fluoride überzeugt gewesen. Die Chemikalie könne zum Beispiel bei der Herstellung von Zahnpasta oder in der Schmuckindustrie genutzt werden. Man habe auch nachrichtendienstliche Erkenntnisse herangezogen, um die behauptete zivile Nutzung zu klären.

Dass das Assad-Regime ein umfangreiches C-Waffenprogramm betreibt, war allen zwischen 1998 und 2011 Beteiligten bekannt, d.h. der rot-grünen Regierung unter Gerhard Schröder, der Großen Koalition von Angela Merkel wie der jüngst abgewählten schwarz-gelben Koalition. Und dennoch wurde geliefert. Obwohl allen Beteiligten klar gewesen ist, dass die Chemikalien auch zur Produktion von Chemiewaffen genutzt werden können. In einer solchen Frage darf es kein naives Vertrauen auf bloße Zusicherungen oder Nachrichtendienste geben. Hier braucht es hundertprozentige Sicherheit und die gibt es nur durch die Versagung der Exportgenehmigung.

Der Fall Syrien wirft die Frage nach der grundsätzlichen Genehmigungspraxis beim Export von Rüstungs- und Dual-use-Gütern auf. Mit anderen Worten: Wenn schon der Export



☞ Jan van Aken, MdB, ist Mitglied im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten und arbeitete von 2004 bis 2006 als Biowaffeninspekteur für die Vereinten Nationen.

Foto: © jan-van-aken.de

von Ausgangsstoffen für C-Waffen an einen Staat mit bekanntem C-Waffenprogramm genehmigt wird, was wird dann überhaupt noch versagt? Der Blick auf die deutschen Rüstungsexporte in den vergangenen Jahren zeigt, dass die verschiedenen Regierungen zuhauf risikoreiche und verantwortungslose Genehmigungen nach dem Prinzip „Wird-schon-gut-gehen“ erteilt haben. Ob es der Verkauf einer G36-Sturmgewehrfabrik nach Saudi-Arabien war, die Lieferung von atomwaffenfähigen U-Booten an Israel oder die jüngste Genehmigung für Leopard-Kampfpfanzter an Katar.

Alle diese Exporte – und unzählige mehr – sprechen einer angeblichen restriktiven Exportpraxis Deutschlands Hohn. Mit einer solchen Restriktivität wäre Deutschland auch eines nicht geworden: der drittgrößte Rüstungsexporteur der Welt.

Ein Umdenken beim Export von Rüstungs- und Dual-use-Gütern ist überfällig. Ob Deutschland dabei jemals soweit kommt wie Japan, das als Lehre aus der kriegerischen Vergangenheit grundsätzlich keine Rüstungsgüter exportiert, ist so zu hoffen wie kurzfristig nicht abzusehen. Aber Teilverbote können und müssen sofort her: keine Exporte von Waffenfabriken und Kleinwaffen, keinerlei staatliche Förderung von Rüstungsexporten, wie z.B. durch Hermes-Bürgschaften und ein Verbot von Rüstungsexporten an Staaten, die massiv die Menschenrechte missachten. Und kein Export von Ausgangsstoffen für C-Waffen an Staaten mit einem C-Waffenprogramm – auch wenn das mehr als eine Selbstverständlichkeit sein sollte. ■

## Debatte: Für eine restriktive und transparente Rüstungsexportpolitik

von Rolf Mützenich

Es war eines der Lieblingsthemen des scheidenden Außenministers. Guido Westerwelle hat bis zuletzt versucht, sich als „Abrüstungsminister“ zu inszenieren – allerdings ohne nachhaltige Erfolge vorweisen zu können. Erst wenige Tage vor der Bundestagswahl entdeckte er dann seine Sympathie für restriktive Rüstungsexportrichtlinien. Die Zahlen sprechen jedoch eine andere Sprache: Deutschland ist in der letzten Wahlperiode zum drittgrößten Waffenexporteur weltweit aufgestiegen und belegt nun schon im dritten Jahr in Folge Platz drei hinter den USA und Russland. Eine besonders beliebte Exportregion bleibt der Nahe Osten, wo sich die Rüstungsausgaben in den letzten zehn Jahren verdoppelt haben. Unter der Regierung von Angela Merkel genehmigte die Bundesrepublik so viele Anfragen für Rüstungsausfuhren nach Saudi-Arabien und in die Staaten der Golfregion wie nie zuvor. Im Jahr 2012 haben sich die Exporte in die Region mehr als verdoppelt, bester Kunde ist Saudi-Arabien, das allein 1,24 Milliarden Euro für Rüstungsgüter aus deutscher Produktion ausgab, neunmal soviel wie 2011. Man weiß nicht, ob man diese Haltung blauäugig oder zynisch nennen soll. Vermutlich ist es eine unguete Mischung aus beidem. Offensichtlich hat die Bundesregierung mit der deutschen Rüstungsindustrie einen stillschweigenden Deal geschlossen, wonach die – nicht zuletzt als Folge der Eurokrise – sinkenden staatlichen Aufträge durch weniger Beschränkungen für Rüstungsexporte wieder wettgemacht werden können. Ansonsten schaltet die Bundesregierung, wenn es um mögliche Waffenlieferungen in die arabische Welt geht, gern auf Autopilot, verweist auf den geheim tagenden Bundessicherheitsrat und hüllt sich dementsprechend in Schweigen.



☞ Dr. Rolf Mützenich ist außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Foto: © SPD Parteivorstand

Nun gebietet es die politische Ehrlichkeit zuzugeben, dass Deutschland bereits unter Rot-Grün und Schwarz-Rot hohe Kennziffern bei der Ausfuhr von Rüstungsgütern vorzuweisen hatte. Allerdings wurden die meisten Rüstungsgüter in NATO- und NATO-gleichgestellte Länder geliefert und nicht in Spannungsgebiete. Unter schwarz-gelb sind Rüstungsexporte auch und gerade in Krisenregionen zum „Normalfall“ geworden. Die seit 2000 bestehenden, von Rot-Grün beschlossenen »Politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern« wurden von der Regierung Merkel systematisch umgangen. Dazu gehören Waffenlieferungen an vermeintliche »Stabilitätspartner«, respektive an Regierungen, die bereit sind, gegen unliebsame »Terroristengruppierungen« vorzugehen. Rüstungswettläufe wiederum befördern Spannungen in einer Region, die nicht an einem Mangel an Waffen leidet, sondern an einem Mangel an Vertrauen und politischer Kooperation.

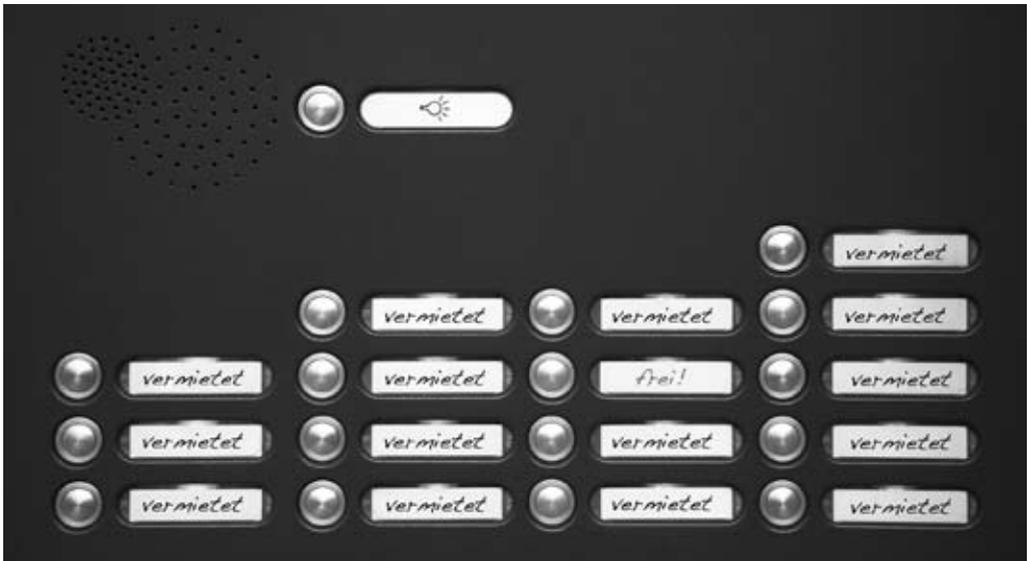
Fest steht: Die Ausweitung von Rüstungsexporten aus wirtschaftlichen Gründen als Ersatz für eine vorausschauende Außenpolitik ist ein Irrweg. Die derzeitige Praxis bei Rüstungsexportgenehmigungen ist zudem intransparent und vordemokratisch. Wir brauchen ein verbindliches und transparenteres Rüstungsexportgesetz, in dem festgelegt wird, nach welchen Kriterien Länder deutsche Waffen erhalten dürfen. Ziel muss es sein, dass eine künftige Regierung – sei es mit oder ohne SPD-Beteiligung – die Praxis der Rüstungsexportgenehmigungen restriktiver und transparenter gestaltet. Dies darf durch eine europäische Harmonisierung nicht unterlaufen werden. ■

## Integrative Stadtpolitik

### Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Myriam Riedel, Sarah Ryglewski und Thilo Scholle

Foto: www.fotolia.com, © Sunny Images



Der 22. September 2013 war für die Sozialdemokraten ein Schock. Zum zweiten Mal in Folge ist es der SPD nicht gelungen, über die „30 Prozent-Marke“ zu springen und auch der Blick auf Deutschlandkarte mit der Einteilung der Wahlkreise sieht düster aus. Nur vereinzelt tauchen rote Flecken aus der schwarzen Fläche auf. Wer aus der Bundestagswahl die richtigen Schlüsse ziehen möchte, der sollte dennoch nicht den Blick entsetzt abwenden. Vielmehr ist es notwendig, sich die Struktur der roten Flecken genauer anzuschauen und auch zu betrachten bei welchen Wahlen die SPD in den letzten Jahren erfolgreich gewesen ist.

### Die SPD als Großstadtpartei?

Bei genauem Hinsehen lässt sich nämlich durchaus ein Muster erkennen: Der typische SPD-Wähler ist besonders häufig in

einer (Groß-) Stadt zu finden. So lagen 42 der 58 durch die SPD gewonnenen Wahlkreise bei der Bundestagswahl 2013 in einer Stadt über 100.000 Einwohnern und unter den fünf Bundesländern, in denen die SPD Zweitstimmenergebnisse über dreißig Prozent erreichte, befinden sich mit Bremen (35,7 Prozent) und Hamburg (32,4 Prozent) zwei von drei Stadtstaaten und Nordrhein-Westfalen, in dem 29 der 80 deutschen Großstädte liegen. Auch der Blick auf die letzten Kommunalwahlergebnisse zeigt, dass die SPD, wieder, eine Großstadtpartei ist. So haben mit Ausnahme von Stuttgart, Düsseldorf und Dresden alle 13 Städte über 500.000 Einwohner einen SPD-Bürgermeister bzw. eine SPD-Bürgermeisterin. Das war 2009 noch ganz anders. Damals stellte die SPD nur sieben von 15 Bürgermeistern. Den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den Städten ist es also offensichtlich gelungen politische Angebote zu

entwickeln, die auch ehemalige Wählerinnen und Wähler des konservativen Lagers überzeugen. Wer linke Politik auch in Deutschland wieder mehrheitsfähig machen möchte, kommt daher nicht drum herum, sich mit sozialdemokratischer Großstadtpolitik zu befassen. Was die genauen Gründe für diese sich herausbildende Hegemonie sind, und was notwendig ist um sie zu erhalten und was die Grenzen dieses Politikansatzes sind beleuchtet Björn Böhning in seinem Artikel „Die ‚gute‘ Stadt – Hegemoniefähigkeit in großen Städten“. Wichtig ist es, so Böhning, neben der personellen Milieubindung „den Wertekanon sozialdemokratischer Stadtpolitik zeitgemäß und vor allem mit dem entsprechenden Lokalkolorit in der Stadtgesellschaft zu verankern.“ Nicht nur für bezahlbares Wohnen, sondern auch für gute Arbeit muss sich die Politik in der Stadt engagieren

### Die gesellschaftliche Bedeutung der Städte

Nicht nur aus machtpolitischen Gründen lohnt sich der Blick auf die Großstädte. Zwar lebt ein Großteil der deutschen Bevölkerung weiterhin auf dem Land oder in Kommunen mit weniger als 100.000 Einwohnern. Eine Politik, die nur auf die Bedürfnisse und Gegebenheiten großstädtischer Milieus orientiert ist, wäre nicht nur machstrategisch verfehlt, sondern würde auch an den Bedürfnissen großer Teile der Bevölkerung vorbei gehen. Aber ein Verständnis von Stadt, das diese auf die unmittelbaren Funktionen, die sie für ihre Einwohnerinnen und Einwohner erfüllen, beschränkt, greift ebenfalls zu kurz. Städte und insbesondere Großstädte als Oberzentren, stellen wichtige Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie spezialisierte Gesundheitsdienstleistungen, (Hoch-) Schulbildung etc., auch für die Bewohnerinnen und Bewohner des Umlandes bereit. Sie sind darüber hinaus auch als weiterhin Wirtschaftsraum mit vielen Arbeitsplätzen relevant. Sozialdemokratie als Ganzes muss sich also der Frage stellen, welche Art der Stadtentwicklung

und insbesondere welche Finanzausstattung Städte brauchen, damit sie diese Aufgaben erfüllen können. Dies ist gerade deswegen der Fall, weil die institutionellen Einflussmöglichkeiten der Städte in der föderalen Bundesrepublik, gemessen an der Bedeutung, die sie für die Lebenswirklichkeit der Menschen haben, nicht gerecht werden. Dies gilt umso mehr, als gesellschaftliche Herausforderungen wie Migration, (Langzeit-) Arbeitslosigkeit, (Kinder-) Armut etc. zwar keine alleinigen Phänomene der Städte sind, hier aber oft zuerst und mit besonderer Intensität auftreten. Man kann in diesem Zusammenhang auch von einer Sensorfunktion der Stadt sprechen. So liegt die Quote der Armutsgefährdung mit Ausnahme von Hamburg, München und Stuttgart in allen Städten mit mehr als 500.000 Einwohnern über 15 Prozent. In Duisburg und Dortmund sind sogar mehr als ein Viertel der Menschen von Armut bedroht. Gleiches gilt für die Arbeitslosenquote und den Anteil von Migrantinnen und Migranten an der Bevölkerung. Auch hier liegen die Werte der 15 größten deutschen Städte weit über dem Durchschnitt.

### Chancen und Risiken der Stadtgesellschaft

Die Gründe, warum viele Probleme in Großstädten besonders hervortreten, sind vielfältig und teilweise, zumindest auf den ersten Blick, widersprüchlich. So ist das Leben in der Stadt gerade für Migrantinnen und Migranten und finanziell schwächere Menschen attraktiv. Die im Vergleich zu ländlichen Regionen gut ausgebaute soziale Infrastruktur bietet diesen Menschen ein Netz an Hilfeleistungen, das sie in ihrer schwierigen Lebenssituation unterstützt. Hinzu kommen ein in der Regel größeres Angebot an Arbeitsplätzen und im Bezug auf Migrantinnen und Migranten evtl. das Vorhandensein einer Community, aus dem Herkunftsland, die ihnen möglicherweise Unterstützung bieten kann. Doch diesen Vorteilen steht auch eine Reihe von Nachteilen gegenüber. Dazu gehören das Konfliktpoten-

tial vieler Menschen auf wenig Raum, höhere Mieten und Lebenshaltungskosten und die geringere Belastbarkeit sozialer Bindungen. Sie kommen insbesondere dann zum Tragen, wenn die Stadt die an sie gerichteten Erwartungen nicht erfüllt bzw. nicht erfüllen kann. So sind öffentliche Einrichtungen und Programme oft unterfinanziert, nicht oder nicht im ausreichenden Maße vorhanden oder das Arbeitsplätze sind insbesondere für geringqualifizierte in Menschen vorhanden und so schlecht bezahlt, dass die Beschäftigten nicht, aus dem Leistungsbezug aussteigen können. Und das Bestehen einer Community aus dem Herkunftsland kann leicht zum Bumerang werden, wenn es zu Gettoisierung kommt und ein vermeintliches „Übermaß“ an Migrantinnen und Migranten von der Bevölkerung als Problem empfunden und der Migrationshintergrund zum Stigma wird. Um zu verhindern, dass diese Problemlagen zu einer weiteren Spaltung und Polarisierung der Städte führen, bedarf es eines integrativen Ansatzes der Stadtpolitik, der die verschiedenen Fragestellungen wie Bildung, Armutsbekämpfung, die Wohnungsproblematik, Stadtteilentwicklung aber auch den Bereich Beschäftigungspolitik zu einer wirksamen Strategie verbindet. Unter der Überschrift „Soziale Stadtpolitik – Ein politisches Konzept für mehr Chancengerechtigkeit“ stellen René Böhme, Rolf Prigge, Thomas Schwarzer eine solche politische Strategie u.a. anhand von lokalen Beispielen vor und zeigen zugleich, wie die politischen und finanziellen Rahmenbedingungen in den nächsten Jahren auf Bundes- und Europaebene gestellt werden müssen.

Sie stellen zudem dar, dass es zum einen *zwischen* zum anderen aber auch *innerhalb* der Städte große Unterschiede gibt. Während einige prosperierten und dort nahezu Vollbeschäftigung herrsche, verharre die Zahl der Langzeitarbeitslosen in anderen auf hohem Niveau. Dazu kommt auch eine Spaltung innerhalb der Städte: In den benachteiligten Wohngebieten seien vor allem Kinder von

Armut und Ausgrenzung bedroht. Um sie zu unterstützen sind frühe Hilfen, Kitas und ganztägige Bildung und Betreuung in der Schule Schlüsselfaktoren.

Ein Bild der Stadt, das diese aber nur als Problem begreift, wird ihr nicht gerecht. Städte sind immer auch Innovationsmotor gewesen und das in kultureller, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht. Das weiß die Arbeiterbewegung aus eigener Erfahrung. Nicht nur weil in den Städten viele unterschiedliche Menschen zusammen kommen und man immer „freier“ gelebt hat, haben sich moderne Formen des Zusammenlebens hier als erstes etabliert. Auch der beschriebene hohe Problemdruck führt dazu, dass in Städten schneller Lösungen für die Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels gefunden werden müssen, die an anderer Stelle übernommen werden können. Der Blick auf die Städte bleibt also spannend.

### Schwerpunktbeiträge

Im Heftschwerpunkt befassen sich PolitikerInnen, VertreterInnen der Zivilgesellschaft und WissenschaftlerInnen mit den unterschiedlichsten Aspekten von Stadtpolitik. Bereits erwähnt wurden die Beiträge von Björn Böhning sowie René Böhme, Rolf Prigge und Thomas Schwarzer.

*Daniel Gardemin* zeichnet den Wandel in den Städten hin zur heutigen Gentrifizierung nach. Bereits in den 1970er Jahren zog es die jungen aufsteigenden Milieus in die Städte. Diese Entwicklung hält immer noch an. Das liegt auch daran, dass sich das Bild der Stadt inzwischen gewandelt hat. Während sie früher mit Lärm und Schmutz in Verbindung gebracht wurde, assoziiert man mit ihr heute auch Naherholung, Grünflächen und Ruhe. Heute sind es vor allem die jungen Familien und die Senioren, die sich vom Land ab- und den Städten zuwenden. Gerade in Vierteln, in denen die Rahmenbedingungen stimmen,

werde es dadurch schwierig, Wohnraum zu ergattern. In den angesagten Stadtteilen führt das Nebeneinander von Gutverdienern und Armutsgefährdeten, die auch (noch) dort wohnen zu Konfliktpotenzial: Gardemin weist darauf hin, dass nicht nur Mietpreissteigerung, sondern auch der hippe Lebensstil der neu Hinzugezogenen ausgrenzende Wirkung für die alten Einwohner hat. Er fordert Schutz für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen und dass der Staat mit der privaten Wohnungswirtschaft wieder in Konkurrenz tritt.

*Laura Valentukeviciute* zeigt an vier Beispielen, wie die Rekommunalisierung von Public Private Partnership (PPP) auf unterschiedlichsten Wegen gelingen kann. So wurden in Paris die Verträge mit privaten Anbietern der Wasserversorgung nicht verlängert. Ausschlaggebend dafür war die Entscheidung des Pariser Bürgermeisters. In Berlin hingegen stritt die Bürgerinitiative „Berliner Wassertisch“ gegen die Privatisierung der Wasserversorgung. Das Ergebnis war die einvernehmliche Auflösung der Verträge zwischen Stadt und privatem Versorger. In Grenoble wurden die Verträge mit den privaten Versorgern wegen Korruption für nichtig erklärt, nachdem Bürgerinitiativen und Gewerkschaften gemeinsam jahrelang vor Gericht dafür gekämpft hatten. In Potsdam wiederum setzte die Stadt selbst der Wasserprivatisierung ein Ende.

Ausgehend von der Frage, wie der Strukturwandel gestaltet werden kann befasst sich *Ole Erdmann* in seinem Beitrag mit den Chancen der lokalen Ökonomie. Er stellt zunächst die Unterschiede zwischen Strukturpolitik und lokaler Ökonomie dar und zeigt anschließend auf, welche Instrumente (bspw. das Programm „soziale Stadt“) und Ansätze (bspw. unternehmerische Wirtschaftsförderung) lokaler Ökonomie es gibt. Die Stärke der lokalen Ökonomie liegt darin, dass hier auch soziale und ökologische Aspekte einfließen. Außerdem hat die lokale Ökonomie aufgrund

niedriger Transaktionskosten einen Wettbewerbsvorteil. Das liegt auch daran, dass sie lokales Wissen und lokale Finanzierungsmöglichkeiten nutzt. Entscheidend ist für die lokale Ökonomie laut Erdmann, nicht nur Unternehmen und öffentliche Institutionen, sondern auch Beschäftigte und lokale Zivilgesellschaft einzubeziehen.

Am Beispiel Hamburg macht *Jutta Blankau* deutlich, wie Wohnungspolitik für die Generation 60+ und älter gestaltet werden kann. Ausgangspunkt ihres Beitrages ist die Frage, welchen Herausforderungen die Stadt durch den demographischen Wandel bewältigen muss. Sie stellt dar, welche Maßnahmen in Hamburg ergriffen worden sind, um altersgerechtes Wohnen zu ermöglichen – etwa durch die Förderung des Baus barrierefreier Wohnungen zu bezahlbaren Preisen. Darüber hinaus wird aber auch der Umbau bestehender Wohnungen gefördert. Aber nicht nur Wohnungen, auch Stadtteile müssten altersgerecht und barrierefrei gestaltet werden. ■

---

☞ Myriam Riedel ist Geschäftsführerin des Forums DL21.

☞ Sarah Ryglewski ist Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, stellvertretende Landesvorsitzende der Bremer SPD und Mitglied der spw-Redaktion.

☞ Thilo Scholle ist Jurist, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Lünen.

## Soziale Stadtpolitik – Ein politisches Konzept für mehr Chancengerechtigkeit

von René Böhme, Rolf Prigge und Thomas Schwarzer

### Deutsche Großstädte zwischen wirtschaftlicher Prosperität und verfestigter Armut

Die großen deutschen Stadtregionen gelten wieder als Zentren der Reurbanisierung, des Wachstums und der Wohlstandsproduktion, als Orte von Innovationen und Kreativität. Sie sind Orte moderner Lebensweisen und besitzen eine besondere Anziehungskraft auf Unternehmer und Händler, auf Wissenschaftler und junge Menschen in der Ausbildung sowie auf Migranten. Hinter dieser allgemeinen Beschreibung verbergen sich jedoch ausgeprägte Unterschiede in den Standortbedingungen und Entwicklungstrends (Döll, Stiller 2011). Zwar wird ein Drittel des deutschen Bruttoinlandsprodukts in den 30 größten deutschen Städten produziert, sie bieten 11,4 Millionen Arbeitsplätze und 18,5 Millionen Menschen ihren Lebensmittelpunkt. Die ökonomischen Entwicklungsperspektiven dieser Städte hängen aber auch davon ab, welchen Verlauf der demografische Wandel nimmt und ob sie sich als attraktive Standorte für wissens- und forschungsintensive Unternehmen positionieren können. Innerhalb des deutschen Großstädtesystems zeigen sich dementsprechend deutliche Unterschiede in Hinblick auf die Entwicklung der Bevölkerungs- und Erwerbstätigkeit sowie in Bezug auf das Qualifikationsniveau der Beschäftigten (Döll, Stiller 2011: 270). Im Zeitraum 2005 bis 2010 schrumpften vor allem kleinere und mittlere Städte, während die meisten Großstädte wieder die Rolle von Wachstumsmotoren einnehmen (BBSR 2012). Die Mehrheit der stark schrumpfenden Städte und Gemeinden liegt nach wie vor in Ostdeutschland. In Westdeutschland sind nur wenige Gemeinden von starker Schrumpfung betroffen. Schwächere Schrumpfungstendenzen zeigen sich hier in ländlichen Gebieten und in vielen Großstädten des Ruhrgebietes. Dagegen hat

sich die Zahl der Städte und Gemeinden mit starkem Wachstum leicht erhöht. Als „Boom-Regionen“ gelten München und Hamburg sowie das Rhein-Main Gebiet und Stuttgart. In Ostdeutschland entwickeln sich aber auch die Großstädte Berlin und Leipzig leicht positiv, eindeutiger vor allem Dresden, Erfurt, Jena und Magdeburg. Die Verschiebungen im deutschen Städtesystem zeigen eine zunehmende Polarisierung von starkem Wachstum und starker Schrumpfung. In sozialer Hinsicht wächst jedoch die Einkommensungleichheit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse nehmen ebenso zu wie die Langzeitarbeitslosigkeit. Die Tendenz der Polarisierung prägt nicht allein das Städtesystem sondern auch die sozialräumliche Struktur der Städte. Soziale Segregation und Prozesse der Gentrifizierung verstärken sich in den prosperierenden Großstädten. Durch die weitgehend liberalisierten Wohnungsmärkte sind Bevölkerungsgruppen mit geringen Einkommen auf randständige Stadtteile und Quartiere verwiesen.

Die anfänglichen Hoffnungen, früher oder später würden alle gesellschaftlichen Gruppen vom Wachstum und vom zunehmenden Wohlstand profitieren, erwiesen sich spätestens seit der Finanzmarktkrise 2009 als Illusion. Vielmehr stieg die Armut auch in Phasen wirtschaftlicher Prosperität und konzentriert sich verstärkt in den großen Städten (Seils, Meyer 2012). Wie Tabelle 1 zeigt, liegt trotz rückläufiger Arbeitslosigkeit die Armutsgefährdung selbst in prosperierenden Großstädten wie Frankfurt und Hamburg im Bereich des bundesdeutschen Durchschnitts von 15 Prozent. Lediglich München und Stuttgart heben sich positiver ab. In allen anderen Großstädten liegen die Quoten der Armutsgefährdung über 15 Prozent, in den meisten dieser Großstädte zwischen 20 und 25 Prozent. Zudem weist die

Entwicklung der Armutsquoten von 2011 zu 2012 auf eine weitere Auseinanderentwicklung zwischen den Großstädten hin.

Großstädten wie Berlin, Bremen, Dortmund, Duisburg, Essen und Leipzig kaum Bewegung innerhalb des Sockels verhärteter Langzeitar-

Tabelle 1:

	Quote der Armutsgefährdung 2012	Quote der Arbeitslosigkeit 09/2013	Quote SGB II Empfänger 9/2013	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2010	Bevölkerungsentwicklung 2011 zu 2008
<b>München</b>	11,4% (1.)	5,2% (1.)	6,5% (1.)	57.474€ (4.)	+3,87% (2.)
<b>Frankfurt</b>	15,2% (4.)	7,2% (3.)	12,2% (4.)	80.921€ (1.)	+4,01% (1.)
<b>Stuttgart</b>	13,4% (2.)	5,6% (2.)	7,8% (2.)	62.965€ (3.)	+2,22% (5.)
<b>Hamburg</b>	14,8% (3.)	7,3% (4.)	12,3% (6.)	51.778€ (5.)	+1,51% (8.)
<b>Nürnberg</b>	17,5% (5.)	7,5% (5.)	11,2% (3.)	42.881€ (7.)	+1,38% (10.)
<b>Düsseldorf</b>	17,6% (6.)	8,8% (8.)	13,1% (8.)	68.007€ (2.)	+1,4% (9.)
<b>Dresden</b>	20,2% (8.)	8,5% (7.)	12,2% (4.)	29.475€ (13.)	+3,43% (3.)
<b>Köln</b>	20,5% (9.)	9,6% (9.)	13,5% (9.)	45.866€ (6.)	+2,18% (6.)
<b>Hannover</b>	22,4% (12.)	7,9% (6.)	12,7% (7.)	35.817€ (10.)	+1,2% (11.)
<b>Bremen</b>	22,3% (11.)	10,0% (10.)	16,9% (10.)	42.055€ (8.)	+0,18% (12.)
<b>Leipzig</b>	25,9% (14.)	10,6% (11.)	17,4% (11.)	26.599€ (15.)	+3,17% (4.)
<b>Essen</b>	20,0% (7.)	12,1% (13.)	18,9% (14.)	39.233€ (9.)	-1,09% (14.)
<b>Berlin</b>	21,2% (10.)	11,3% (12.)	20,0% (15.)	28.649€ (14.)	+2,05% (7.)
<b>Duisburg</b>	25,1% (13.)	12,7% (14.)	17,1% (12.)	30.932€ (11.)	-1,22% (15.)
<b>Dortmund</b>	26,4% (15.)	13,1% (15.)	17,6% (13.)	29.829€ (12.)	-0,59% (13.)

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2013; Bundesagentur für Arbeit 2013, Eigene Berechnungen; in Klammern die Position im Großstädtevergleich des jeweiligen Indikators.

Dies hat zur Folge, dass sich prekäre Lebenslagen in den benachteiligten Stadtteilen und Wohnquartieren konzentrieren (Friedrichs, Triemer 2009). In vielen Stadtteilen und Wohnquartieren erreichen die Armutsquoten bis zu 40 und 50 Prozent. Besonders Kinder sind in diesen Quartieren verstärkt von Armut und drohender Ausgrenzung betroffen. Zwischen 25 und 40 Prozent aller Kinder unter 15 Jahren sind in den Großstädten von Grundsicherungsleistungen abhängig. Die sozialräumliche Polarisierung der Kinderarmut nimmt sogar im Zeitverlauf noch zu (Dohnke, Seidel-Schulze, Häußermann 2012). Die Folge sind vielfältige Benachteiligungen gerade der Kinder in Hinblick auf ihre gesundheitliche Entwicklung und ihre Teilhabe an Lern- und Bildungsprozessen.

Während in den süddeutschen Großstädten beinahe Vollbeschäftigung vorherrscht, ist in

beitslosigkeit festzustellen. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner entwickelt sich ebenfalls stark polarisiert in diesen Großstädten zwischen unter 30.000 Euro und bis zu 81.000 Euro in Frankfurt/M. Derzeit stehen besonders die Großstädte im Ruhrgebiet vor massiven Herausforderungen. Dagegen hat sich Dresden in den vergangenen Jahren auffällig positiv entwickelt. Von einer durchgängigen Reurbanisierung der Großstädte kann aufgrund dieser Datenlage jedoch nicht gesprochen werden (Prigge, Böhme 2013b).

### Politische Reaktionen auf den Strukturwandel der Großstädte

In den 2000er Jahren unterstützte die Stadtpolitik noch weitgehend die marktgetriebene wirtschaftliche Dynamik in der Hoffnung, dass früher oder später alle gesellschaftlichen Grup-

pen vom zunehmenden Wohlstand profitieren würden. Mehr noch. In vielen deutschen Stadtregionen dominierten Konzepte, mit deren Hilfe vor allem die Attraktivität für kreative Eliten der neuen Wissensgesellschaft gesteigert werden sollte. Doch schon bald zeigte sich, dass die Konzentration auf die hochqualifizierten Wissensarbeiter allein nicht zu einer prosperierenden und lebenswerten Stadtgesellschaft führt (Speer 2009: 8). Ohne eine Rückkehr der Mittelschichten in die Innenstädte kann ein erforderlicher Stadtumbau nicht realisiert werden. Dabei dürfen auch die Milieus der Migranten, der Geringverdiener und der Einkommensarmen nicht verdrängt oder ausgegrenzt werden. Das heißt, ohne eine sozialpolitische Flankierung kann die Politik des aktuellen Stadtumbaus nicht erfolgreich sein. Das zeigen zumindest die vorliegenden Analysen von Stadtregionen in Europa, die den Stadtumbau bisher relativ erfolgreich gestalten (Bodenschatz, Laible 2008).

Eine aktiv gestaltende „Soziale Stadtpolitik“ ist deshalb eine Grundvoraussetzung, damit der wirtschaftliche und soziale Stadtumbau gelingen kann. Mit dieser politischen Agenda gelang es der SPD Schritt für Schritt, viele zuvor von der CDU regierte Großstädte politisch zu erobern. Vor der Bundestagswahl 2009 stellte die CDU noch in acht der 15 größten deutschen Städte den Oberbürgermeister<sup>1</sup>, die SPD lediglich in sieben.<sup>2</sup> Vor der Bundestagswahl 2013 zeigte sich eine völlig veränderte Situation. Lediglich in zwei dieser 15 größten Großstädte stellt die CDU noch den Bürgermeister oder die Bürgermeisterin (Düsseldorf und Dresden), in allen anderen 12 Großstädten die SPD, in Stuttgart die Grünen. Diese „rot-grüne“ Erfolgsgeschichte“ vollzog sich Schritt für Schritt in ähnlicher Art und Weise wie in den meisten Bundesländern. Auch dort sitzen die Sozialdemokraten mittlerweile in 13 Bundesländern mit in der Regierung, außer in: Sachsen (Schwarz-Gelb), in Bayern (absolute Mehrheit

der CSU) und demnächst wohl auch in Hessen (aktuelle Koalitionsgespräche).

Durch diese politischen Entwicklungen in den 15 größten deutschen Großstädten und den 16 Bundesländern verfügten die SPD und die Grünen vor der Bundestagswahl 2013 über eine ausgesprochen gute (strukturelle) Ausgangsposition. Warum es trotz dieser Konstellation und dem Scheitern der FDP an der 5 Prozent-Hürde nicht für eine Mehrheit „links“ von der Union reichte, ist erklärungsbedürftig. Erklärungsbedürftig insbesondere im Hinblick auf die politische Mobilisierungsfähigkeit für einen Politikwechsel.

### Das Konzept einer Sozialen Stadtpolitik

Wie die Großstädte auf die gesellschaftliche Polarisierung und die fortgesetzte soziale Spaltung der Stadtgesellschaften reagieren, haben zwei der Autoren in Fallstudien über die Ansätze Sozialer Stadtpolitik in Dortmund, Bremen und Nürnberg empirisch untersucht (Prigge, Böhme 2013a). Danach wurde in diesen Städten, unter Federführung der SPD, ein neuer Politiktyp entwickelt. Dieser hat ein breites, integratives Verständnis von sozialer Stadtentwicklung und verfolgt einen erweiterten politischen Gestaltungsanspruch. Mit diesem neuen Politiktypus verbunden sind verstärkte Steuerungsversuche. Mit einer regelmäßigen Sozialberichterstattung wird über die Verteilung von Armuts- und Reichtumslagen informiert: Soziale Ausgrenzung und Teilhabechancen sollen in der gesamten Stadt, in den Stadtteilen, Ortsteilen und Quartieren sichtbar gemacht werden. Durch politische Vernetzung wird die sozialräumliche und diskursive Entwicklung und Steuerung von Programmen und sozialintegrativen Einzelstrategien forciert. Die Beteiligung der BürgerInnen ist dabei ein zentraler Baustein. Dabei wird versucht, eine größere Zahl von unterschiedlichen Politikpfaden und Strategien zukoordinieren und zu integrieren:

- eine integrierte Stadtentwicklung und soziale Stadtteilentwicklung

1 In Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Köln, Stuttgart, Dresden, Duisburg, Essen.

2 In Berlin, Bremen, Hannover, München, Nürnberg, Dortmund, Leipzig.

- die Angebote und Leistungen der dezentralen (lokalen) Sozialpolitik
- eine kommunale Bildungspolitik (frühkindliche Bildung, Ganztätiges Lernen)
- spezielle Konzepte zur Armutsprävention, insbesondere gegen Kinderarmut
- eine soziale Wohnungspolitik (neuer sozialer Wohnungsbau, Mietpreisbremse usw.)
- eine kommunale Qualifizierungs- und Beschäftigungspolitik (EU-Programme, Job-Center)

### **Soziale Stadtteilentwicklung und familien- und kinderbezogene Armutsprävention**

Die Erhebungen und Analysen verweisen auf zwei strategische Ansätze für stadtteilbezogene Strategien gegen Armut und Benachteiligung:

- „Soziale Stadtteilentwicklung und quartierbezogene Armutsprävention“
- „Ausbaus der sozialen Infrastruktur und familien- und kinderbezogene Armutsprävention“

Der erste Strategieansatz basiert auf Impulsen der Europäischen Union und des Bund-Länder-Programms „Die Soziale Stadt“. Er zielt v.a. darauf, die Konzentration benachteiligter Bevölkerungsgruppen in bestimmten Ortsteilen und Wohnquartieren zu vermeiden. Verbessert werden sollen die Lebensbedingungen der Bewohnerschaft und zumindest ein weiteres Auseinanderdriften der Lebenslagen zwischen verschiedenen Stadtteilen verhindert werden. Im Rahmen der Sozialen Stadtteilentwicklung wird damit der Verelendung und Ghettoisierung in einzelnen Wohnquartieren vorgebeugt.

Außerdem werden Maßnahmen aus den Bereichen Bildung, Nachbarschaftliches Zu-

sammenleben, Wohnumfeldgestaltung, Kultur, Arbeit und Gesundheit im Rahmen lokaler Projekte umgesetzt. Sie sollen die Teilhabechancen punktuell verbessern und so das Gefühl von Ausgrenzung reduzieren. Damit geht eine Erweiterung der Stadtteilentwicklung um Themenfelder wie Arbeitsmarkt, Kindertagesbetreuung, Bildung, Gesundheit und Armutsprävention einher, wodurch die Komplexität der Steuerung zunimmt. Eine rein investive Stadtteilentwicklungsstrategie, welche durch die Bau- und Wirtschaftsdezernate dominiert wird und welche die genannten sozialen Bereiche nicht mit einbezieht, wird den komplexen Anforderungen der Sozialen Stadtteilentwicklung nicht gerecht. Des Weiteren ist aufgrund der sozialen Spaltung der Stadtgesellschaften und ihrer Ausdifferenzierung innerhalb der verschiedenen Stadt- und Ortsteile eine sozialräumliche Feinsteuerung von Programmen unabdingbar. Evaluationsforschungen haben die positiven Wirkungen der Programme der Sozialen Stadtteilentwicklung bereits frühzeitig bestätigt (z.B. Aehnelt u.a. 2004). Trotz dieser nachgewiesenen Effekte haben sich die „harten“ Sozialindikatoren der meisten Fördergebiete im Zeitverlauf kaum verändert. Eine große Anzahl der Quartiere bleibt trotz dieser Interventionen benachteiligt und weist oftmals einen hohen Anteil an Kinderarmut auf. Um den Kreislauf von Armut zu durchbrechen, müssen die bisherigen Quartiersansätze mit übergreifenden, gesamtstädtischen Programmen unterstützt werden (Volkman, 2012, S. 84).

Diese Maßnahmen betreffen den Strategieansatz einer familien- und kindbezogenen Armutsprävention. Ausgangspunkte bisheriger Programme waren u.a. die Mängel des deutschen Bildungssystems, die gemeinsame Bildungsberichterstattung des Bundes und der Länder, die Aachener Erklärung des Deutschen Städtetages zur Verantwortung der Städte für Bildung sowie das Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung zum Auf- und Ausbau von Ganztagschulen

in allen 16 Bundesländern (2003–2009). Diese Impulse bewirkten, dass sich Bund und Länder über Förderprogramme zum Ausbau der frühkindlichen Bildung in Kindertagesstätten einigen konnten und dass die Städte eine Steuerungsverantwortung für die Gestaltung kommunaler Bildungslandschaften übernahmen. Infolge von Fällen massiver Kindeswohlgefährdung wurde der Bereich der Frühen Hilfen besser ausgebaut und die Gesundheits- und Jugendhilfe wirksamer verzahnt. Durch diese Ansätze sollen Benachteiligungen reduziert werden, um die Familienstruktur zu stabilisieren, das kindliche Wohlbefinden zu sichern und die Bildungsteilhabe der Kinder zu fördern. Hierfür erweist sich der Ansatz der Betreuungs- oder Präventionsketten als eine geeignete Strategie (Holz 2010). Durch ein Netz von kind- und familienbezogenen Unterstützungssystemen sollen armutsbedingte Benachteiligungen frühzeitig erkannt und kompensiert werden. Hierbei kommt den Frühen Hilfen, der Kindertagesbetreuung, der ganztägigen Bildung und Betreuung in der Schule eine Schlüsselrolle zu. Diese gilt es gerade für benachteiligte Ortsteile bedarfsgerecht und qualitativ hochwertig auszugestalten und miteinander zu verzahnen.

### **Lokale Handlungsspielräume und die Politik der Länder und des Bundes**

Die bisherigen Programme des Finanz- und Entwicklungsausgleichs zwischen den Städten reichen nicht aus, um den Großstädten annähernd gleiche Entwicklungschancen zu verschaffen. Zwar ging die Arbeitslosigkeit in allen Großstädten zurück, aber die prosperierenden Großstädte wachsen schneller, bieten bessere Arbeitsplatzchancen, ziehen mehr Einwohner an, haben weniger soziale Kosten und Probleme und verfügen über eine höhere Finanzkraft. Umgekehrt sind die Großstädte mit geringerem Wachstum und einer schwächeren Wirtschafts- und Finanzkraft, durch weniger gute Arbeitsplatzchancen gekennzeichnet, durch stagnierende oder sinkende

Einwohnerzahlen und relativ große soziale Herausforderungen (vgl. **Tabelle 1**).

Die konservativ-liberale Bundesregierung hat mit ihrer großstadtfeindlichen, rigiden Finanz-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik den Gestaltungsspielraum der Kommunen und Großstädte weiter eingeschränkt. Gleichzeitig sind die Bundesländer aufgrund ihrer Bildungshoheit vor allem in Fragen der Schulentwicklung gegenüber den Kommunen und Großstädten gefordert. So fördert Nordrhein-Westfalen die Weiterentwicklung der Kindertagesstätten zu Familienzentren, den Ausbau von Ganztagsangeboten im Grundschulbereich, aber auch die Entwicklung kommunaler Präventionsketten gegen Kinderarmut mit eigenen Programmen. Bayern hält sich beidem Ganztägigen Lernen aus einem konservativen Verständnis von Familie bisher eher zurück, fördert aber gezielt den Unterricht von Kindern mit Migrationshintergrund in der deutschen Sprache. Der Stadtstaat Bremen hat seine Bildungshoheit bisher nicht konsequent genug für die Bekämpfung der besonders verbreiteten Bildungs- und Kinderarmut in den Schulen nutzen können.

In den untersuchten Großstädten wird an einer ressortübergreifenden Steuerung gearbeitet. In organisatorischer Hinsicht drückt sich dieser in neuen Organisationseinheiten aus, die der Politikentwicklung und Steuerungsunterstützung dienen. Der aktiven Netzwerkpflge dienen öffentliche Veranstaltungen unter Beteiligung der betroffenen Bürger, der Wohlfahrtsverbände und der freien Träger. Dortmund und Nürnberg führen unter breiter Beteiligung regelmäßige Armutskonferenzen durch. Dieser Steuerungsmodus führt dazu, dass die innerstädtische Konkurrenz zwischen Politikfeldern und Fachbereichen eingeschränkt wird und sich stattdessen im Rahmen der Sozialen Stadtpolitik ein kooperativeres Verhalten der pfadbezogenen Akteure entfalten kann.

In den an der Sozialen Stadtpolitik beteiligten Pfaden werden Politikprogramme um-

gesetzt, die von einer intensiven Förderung durch die Bundespolitik (z.B. Kindertagesbetreuung, Soziale Stadtteilentwicklung) oder Landespolitik (z.B. Schulentwicklung) abhängig sind. Ein Rückzug oder Kürzungen der Bundes- oder Landespolitik hat für die Großstädte massive Auswirkungen und schränkt ihren lokalen Handlungsspielraum ein. Durch eine aktive Stadtpolitik und eine förderliche Politik des Bundes und der Länder kann er aber auch erweitert werden. Allerdings verfügen die Großstädte im föderalen Bundesstaat der Bundesrepublik Deutschland kaum über Entscheidungsbefugnisse. Lediglich die drei Stadtstaaten können die Interessen der Großstädte in den Bundesrat einbringen. Grundlegende-gesamtgesellschaftliche Probleme können nur vom Bund unter Mitwirkung der Länder geregelt werden. Diese Themen gehören auf die Bühne der Bundespolitik. Eine zukünftige Bundesregierung ist gefordert, die Rahmenbedingungen für eine Soziale Stadtpolitik wieder zu verbessern, um den lokalen Handlungsspielraum auch der Großstädte zu erweitern. Erforderlich sind:

- die Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen, Großstädte und Bundesländer
- spezielle Hilfen zur Entschuldung von Ländern und Kommunen
- die Flankierung der „Wiederbelebung“ des Sozialen Wohnungsbaus in den Großstädten
- die Rücknahme der Kürzung und weitere Verbesserung der finanziellen Ausstattung (v. a. mit konsumtiven Mitteln) des Bundesländer-Programms „Die Soziale Stadt“
- die weitere Förderung des Ausbaus der sozialen Infrastruktur für Kinder und Familien in den Großstädten (Kindertagesbetreuung, Ganztagschulen, Sprachförderung)
- die Förderung von Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit z. B. durch Programme zur Qualifizierung und durch einen sozialen Arbeitsmarkt („Qualifizieren statt Aktivieren“).

### Schlussfolgerungen und Fragen nach der Bundestagswahl 2013

Die Soziale Stadtpolitik ist eine politische Strategie für mehr Chancengerechtigkeit breiter Bevölkerungsschichten in den Großstädten, mit der die SPD Wahlen gewinnen kann. Dazu müssen jedoch die (Spitzen-) KandidatenInnen, das Programm und die Partei vor Ort ein stimmiges „Gemeinsames“ schaffen. Diedargestellten Erfolge in den Großstädten und vielen Bundesländern waren möglich, obwohl in den Stadtteilen und Wohnquartieren, in denen viele Menschen mit geringen Einkommen leben, die Wahlbeteiligung vergleichsweise niedrig ist. Trotzdem besitzt die SPD in diesen Gebieten noch immer „Hochburgen“. Sehr ernst nehmen müssen die Sozialdemokraten jedoch die Schwierigkeit, dass es trotz der politischen Erfolge in vielen der betrachteten 15 Großstädte bis heute keine Oberbürgermeisterin gibt. Auch in den Bundesländern gibt es neben Hannelore Kraft keine weitere Minister-präsidentin. Doch gerade für zentrale Themen einer fortschrittlichen Sozialen Stadtpolitik (Kindertagesbetreuung, Bildungspolitik, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Lohngerechtigkeit) sind geschlechterpolitische Aspekte von grundlegender Bedeutung. Dabei handelt es sich durchaus nicht um eine wiederum rollenspezifische Festschreibungen zwischen Männer und Frauen in der Politik. Denn die genannten Themen müssen vom politischen Personal nicht allein thematisch vertreten, sondern tatsächlich verkörpert werden. Es ist ein politisches Alarmzeichen wenn der SPD bei der Bundestagswahl 2013 lediglich 24 Prozent der Wählerinnen ihre Stimme gaben (im Durchschnitt 25,7 Prozent), aber 44 Prozent der CDU (im Durchschnitt 41,5 Prozent). Noch geringer war die Zustimmung bei den jüngeren Frauen zwischen 18 und 44 Jahren mit le-

diglich 22 Prozent (Forschungsgruppe Wahlen 22.09.2013, S. 3).

Relativierend muss darauf hingewiesen werden, dass in den fünfzehn größten deutschen Städten lediglich knapp 17 Prozent der deutschen Bevölkerung leben. In allen deutschen Großstädten ist es ungefähr ein Drittel der Bevölkerung. Politische Mehrheiten sind mit einer großstadtfreundlichen Politik allein nicht zu erreichen. Denn die WählerInnen verhalten sich bei ihrer Stimmabgabe sehr strategisch je nach der entsprechenden Kommunal-, Kreis-, Landtags- oder Bundestagswahl. 2013 erhielt die SPD in einer Reihe von Großstädten bei der aktuellen Bundestagswahl erheblich weniger Stimmen als bei voran gegangenen Kommunal- oder Bürgermeister- und Landtagswahlen. Sie konnte außerdem bei der Bundestagswahl 2009 und 2013 in keiner der 15 Großstädte auch nur annähernd wieder Ergebnisse wie bei Bundestagswahl 2005 erreichen. Ihre Mobilisierungsfähigkeit hat auch in den modernen großstädtischen Milieus erheblich gelitten. Auch sollten sich die Sozialdemokraten nicht mit der verbreiteten Auffassung beruhigen, dass die Union nicht Großstadt kann. Denn die CDU konnte bei der Bundestagswahl 2013 in 13 der 15 Großstädte ihre Stimmenanteile gegenüber 2005 und 2009 zum Teil erheblich steigern, mit Ausnahme von Leipzig und Nürnberg. Dieses Wählerverhalten deutet daraufhin, dass es der SPD vor allem bei den letzten beiden Bundestagswahlen *nicht* gelungen ist, ihren historischen Markenkern als soziale und demokratische Partei glaubwürdig und auch verkörpert im Kanzlerkandidaten zu präsentieren. Dissonanzen zwischen (Spitzen-)KandidatenInnen, Programmen und den agierenden Parteigliederungen werden im heutigen Parteienwettbewerb und der von den Medien bestimmten politischen Öffentlichkeit bestraft. Es reicht nicht, wenn die SPD sich auf der Kommunal- und Landesebene partiell als Partei der Chancengerechtigkeit profilieren kann. Diese Aufgabe stellt sich weiterhin auch für die Bundespolitik und die Bundespartei, und zwar auch zwischen den Wahlterminen. ■

#### Quellen:

- Aehnel, R. u. a. (2004) Die Soziale Stadt. Ergebnisse der Zwischenevaluierung: Bewertung des Bund-Länder-Programms Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf die soziale Stadt nach vier Jahren Programmlaufzeit. Berlin: BMVBS.
- BBSR (Hrsg.) (2012) Wachsende und schrumpfende Städte und Gemeinden. [http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumbeobachtung/Aktuelle\\_Ergebnisse/2012/Gemeinden/wachsend\\_schrumpfend.html](http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumbeobachtung/Aktuelle_Ergebnisse/2012/Gemeinden/wachsend_schrumpfend.html) (Zugriff: 12. Oktober 2012).
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2012): Entwicklung der Kinderarmut. <http://www.keck-atlas.de/>, (Zugriff: 08. Oktober 2013).
- Bodenschafz, H., Laible, U (2008): Großstädte von Morgen. Internationale Strategien des Stadtbbaus.
- Dohnke, J., Seidel-Schulze, A., Häußermann, H. (2012) Segregation, Konzentration, Polarisierung – sozialräumliche Entwicklung in deutschen Städten 2007-2009. Berlin: DiFU.
- Döll, S., Stiller, S. (2011): Deutsche Großstädte im Vergleich. in: Vhw FWS 5/2011, S. 269-272.
- Hanesch, W. (2011) Soziale Spaltung und Armut in den Kommunen und die Zukunft des lokalen Sozialstaats. In: Hanesch, W. (Hrsg.): Die Zukunft der Sozialen Stadt : Strategien gegen die soziale Spaltung und Armut in den Kommunen. Wiesbaden: VS, 7-46.
- Häußermann, H., Läßle, D., Siebel, W. (2008) Stadtpolitik. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Holz, G. (2010) Kindbezogene Armutsprävention als struktureller Präventionsansatz. In: Holz, G., Richter-Kornweitz, A. (Hrsg.): Kinderarmut und ihre Folge: Wie kann Prävention gelingen? München: Ernst Reinhardt, 109-125.
- Prigge, R., Böhme, R. (2013a) Soziale Stadtpolitik in Dortmund, Bremen und Nürnberg - Soziale Spaltung, Armutsprävention und Chancengerechtigkeit als politische Herausforderungen! Bremen: Kellner.
- Prigge, R., Böhme, R. (2013b) Die Soziale Stadtpolitik deutscher Großstädte. in: vhw FWS 1/2013, S. 33-37.
- Prigge, R., von Rittern, R. (2010) Bremen kann sozialer werden! Strategien und Regelungsstrukturen für eine soziale Stadtpolitik, Bremen: Kellner
- Prigge, R., Schwarzer, T. (2007) Lokale Sozialpolitik in Bremen und Hannover, Bremen: Kellner
- Seils, E., Meyer, D. (2012) Die Armut steigt und konzentriert sich in den Metropolen. WSI-Report 08, November 2012.
- Siedentop, S. (2008) Die Rückkehr der Städte? Zur Plausibilität der Reurbanisierungshypothese. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 3/4, S. 193-210.
- Speer, A. (2009), Frankfurt für Alle. Handlungsperspektiven für die internationale Bürgerstadt Frankfurt am Main. Frankfurt.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2012) Armutsgefährdungsquoten, <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/Armutsgefährdungsquoten.html>, (Zugriff: 08. Oktober 2013)
- Volkmann, A. (2012) Quartiereffekte in der Stadtforschung und in der sozialen Stadtpolitik: Die Rolle des Raumes bei der Reproduktion sozialer Ungleichheit. Berlin.

☞ Rolf Prigge ist Forschungsleiter am Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW) an der Universität Bremen.

☞ René Böhme ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut Arbeit und Wirtschaft der Universität Bremen.

☞ Thomas Schwarzer ist Referent für kommunale Sozialpolitik bei der Arbeitnehmerkammer Bremen.

## Großstadt im Wandel – Plädoyer für eine neue Wohnungspolitik

von Daniel Gardemin



Foto: www.fotolia.com, © Trueffelpix

Unsere Städte sind auf Wachstum und steigende Mieten schlecht vorbereitet. Neue urbane Milieus fordern Teilhabe am städtischen Raum. Unter dem Schlachtruf der Gentrifizierung finden neue Abgrenzungs- und Verteilungskämpfe statt. Schon längst beginnen sich auch die mittleren Großstädte abzuschotten. Die Stadt erfindet sich dabei neu und lässt die ressourcenarmen Milieus der unteren Mitte als Verlierer auf der Strecke. Es fehlt eine integrative neue Wohnungspolitik.

In unseren Großstädten wird Unmut laut. Es ist etwas im Gange, was wir spüren aber noch nicht richtig benennen können. Merklich ziehen die Mieten an und einkommensschwache Haushalte geraten an ihre Belastungsgrenze. Bislang sprechen wir von Gentrifizierung, einem segregierenden Prozess, der in den Metropolen der Republik die angesagten Stadtviertel aufmischt und schließlich die bestehende Bewohnerschaft verdrängt (vgl. Friedrich/Kecskes 1996 und

Holm 2010). Gewinner sind die aufstrebenden modernisierten städtischen Milieus, Verlierer sind die prekär beschäftigten und ökonomisch instabiler gewordenen Milieus der unteren Mitte. In München, Hamburg, Köln und im Rhein-Main-Großraum hat dieser Verdrängungsprozess schon früh begonnen. In Berlin ist der Stadtkern von der Dynamik erfasst.

### Die neue Attraktivität der Halbmillionenstädte

Doch auch jenseits der angesagten Quartiere in den Metropolen beginnt der Wandel. In den Großstädten und Ballungsräumen unterhalb der Millionenschwelle hat es teilweise zwanzig Jahre lang Stagnation auf dem Wohnungsmarkt gegeben. Wenig Modernisierungsmaßnahmen im Bestand und eine moderate Mietpreisentwicklung hielten die unterschiedlichsten sozialen Milieus im Stadtkern. Der regulierte Wohnungsmarkt nivellierte die sozialen Unterschiede bis zu einem gewissen Grad. Bis auf die offensichtlichen

Brennpunkte und die immer schon räumlich abgeschotteten Villenviertel gab es eine auf die Großstadtgesellschaft stabilisierend wirkende Gleichheit mittlerer und bezahlbarer Wohnlagen. Diese Balance droht aus dem Gleichgewicht zu geraten. Die Mieten in bislang günstigen und mittleren Wohnlagen legen erheblich zu, die Leerstandsquoten sinken teilweise unter ein Prozent des Wohnungsbestandes, auch bezahlbare Eigentumswohnungen sind Mangelware. Und ein bislang nicht gekannter Bevölkerungszuwachs in den 14 Städten über 500.000 Einwohnern, Essen ausgenommen, sorgt für zusätzliche Verunsicherung auf den Wohnungsmärkten.

Gentrifizierung ist nur die Spitze des Eisbergs im Fahrwasser einer neuen Popularität der Städte. Die Entwicklung streut in die gesamte Stadt. Wir befinden uns am Ausgangspunkt einer neuen Epoche urbaner Lebensweise. Der Phase des Wiederaufbaus und der Durchmischung der Städte in der Nachkriegszeit, der Neuorganisation von Verwaltung und Infrastruktur, der Etablierung von Bildungstätten und Dienstleistungszentren folgt nun die Phase der räumlichen Schließung. Die Stadtgesellschaft beginnt um ihre endlichen Räume unsichtbare Mauern zu errichten. Wir befinden uns in einem Verteilungskampf von knappem Wohnraum, in dem die etablierten Milieus sich abzuschotten versuchen. Generationen, Milieus und politische Lager ordnen sich neu.

### Das Ende der Nachkriegszeit

Warum ist das so? Zum einen ist es gar keine neue Entwicklung. Schon in der sozialen Öffnungsphase sozialdemokratischer Bildungspolitik wurden die westdeutschen Großstädte mit ihren Bildungsangeboten für junge aufsteigende Milieus attraktiv. Die von Kriegszerstörungen verschonten großen Bürgerwohnungen mit Kohleöfen und hohen Stuckdecken in den besseren Gründerzeitquartieren waren in den siebziger Jahren

Ziel junger Menschen, die sich experimentell in neuen Wohn- und Lebensformen ausprobierten und gesettelt heute dort immer noch leben. Aus den Spontis und K-Gruppen entwickelte sich eine urbane politische Bewegung, die sich auch gegen den Sanierungskahlschlag in den Städten zu wehren versuchte. Es entstanden Bürgerinitiativen, die sich für den Erhalt der stadtgeschichtlich bedeutsamen Innenstadtviertel einsetzten. Hausbesetzungen als Druckmittel und kreative Ideen zur schonenden Stadtteilsanierung führten zu einem wohnungspolitischen Umdenken. Dem Kahlschlag der sechziger Jahre folgte Substanzsanierung. Aus Kohleöfen wurden Holzkamine, es folgten denkmal sanierte Fassaden, Iso-Fenster, Balkone, geflieste Wannensäler und erste Aufzüge wurden in die begrünten Hinterhöfe gestellt. Die Aufwertung der vernachlässigten Nachkriegsgroßstädte begann mit dem Aufstieg einer neuen städtischen Avantgarde, die heute in den meisten Großstädten die kulturelle und politische Elite stellt. Sie waren, hätte es den Terminus bereits gegeben, Gentrifizierer der ersten Stunde.

Der Öffnung folgte die erste partielle Schließung. In den achtziger und neunziger Jahren wurden Wohnungen in Großstädten Mangelware. Lange Schlangen vor den Zeitungskiosken für die Aussicht auf eine Wohnungsannonce, Matratzenunterkünfte für Studenten und Mietenanstieg waren sichtbare Indikatoren.

Gleichzeitig verfielen in Folge der gewaltigen Deindustrialisierung ganze Stadtviertel. Die Kommunen versuchten diesem Verfall mit gezielten Sanierungsmaßnahmen gegenzusteuern. Die Maßnahmen wurden größtenteils mit Bundes- und Landesmitteln zur Städtebauförderung unterstützt und durch mietpreisdämpfende Auflagen flankiert. Bestimmte Modernisierungsmaßnahmen, wie beispielsweise Dachausbauten, Balkonbauten oder auch die Aufteilung in Wohnungseigentum wurden durch Erhaltungs-

satzungen untersagt. Dadurch gelang ein schonender Umbruch und machte die Viertel auch für neue Milieus attraktiv. Der Niedergang der Industriegebiete konnte somit aufgehalten werden. Waren die funktionalistisch errichteten Blockbebauungen hundert Jahre lang als eng, laut, anonym und schmutzig verschrien, erfuhren sie nun durch die jungen städtisch und akademisch geprägten Pioniere eine symbolische und substanzielle Aufwertung. Studenten bildeten Wohngemeinschaften, verlassene Fabriken wurden von jungen Menschen zu Kulturzentren umfunktioniert, an städtischen Kanälen und Häfen entstand eine kreative Nischenökonomie.

Die Lücke war entstanden, weil die Kinder der Fabrikarbeitergeneration in den alten Wohnungen nicht mehr leben wollten. Sie waren es, die in der Phase der Familiengründung die Vorteile der Neubauviertel der Vorstädte erkannten. Der Arbeiterstadtteil bot ihnen keine Zukunft mehr, der lokale Arbeitsmarkt war in einer Abwärtsspirale, der Dreck der Industrialisierung klebte wie ein Stigma an den verkommenen Stadtteilen. Die Kinder sollten es einmal besser haben, bessere Wohnungen, bessere Schulen, bessere Peers. Die untere autochthone Mitte stieg in die Vororte auf. Nur Migranten blieben, sie waren noch auf die günstigen innerstädtischen Wohnungen angewiesen.

In diesem Umstellungsprozess übersah die Stadtpolitik, wie attraktiv die alten Industrieviertel nach der Sanierung und der Aufwertung durch junge Milieus geworden waren. Investoren erkannten den Rent-Gap, die Mietlücke zwischen billigem Kaufpreis und anziehender Konjunktur, die hohe Renditen versprach. So besitzt beispielsweise die Investmentgesellschaft Fortress heute mehr als 150.000 größtenteils aus kommunalen Beständen herausgekaufte einfachere Wohnungen in Ballungsräumen. Sie können ohne großen Modernisierungsaufwand mit ortsüblichen Mietsteigerungen gute Dividenden

für den Immobilienanleger erzielen. Andere Investoren wiederum kommen mit der Sanierung und der Umwandlung von Mietwohnungen in Wohneigentum zu Erfolg. Trendsetter, Bildungsstandorte, Internationalität, kurze Wege in verdichteten Stadträumen werden zu Pullfaktoren der Wirtschaft. So sehen Städterankings vor allem Großstädte im Wettbewerb weit vorne, weil diese am besten in der Lage sind, objektivierbare Standortvorteile mit der – wie es die Immobilienbranche nennt – Work-Life-Balance in Einklang zu bringen (vgl. Teuber/Wedemeier 2013).

### Die modernisierten Milieus wandern in die Städte zurück

Ziemlich zeitgleich zieht es zwei wesentliche Gruppen zurück in die Städte: Familien und Senioren. Sie profitieren von kurzen Wegen, Zugang zu Bildung, Kultur, Gesundheit und Konsum. Zudem wird die Ein-Ernährer-Familie, auf die die Vorstädte zugeschnitten waren, in den modernisierten Arbeitnehmermilieus zunehmend zum Auslaufmodell. In modernen Doppelverdienerfamilien lohnt es sich nicht mehr, Fahrwege, Grundstücksvorhaltung, Energiekosten und soziales Kapital in der herkömmlichen Form aufrecht zu erhalten. Auch haben viele Kohortensiedlungen ihre Zeit als Familienorte hinter sich und die verbliebenen älteren Menschen drohen ihren Familienanschluss zu verlieren. Vor allem Orte, die mehr als zwanzig Kilometer von der nächsten größeren Stadt entfernt sind und stadtnahe Siedlungen ohne vernünftigen Verkehrsanschluss sind von Landflucht besonders betroffen. Jeder Kilometer zum Stadtzentrum lässt sich in Kosten, Zeit und ökologische Verluste umrechnen (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2013).

Bereits die beginnende Abwanderungstendenzen hat erhebliche Auswirkungen auf das Image der Region, den Einzelhandel, die Arztversorgung und die Bildungseinrichtungen. Und sie führt zur Kostensteigerung der Le-

benshaltung, was die Entwicklung wiederum beschleunigt. Vor allem die qualifizierten moderneren Milieus zieht es in die Stadt.

Genau auf diese Zielgruppen setzen die großen Städte. Die Städte sehen vor allem im Zuzug von Familien eine Korrektur der Asymmetrie der Stadtbevölkerung und eine Chance, der demografischen Falle vielleicht doch noch zu entkommen. Etliche Studien beschwören die neue Attraktivität der Städte und zeichnen Leitbilder der kinder- und familienorientierten Großstadt (Experimenteller Wohnungs- und Städtebau 2009, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin 2013). Gleichwohl fehlt es in den Städten noch an etlichen Voraussetzungen. Die alte Zonierung der funktionalen Stadt wirkt nach. Es fehlen Betreuungsmöglichkeiten für Kinder, Barrierefreiheit, Grün- und Erholungsflächen sowie die Entschleunigung des Verkehrs. Wo diese Defizite behoben werden, steigt die Nachfrage nach Wohnraum, der Einzelhandel belebt sich und die Kinderwagendichte nimmt zu. Es entsteht eine fruchtbare Nähe von Wohnen, Arbeit, Bildung und Konsum. Gleichzeitig beginnt sich die Vorstellung von urbanem Wohnen zu ändern. Mit Stadt wird heute auch Naherholung, Grünfläche, Wasser und sogar Ruhe verbunden. Das über hundert Jahre lang währende antistädtische Leitbild, welches die Stadt als Ort des Proletariats, des Drecks und des Siechtums währte, ist am verblassen.

### Der Druck auf die Armutszonen

Unabhängig von dieser Entwicklung leben in den angesagten Stadtteilen zugleich viele Menschen an der relativen Armutsgrenze. Migranten, Rentner, Kreative und Alleinerziehende sind besonders betroffen. Ihnen bietet der Arbeitsmarkt kaum existenzielles Auskommen. Die mittleren Großstädte weisen bis auf Düsseldorf und Stuttgart alle eine am Bundesdurchschnitt bemessene Armutsgefährdungsquote von über 20 Prozent auf. Gerade an den Rändern der angesagten Viertel

liegt die Armutsgefährdungsquote noch deutlich oberhalb dieser Werte. So leben beispielsweise im Südteil des sich gentrifizierenden ehemaligen Arbeiterstadtteils Hannover-Linden die Hälfte der Familienhaushalte von Sozialleistungen.

Die prekären Bevölkerungsgruppen drohen durch Mieterhöhungen und Leersanierungen vollends aus den Innenstädten verdrängt zu werden. Zugleich wirken aber auch Kaffeebars, Hipsterstyle und Biowohlstand auf die angestammten Bewohner in dem Maße ausgrenzend, wie der Lebensstil in einen konkreten Zusammenhang mit dem realen Verdrängungsrisiko tritt. Soziale Ungleichheit wird in der Ungleichzeitigkeit der Lebensverhältnisse sichtbar und mündet in die symbolische Verdrängung (Dörfler 2010).

Der Mietenanstieg übt inzwischen Druck auf weitere Bewohnergruppen aus, wie etwa auf Studenten in den hochschulnahen Vierteln, Mittelstandsfamilien mit größerem Platzanspruch und Fachkräfte, die sich den Zuzug in die Städte nicht leisten können (vgl. Rhein-Main-Kompass 2013). Lediglich die verbliebenen öffentlichen Wohnungsbestände und diejenigen Wohnungsgenossenschaften, die sich explizit mit Mietpreiserhöhungen zurückhalten, federn die Mietpreise noch ab.

Die Schattenseite dieser Entwicklung blieb lange unbemerkt, weil die Aussicht, im Konzert der Metropolen mitspielen zu dürfen, für die wenig verwöhnten mittleren Großstädte allzu verlockend erschien.

### Neue soziale Milieus werden zu Akteuren der Wohnungspolitik

In fast jeder Großstadt gibt es heute politische Auseinandersetzungen um die Ursachen und die Folgen dieser Entwicklung. Stuttgart-Heslach, Düsseldorf-Flingern, Dortmund-Hörde, Essen-Nordstadt, Bremen-Ostertor, Dresden-Hechtviertel, Leipzig-Plagwitz,

Nürnberg-Gostenhof und Hannover-Linden sind nur eine Auswahl derjenigen Stadtteile, die in den Halbmillionenstädten auffallen. Sie sind mit ihrer Mischung aus veredelten Industrieanlagen, großzügigen Dachausbauten, vielfältigen und gehobenen Einkaufsmöglichkeiten, multikulturellen Kulturangeboten und renaturierten Wasserläufen heute zu den bunten und angesagten Vierteln der Großstädte geworden. Hochglanzzeitschriften und Versandkataloge hypen das Wohnen in Lofts und Penthouses. Schicke Eigentumswohnungen werden als Alterssicherung für unsichere Zeiten gepriesen. Wohngruppen kaufen Industriebauten und ausgediente Schulhäuser.

In dieser neuen urbanen Mischung von Übriggebliebenen, Trendsettern, Migranten und Studenten artikuliert sich ein junges rebellisches Submilieu: die Kinder der Großstadt. Ihre symbolische Antwort auf Marmor, Glas und Edelstahl sind Dreck, Krach und Kritzeleien an den aufgehübschten Fassaden ihrer Viertel. Illegale Hausbesetzungen und Steinwürfe rufen kleinbürgerliche Tugendwächter und bildungsbürgerliche Stadelite gleichermaßen auf den Plan. Mit dem Versuch der Marginalisierung und Kriminalisierung werten sie das junge Milieu auf und machen sie zu Taktgebern im politischen Diskurs. Das Spiel von Macht und Gegenmacht lässt sich in den Szenevierteln gut beobachten.

Im Umfeld des rebellischen Milieus sortiert sich die junge moderne Stadtgesellschaft neu. Junge Menschen wehren sich dagegen, städtische Räume der homogenisierenden Marktlogik zu überlassen. Auch die mietentreibende ökologische Modernisierung gerät auf den Prüfstand. Sie fordern ein neues Kapitel der Wohnungspolitik, hin zu kommunaler Gestaltungsmacht. Unter ihnen finden sich erstmals auch migrantische Kosmopoliten, die mit ausgrenzenden Erfahrungen groß geworden sind und sich heute bewusst gegen den Fortzug aus ihrem Kiez entscheiden. Sie bringen – anders als Stereotype es nahelegen – eine über-

durchschnittliche Bildungsaspiration ein und amalgamieren das neue multikulturelle Milieu (vgl. Geiling/Gardemin/Meise/König 2011).

Eine kluge Kommunalpolitik erkennt das Risiko kalter Verdrängung rechtzeitig und kann gegensteuern. So bezeichnet der Deutsche Städte- und Gemeindebund eine „aktive und nachhaltige Wohnungsbaupolitik“ als „Gebot der Stunde“ (Deutscher Städte- und Gemeindebund 2013). Das Steuern und bewusste Gestalten ist nicht nur ein soziales und politisches Gebot, sondern auch ökonomisch vernünftig. Unfreiwillige städtische Binnenmigration von Armut bedrohter Milieus führt zu Entwurzelungen und Segregationsprozessen, die zusätzliche Sozialtransfers erforderlich machen. Von der unerwarteten Situation aufgeschreckt, schloss Bremen ein Bündnis für Wohnen mit intermediären Organisationen, aus dem ein 30 Millionen Euro umfassendes Handlungskonzept gegen Wohnungsnot hervorging. Das Land Nordrhein-Westfalen versucht gemeinsam mit der Immobilienwirtschaft Ideen zu entwickeln, in Hannover werden in den nächsten sechs Jahren 27 Millionen Euro in 600 Sozialwohnungen gesteckt. 30 Millionen in Bremen oder 600 Sozialwohnungen in Hannover bei einem für die nächsten zehn Jahre geschätzten Bevölkerungszuwachs von bis zu 20.000 Neustädtern wirken wie ein paar Tropfen auf den heißen Stein. Und Bundes- oder Landesmittel sind in Zeiten von Schuldenbremse und Haushaltsvorbehalten bislang nicht in Sicht.

Die Ideen wirken vielerorts noch orientierungslos, zu sehr sind die Städte von aktiver Wohnungspolitik entwöhnt. Es fehlt auch ein kleinräumiges Monitoring, das zeitnah Entwicklungen aufzuspüren hilft. In einigen Stadtteilen kippen einzelne Haushalte bereits bei 20 bis 30 Cent Mieterhöhung pro Wohnquadratmeter. Wenn mehr als ein Drittel des Haushaltseinkommens für Miete aufgebracht werden muss, kommen die Haushalte ins Schwimmen. Die herkömmliche Analyse

von Bestands- und Angebotsmieten erzeugt Schiefen der Wahrnehmung (vgl. Heyn/Braun/Grade 2013). Bereits bei einer Wohnungsleerstandsquote zwischen zwei und drei Prozent beginnt Wohnungsnot im Quartier.

Es existiert kein verbindliches Messinstrument, das die Indikatoren bündelt. Jede Kommune versucht, die Definitionsmacht über die Frage, wann eine soziale Notlage beginnt, in der eigenen Zuständigkeit zu halten. Die Versuchung ist groß, zu beschwichtigen und zu kaschieren. Es kommt zudem unter Spardruck zu absurden Entscheidungen, wie beispielsweise Senkungen von Mietobergrenzen in Hannover, in deren Folge mehr als 7.000 Haushalte mit Wohngeldbezug Umzugsanforderungen erhielten.

## Ansätze neuer kommunaler Wohnungspolitik

Mietenanstieg, Bevölkerungswachstum, Milieu- und Wertewandel sind neue Herausforderungen, denen mit neuen Ideen begegnet werden sollte. Ein teilhabegesteuerter Diskurs kann eine breite Akzeptanz für städtische Wohnungspolitik erzielen. Von der Wiedereinführung von Erhaltungssatzungen, über Gewerbeumnutzungen und lokale Mietpreisbremsen, bis hin zu Nachverdichtungen sind alle Instrumente zu überprüfen. Vor allem Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen müssen vor Verdrängung geschützt werden und die von Segregation besonders bedrohten Viertel bedürfen eines Schutzraumes.

Wenn eine Unterstützung von Bund und Ländern nicht kommt, werden die Städte eigenständige Wege gehen müssen. Dazu gehört auch ein wohnungsbaupolitisches Umdenken. Es wird nicht länger vermittelbar sein, dass attraktive städtische Flächen verkauft werden, auf denen Bauträger anschließend mit öffentlicher Unterstützung Sozialwohnungen errichten, die für 12 bis 25 Jahre mit staatlichem Wohnungsgeld refinanziert wer-

den und dann – jährlich bundesweit zwischen 50.000 und 100.000 Sozialwohnungen – in das freie Eigentum des Investors übergehen.

Dabei existieren alternative Modelle, die die Gestaltungsmacht der Kommune erhöhen. Revolvierende Fonds beispielsweise nutzen das zu erwartende Wohngeld als Eigenkapital. So bleibt der unternehmerische Gewinn, der bislang in die private Wohnungswirtschaft floss, in der öffentlichen Hand. Der Vorteil ist die langfristige Bindung des Wohnraums zur Stärkung des wichtigsten kommunalen Steuerungsinstruments. Nach einer langen Phase der Privatisierung öffentlicher Flächen ist es an der Zeit, wieder in eine Konkurrenz zur privaten Wohnungswirtschaft zu treten. ■

### Quellen:

- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hg.) 2013: Vielfalt statt Gleichwertigkeit. Was Bevölkerungsrückgang für die Versorgung ländlicher Regionen bedeutet, Berlin.
- Deutscher Städte- und Gemeindebund 2013: 10 Leitlinien des DStGB zur zukünftigen Wohnungspolitik, Berlin.
- Dörfler, Thomas 2010: Gentrification in Prenzlauer Berg? Milieuwandel eines Berliner Sozialraums seit 1980, Bielefeld.
- Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (Hg.) 2009, Stadt als Wohnort für Familien, Bonn.
- Friedrichs, Jürgen/Kecskes, Robert (Hg.) 1996: Gentrification. Theorie und Forschungsergebnisse, Opladen.
- Geiling, Heiko/Gardemin, Daniel/Meise, Stephan/König, Andrea 2011: Migration, Teilhabe, Milieus. Spätaussiedler und türkeistämmige Deutsche im sozialen Raum, Wiesbaden.
- Heyn, Timo/Braun, Rainer/Grade, Jan 2013: Wohnungsangebot für arme Familien in Großstädten. Eine bundesweite Analyse am Beispiel der 100 einwohnerstärksten Städte, Gütersloh.
- Holm, Andrej 2010: Wir bleiben alle! Gentrifizierung – Städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung, Münster.
- Rhein-Main-Kompass 2013: Der Wirtschaftstrend-Report der Heleba, 9/13, Gießen.
- Schubert, Dirk 2011: Zur Diversifizierung von Wohnraumversorgung, Widersprüche 121 (31), S. 23–38.
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin (Hg.) 2013: Das Leitbild von der urbanen Mischung, Berlin.
- Teuber, Mark-Oliver/Wedemeier, Jan 2013: HWWI/Berenberg Städteranking 2013. Die 30 größten Städte Deutschlands im Vergleich, Hamburg.

⇒ Dr. Daniel Gardemin, ist Sozialwissenschaftler, Lehrbeauftragter an der Leibniz-Universität Hannover, Institut für Politische Wissenschaft, Schwerpunkte: Milieuforschung, Wahlanalysen. Er ist Sprecher der Grünen Hannover-Linden.

## Die „gute Stadt“ – Hegemoniefähigkeit in großen Städten

von Björn Böhning



Foto: www.fotolia.com, © Frank Täubel

Der gesellschaftliche Strukturwandel in den Städten hat seine Spuren hinterlassen. Waren in den 80er und 90er Jahren noch die großen Städte mit über 500.000 Einwohnern weitgehend in SPD-Hand, so änderte sich dies Anfang des neuen Jahrtausends erheblich. Der SPD wurde mehr und mehr zum Verhängnis, dass sie ihre soziale Bindung in soziostrukturellen großstädtischen Milieus verlor und ihr Themenkanon offenbar keine politische Bindung mehr erzielen konnte. Dies wiederum lag nicht zuletzt daran, dass die SPD in den 90er Jahren weitgehend, sei es aus politischer Überzeugung oder aus reiner, durchaus widerwillig getragener Sparnot, die Privatisierungs- und Sozialkürzungsideologie in die Kommunen und Städte hinein verlängerte. Die Konsequenz war ein radikaler Verlust politischer Handlungsspielräume bei gleichzeitigem Vertrauensverlust in der Bevölkerung. Zudem verschärfen sich die sozialen Spaltungstendenzen in unseren Städten, deren Inklusionsfähigkeit wiederum durch Demografie und Migration auf eine neue Probe gestellt wurde.

Seit einigen Jahren jedoch gelingt es der SPD in den großen Städten wieder besser, ihre Wählermilieus zu erreichen und ein sozialdemokratisches Themenset zu bündeln, das die „Städter“ gewinnt. Mittlerweile sind bis auf drei Ausnahmen wieder alle Städte mit über 500.000 Einwohnern rot regiert. Es scheint sich eine sozialdemokratische Hegemoniefähigkeit herauszubilden. Anlass, dieser Entwicklung auf den Grund zu gehen.

### Die Basis für Hegemoniefähigkeit

Viel ist in den letzten Jahren vom „Verlust“ des sozialdemokratischen Milieus in den Städten geschrieben worden. Diese Analyse ist falsch. Schon rein soziokulturell sind natürlich die sozialdemokratisch affinen Arbeitnehmersmilieus nicht verschwunden. Allerdings hat wohl die Bindung an diese Milieus aus politischen, personellen und auch soziokulturellen Gründen nachgelassen. Die SPD bekommt dies in den Städten geballt zu spüren. Ihr fehlen die „organischen Intellektuellen“ als Mittlerinnen und Mittler sowie als Über-

setzerinnen und Übersetzer ihrer Botschaften in die Milieus hinein. Sie ist in einigen Städten – nicht zuletzt durch die große Konkurrenz im linken Spektrum – auch immer weniger in der Lage diese Mittlerinnen und Mittler für eine offene Mitarbeit zu gewinnen.

Grundvoraussetzung für Hegemoniefähigkeit ist allerdings, diese Frage durch eine zeitgemäße sozialdemokratische Stadtpolitik zu beantworten. Derzeit lassen sich hier zwei Grundmuster einer Lösung ablesen. Zuerst hat die SPD mehr und mehr in den großen Städten auf einen hochkommunikativen und sozialkompetenten, aber eher sozialkonservativen Politikertypus gesetzt, der offenbar in der Lage ist, kommunikativ eine gesellschaftliche Brücke zwischen metropolitane kulturrainen Milieus und „klassischen“ Arbeitnehmermilieus zu schlagen. Hinzukommt eine starke regionale Bindung und Bildung, die vor Ort Akzeptanz findet. Der Typus des personellen Imports dagegen ist weitgehend erfolglos und verschwunden.

Zweitens hat die SPD durch starke Anleihen an US-amerikanische Kampagnenmechaniken das Modell des „Community organizers“ wieder für sich entdeckt und erhebliche parteiliche und auch politische Anstrengungen unternommen, Bindungen wieder zu verstärken. So versuchen Quartiersmanager oder auch Stadtteilmütter und -väter die Integration benachteiligter Quartiere zu stärken und damit die Voraussetzungen für die Teilhabe an der Demokratie zu verbessern. Zugleich wurden erfolgreiche Wahlkampf- und Organisationsmodelle erprobt, die auf eine Mobilisierung der Nachbarschaften durch direkte Ansprache bis an die Haustür setzen.

### Keine Hegemonie ohne Botschaften

Wer allerdings städtische Hegemonie lediglich auf die personale Milieubindung und die Organisation reduziert, hat nicht nur Gramsci falsch verstanden, sondern ist auch

angesichts der desaströsen kommunalen Erfahrungen mit dieser Reduktion insgesamt falsch aufgestellt. Entscheidend für die Mehrheitsfähigkeit in den Städten ist und bleibt, ob es gelingt, den Wertekanon sozialdemokratischer Stadtpolitik zeitgemäß und vor allem mit dem entsprechenden Lokalkolorit in der Stadtgesellschaft zu verankern. Der SPD ist es hier in den letzten Jahren gelungen, fortschrittliche inhaltliche Ansätze zu finden, die nicht zuletzt ihren Widerhall in der Bundespolitik gefunden haben.

Zu beachten ist, dass sozialdemokratische Politik in den Städten die Problemlagen und Herausforderungen lebensnah und konkret beschreiben muss. Das ist im Übrigen kein Widerspruch zu regulatorischen Weichenstellungen, die weiter notwendig und entscheidend sind. Aber es ist eine hinreichende Bedingung, um das städtische Lebensgefühl zu adressieren.

### Die neue soziale Frage in den Städten: Wohnen für alle

Ein Grundbedürfnis städtischen Lebens ist das Wohnen, mithin also auch das bezahlbare Wohnen in den Innenstädten und städtischen Kiezen. In den letzten Jahren hat sich die Tendenz zur „Umlandflucht“ deutlich reduziert und die Wünsche sowie Anforderungen an städtisches Wohnen sind erheblich gestiegen. Darauf muss sozialdemokratische Politik reagieren – und sie hat reagiert. Wohnen wird mehr und mehr wieder als Grundrecht verstanden. So ist es folgerichtig, dass die SPD in den Städten neben der Verschönerung der Kieze und damit der Steigerung der Lebensqualität auch wieder stark in den Wohnungsneubau selbst investiert. Diese Doppelstrategie – höhere Wohnqualität, Aufwertung von Kiezen auf der einen – sowie mehr Wohnungen durch Instandsetzungen, energetische Sanierungen und Neubau auf der anderen Seite – als Basis für städtische Lebensqualität und Gerechtigkeit hat sich mittlerweile zu einem Marken-

kern sozialdemokratischer Politik entwickelt. Es gibt beeindruckende Neubauvorhaben, in denen vormals graue städtische, nicht zuletzt auch innerstädtische Gebiete aufge bessert und den Menschen wieder zugänglich gemacht werden. Hierbei sind städtische Wohnungsbaugesellschaften, nicht private Wohnungsunternehmen der strategische Hebel, um soziale Stadtentwicklung zu fördern.

Natürlich gibt es auch bei dieser Strategie Zielkonflikte: Ist Neubau zu *bezahlbaren* Mieten möglich? Oder schafft Neubau nicht wenigstens andernorts Platz für bezahlbares Wohnen? Wo sind Grünanlagen sinnvoller als Wohnungsbauten? Sind zum Neubau nicht noch Zusatzinvestitionen wie Kitas, Schulen oder Stadtteilstrukturen nötig? Es gibt auch Widerstände gegen diese Politik aus dem konservativ, auch wertkonservativ bewahrenden Milieu. So hat sich in den letzten Jahren unter dem Kampfbegriff der Gentrifizierung eine Bewegung aus linksliberalen Alternativen und dem konservativem Bürgertum etabliert, die gegen die Aufwertung von Kiezen, Wohnungsbau und -sanierungen bis hin zum Widerstand gegen Quartiersmanagement-Ansätze polemisiert. Hier stellt sich in den Städten jeden Tag aufs Neue die Frage, ob die SPD auch in neuen Zeiten eine klare Haltung für die Verbesserung der Lebensqualität und für die große Idee der gemischten Quartiere einnimmt.

### **Noch unterschätzt: Die Rolle einer Politik der Arbeit in der Stadt**

Die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und die Ausweitung des Niedriglohnsektors haben städtische Gemeinschaften besonders schwer getroffen. In den Städten hat sich mehr und mehr ein urbanes Proletariat herausgebildet, das durch Entfremdung von der Arbeit, niedrigentlohnte Arbeit sowie von Vereinzelung und damit Entwurzelung von der kommunalen Gemeinschaft gekennzeichnet ist. Dies ist übrigens auch ein entscheidender

Unterschied zur Situation der in den 70ern angeblich gescheiterten sozialdemokratischen Stadtpolitik. Denn damals waren die sozialen Bindungen noch deutlich stärker und Gleichheit statt Segregation der Stadtquartiere erheblich stärker ausgeprägt als heute. Will die Sozialdemokratie dieser sozialen Spaltung entgegentreten und damit auch die Basis für Demokratie (Partizipation!) und Freiheit (auch Freiheit vor Kriminalität!) in den Städten verbessern helfen, dann muss sie eine Strategie **eines gemeinschaftlichen Stadtlebens** verfolgen. Dazu gehören mindestens drei Säulen:

Erstens braucht es nationale Rahmenbedingungen für gute Arbeit, die den mentalen, sozialen und gesundheitlichen Raubbau an geringentlohnenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern beenden. Diese Rahmenbedingungen können kommunal sinnvoll in die Städte verlängert werden – etwa durch zeitgemäße Beschaffungspolitik, Mindeststandards und eine Vorbildfunktion der öffentlichen Hand.

Zweitens müssen Ansätze der städtischen Vergemeinschaftung, Kiezinitiativen, Quartiersmanagement, Integrationslotsen und Stadtteilmütter/ -väter, als *communitybuilding* gesichert und ausgebaut werden. Sie bieten die Grundlage für mentale Mutgewinnung und Partizipationsinteresse nicht nur Weniger, sondern Vieler.

Und drittens sollte die städtische Wirtschaft, Betriebsräte, Gewerkschaften und nicht zuletzt die kommunale Wirtschaft (übrigens weniger deren Verbände) in einen „Pakt des städtischen Friedens“ eingebunden werden. Dieses unternehmenskoalitionäre Netzwerk hat gemeinsam mit der Stadtpolitik ein erhebliches Interesse an sozialem Frieden in der Stadt, wenig Kriminalität, kommunaler Nachfrage und funktionierender Infrastruktur. Ansätze wie Vereinbarungen zur Stärkung der Tarifbindung, der Mitbestimmung, der Steigerung der Anzahl an Ausbildungsplätzen oder auch zur Touris-

musakzeptanz mit fairen Löhnen könnten hier sinnvoll weiterentwickelt werden.

### **Keine Hegemoniefähigkeit ohne politische Spielräume und kommunale Demokratie**

Eine Grundbedingung aber für die Mehrheitsfähigkeit in den Städten ist die Rückgewinnung kommunaler Handlungsspielräume. Die Zurückdrängung der Privatisierungsideologie, die Stabilisierung der kommunalen Einnahmen aber auch die Modernisierung des öffentlichen Sektors insgesamt haben in den Städten den Blick auf die Notwendigkeit demokratischer Einflussmöglichkeiten auf das „Unternehmen Stadt“ ausgeweitet. Mittlerweile kann in den Städten ohne Scheuklappen von einer Strategie der Re-Kommunalisierung gesprochen werden. Und das ist auch nötig. Denn nur dort, wo Stadtentwicklung nicht den Marktlogiken allein unterworfen ist, kann sozialdemokratische Politik spürbar werden: In der Energiepolitik mit modernen Stadtwerken, beim Wohnungsbau kommunaler Wohnungsbaugesellschaften, bei der bezahlbaren Mobilität im stadteigenen ÖPNV.

Um die Steuerungsfähigkeit unserer Städte erhalten zu können, haben sich in den letzten Jahren die Vorzeichen der kommunalen Debatte verschoben: Nicht mehr der Verkauf des Tafelsilbers, sondern die Modernisierung öffentlicher Unternehmen und die Reform der öffentlichen Daseinsvorsorge in kommunaler Hand haben die De-Kommodifizierung der Städte eingeleitet, mittlerweile mit großer Zustimmung bei den Bürgerinnen und Bürgern – und Akzeptanz weit über das engere linke Lager hinaus. Sogar alternative institutionelle Logiken werden mehrheitsfähig: In Bremen hat vor einem Jahr eine Privatisierungsbremse Eingang in die Landesverfassung gefunden.

Neben der Ausweitung städtischer Handlungsspielräume ist der Ausbau kommunaler Demokratie als Signal der Offenheit, der Transparenz und der Beteiligung der Bürge-

rinnen und Bürger an der Stadt eine notwendige Bedingung von Hegemoniefähigkeit. Sozialdemokratische Politik zeichnet sich in den Städten dadurch aus, dass sie einen stadtteilbezogenen bottom-up-Ansatz verfolgt, und grobschlächtigen und leicht zu instrumentalisierenden top-down-Ansätzen misstraut. Die Stadtteilarbeit unter Einbeziehung lokaler Expertinnen und Experten – bis hin zu kommunalen Bürgerhaushalten – haben sozialdemokratischer Politik auch in schwierigen Zeiten Reputation gesichert.

So notwendig diese Demokratisierungsstrategie ist, sie ist nicht frei von Widersprüchen. Die ewig gleichen Beteiligten, hohe Kosten und „not in my neighbourhood“-Tendenzen haben in vielen Städten zu einer Ernüchterung vor Partizipationsstrategien geführt. Zugleich ist es aus sozialdemokratischer Sicht trotz erheblicher Anstrengungen nicht gelungen, der Milieuabhängigkeit demokratischer Beteiligung nachhaltig entgegenzuwirken. Im Gegenteil: Auch in den Städten sind die Ellenbogen der Mittelschicht mehr und mehr spürbar. Nach allen Erfahrungen ist und bleibt aber der Ausbau kommunaler Demokratie gerade auch in sozial benachteiligten Stadtteilen ohne Alternative, um als Stadt bei den Bürgerinnen und Bürgern das Prädikat „gut und lebenswert“ zu erhalten.

### **Die gute Stadt als Leitbild sozialdemokratischer Politik**

Die Städte lebenswert zu machen oder zu halten durch eine soziale, gemeinschaftliche und gemeinwirtschaftliche Stadtpolitik, Einsatz für die kommunale Daseinsvorsorge und kommunale Demokratie zur Stärkung des Gemeinwesens: Dadurch zeichnet sich die gute Stadt aus. Sie ist das Leitbild einer erneuerten sozialdemokratischen Hegemoniefähigkeit in den großen Städten. ■

↳ Björn Böhning (35) ist Chef der Berliner Senatskanzlei.

# Rekommunalisierung von PPP

von Laura Valentukeviciute

Proteste gegen den Ausverkauf öffentlicher Unternehmen und Rufe nach Rekommunalisierung wurden nach den massiven Privatisierungen schon Mitte der 90er Jahre vielerorts laut. Dennoch fordert momentan die Troika in den EU-Krisenstaaten Privatisierungsmaßnahmen, unter anderem als sogenannte PPP (Public Private Partnership, auf Deutsch ÖPP, öffentlich-private Partnerschaft). Auch in Deutschland wird diese Privatisierungsvariante stark vorangetrieben.

## Was ist Public Private Partnership?

PPP-Projekte sind Kooperationen zwischen dem Staat und privaten Unternehmen zum Betrieb von Infrastruktur der Daseinsfürsorge, gegebenenfalls inklusive Bau oder Sanierung. Für die Leistung verpflichtet sich die öffentliche Hand, Mieten oder Gebühren für lange Zeiträume (30 Jahre und länger) zu zahlen. In der Regel wird das für die SteuerzahlerInnen teurer als der eigene Betrieb, wie sogar die Rechnungshöfe kritisieren. Viele PPP-Verträge werden außerdem von dem privaten Partner direkt nach der Unterzeichnung an die Banken weiterverkauft („forfaitiert“) und die öffentliche Hand verzichtet auf Reklamationen, z.B. wenn Mängel auftreten. Aufgrund von Geheimhaltung dürfen die meisten Abgeordneten die Verträge nicht einsehen. Sie geben ihre Entscheidungsmacht an die privaten Partner ab. Bei Veränderungen wie z.B. demografischen Entwicklungen kann die öffentliche Hand nicht mehr anders als im Vertrag vorgesehen reagieren.

PPP ist in Deutschland noch relativ jung und es gibt bis dato noch nicht so viele Rekommunalisierungen. Allerdings wird schon jetzt deutlich, dass hier eine Rekommunalisierung mit besonderen Schwierigkeiten verbunden ist.

## Wege zur Rekommunalisierung

Rekommunalisierung ist immer eine Aufgabe der Exekutive und theoretisch gibt es vier Wege dahin:

1. Das Land kündigt einseitig die Verträge auf.
2. Die Verträge sind nichtig und werden aufgelöst.
3. Die Verträge werden einvernehmlich mit den Investoren aufgelöst.
4. Die Konzessionen laufen aus und der Vertrag wird nicht mehr verlängert. Der Entschluss zur Rekommunalisierung ist häufig das Resultat des Drucks von außen, z.B. von BürgerInneninitiativen. Es gibt aber auch Kommunen, in denen die Ratsherren und -frauen ohne externen Druck entscheiden. Anhand von vier Beispielen werden diese verschiedenen Varianten geschildert.

## Paris: Keine Vertragsverlängerung

Die Wasserbetriebe in Paris wurden 1985 privatisiert. Der Vertrag wurde für 25 Jahre zwischen der Stadt und den zwei größten französischen Wasserunternehmen Veolia und Suez unterzeichnet<sup>1</sup>. Es kam zu einer enormen Wasserpreissteigerung. Allein in den letzten zehn Jahren betrug sie 103 Prozent, im gesamten Privatisierungszeitraum sogar 260 Prozent. Die privaten Partner hielten zunächst die nötigen Investitionen zurück und mussten erst aufgrund von Vertragsrevisionen von 2003 bis

<sup>1</sup> Ähnlich D. Hachfeld „Die Berliner Wasserbetriebe rekommunalisieren – aber wie?“ Berlin, 2008, [www.davidhachfeld.de/texte/DHachfeld-RekommunalisierungBWB.pdf](http://www.davidhachfeld.de/texte/DHachfeld-RekommunalisierungBWB.pdf)

<sup>2</sup> Die Gebiete am rechten Seine-Ufer gingen an die „Compagnie des Eaux de Paris“ (Veolia) und in der linken an „Force-Parisienne des Eaux“ (Suez).

2009 153 Millionen Euro investieren, u.a. um EU-Standards zu entsprechen.

Während der Privatisierung war kaum eine Kontrolle möglich, denn diese wurde an eine Gesellschaft übertragen, die zu 70 Prozent der Stadt, zu 28 Prozent Veolia und Suez sowie zu 2 Prozent einem staatlichen Finanzinstitut gehörten. Die privaten Firmen standen hier in einem klaren Interessenkonflikt, denn sie sollten sich selbst mit beaufsichtigen. In einem Prüfbericht der Stadt von 2003 wurde festgestellt, dies schaffe eine „paradoxe Rolle“ und sei ungünstig für die Ausübung der Kontrolle.<sup>3</sup>

Aufgrund der Geheimhaltung war auch die Kontrolle der Rechnungslegung nicht möglich. Eine dafür von Veolia und Suez gegründete andere Gesellschaft wurde über Jahre hinweg nicht kontrolliert. Später stellten staatliche Prüfer fest, dass die „hohen Ausgaben den zufriedenstellenden Service nicht rechtfertigen“ und dass die Gesellschaft ihre Gewinne der Stadt gegenüber nie offen gelegt hatte, aber ein „sehr profitables Unternehmen war.“<sup>4</sup>

Nach dem Auslaufen der Konzession erfolgte 2010 die Rekommunalisierung. Es wurde ein kommunaler Betrieb „Eau de Paris“ gegründet. Dieser Weg ist rechtlich vergleichsweise sicher und finanziell nicht so belastend, weil die Stadt keine Entschädigungszahlungen tätigen muss wie im Fall eines Vertragsbruchs. Andererseits kann dieser Weg nur nach dem Ablauf des Konzessionsvertrags benutzt werden, also abhängig von der Vertragsdauer nur alle 20 bis 30 Jahre.

Das kommunale Unternehmen konnte bald 35 Millionen Euro Gewinn erwirtschaften und dennoch im Juni 2011 den Trinkwasserpreis um 8 Prozent senken. Die Einsparungen konnten hauptsächlich aus folgenden Gründen erfolgen:

1. Die Wasserbetriebe müssen keine Gewinne an die privaten Partner abwerfen, die im PPP-Vertrag garantiert waren. Offiziell betragen diese 6-7 Prozent, die Führung der heutigen Gesellschaft vermutet aber, dass es womöglich bis zu 15 Prozent waren.
2. Bei der Auftragsvergabe wurde gespart, denn Veolia und Suez hatten ihre Tochtergesellschaften als Subunternehmen beschäftigt und dafür überhöhte Preise verlangt.
3. Für die öffentlichen Unternehmen gelten niedrigere Steuern als für private. In Folge der Rekommunalisierung wird nun auch wieder regelmäßig in die Infrastruktur investiert.

Die Stadt Paris hatte 2006 die Gründung einer Wasserbeobachtungsstelle initiiert – eine Versammlung von KundInnen, Umweltorganisationen, RepräsentantInnen der öffentlichen Hand und WasserexpertInnen, die sich sechs Mal jährlich treffen. Bislang spielt die Versammlung weiterhin nur eine beratende Rolle, aber es ist geplant, der Versammlung das Stimmrecht bei „Eau de Paris“ zu erteilen.

Die Rekommunalisierung in Paris erfolgte auf Initiative des Bürgermeisters, also von Oben. Gleichzeitig zeigt sie, wie das von den PolitikerInnen Geschaffene auch von diesen rückgängig gemacht werden kann. Und das in einem Land, wo die Wasserprivatisierung eine lange Tradition hat. Manchen BürgermeisterInnen in Deutschland könnte das eine Lehre sein.

### **Berlin: einvernehmliche Auflösung der Verträge**

Die Berliner Wasserbetriebe sind ein Beispiel für eine Rekommunalisierung in Folge des Drucks von Seiten der Zivilbevölkerung. Der PPP-Vertrag wurde 1999 zwischen dem

<sup>3</sup> M. Pigeon, D.A. McDonald, O. Hoedemann, S. Kishimoto (Hrsg.), „Remunicipalisation: Putting Water Back into Public Hands“, Amsterdam 2012.

<sup>4</sup> Ebd. S. 27

Land Berlin, der Allianz, RWE und Veolia unterzeichnet und sollte bis 2028 währen. Nach nur 14 Jahren wurde die Teilprivatisierung beendet.

Für den Verkauf von 49,9 Prozent der Anteile erhielt Berlin 1,69 Milliarden Euro und wollte damit seinen Haushalt sanieren. Im 90.000 Seiten starken Vertragswerk übernahmen die privaten Partner die Geschäftsführung, sicherten sich garantierte Gewinne, trieben dafür die Wasserpreise in die Höhe, bauten 2.000 Arbeitsplätze ab und führen die Investitionen zurück.

Aufgrund der Geheimhaltung wurde der Vertrag nicht nur für die Berliner Hoffentlichkeit, sondern auch für die Abgeordneten zu einer „Blackbox“. Sie durften ihn nur in einer Datenschutzkammer einsehen, daraus aber nicht zitieren oder die Details in den Parlamentssitzungen zur Diskussion stellen. Das erschwerte die Rekommunalisierung. Denn auch für ein Gerichtsverfahren gegen die Verträge hätte man diese erst einmal Hoffentlich machen müssen. So kam es in der BurgerInneninitiative „Berliner Wassertisch“ zu der Idee eines Volksbegehrens für die Offenlegung der Verträge unter dem Titel „Schluss mit Geheimverträgen – Wir Berliner wollen unser Wasser zurück“. Es dauerte von 2007 bis 2011 und hatte gegen den starken Widerstand fast aller Regierungsparteien am Ende Erfolg.

Der Berliner Senat hat auf diverse Weise die Volksabstimmung behindert. In der ersten Stufe wurde versucht, die Ergebnisse der Unterschriftensammlung nicht anzuerkennen. Der Berliner Wassertisch klagte vor dem Berliner Verfassungsgericht und bekam Recht. Nach der zweiten Stufe verHoffentlichte der Senat Teile des Vertrags und argumentierte, dass die Offenlegung damit obsolet sei. Einen Tag vor der Abstimmung tauchten Nachrichten auf, dass wichtige Vertragsteile doch noch geheim seien. Dies wirkte wie Hö-

im Feuer: Mit 666.000 Stimmen und 98,2 Prozent Zustimmung für die Offenlegung der Verträge war die letzte Stufe des Volksentscheids gewonnen.

Für die im Volksentscheid vorgesehene „Hoffentliche Prüfung“ der Verträge wurde 2012 ein Sonderausschuss im Abgeordnetenhaus einberufen. Die Hoffnung des Berliner Wassertisches war, dass die Verträge für unrechtmäßig erklärt und so die Annullierung ohne Entschädigungszahlungen erreicht werden könnte. Eine ernstzunehmende Aufarbeitung der Verträge erfolgte in diesem Ausschuss aber nicht und so wurden sie auch nicht annulliert.

Dennoch war inzwischen der Druck auf die privaten Partner so groß geworden, dass sie nacheinander mit dem Land Berlin einen Rückkauf vereinbarten. Berlin zahlte insgesamt gut 1,3 Milliarden Euro, davon 650 Millionen an RWE und 590 Millionen an Veolia. Ein fairer Preis ist das für die KritikerInnen nicht, denn die beiden privaten Partner hatten ihre Investitionen bereits ausgezahlt bekommen: Während z.B. Veolia 1999 für seine Anteile 847 Millionen Euro gezahlt hatte, strich die Firma bis 2012 bereits 930 Millionen Euro Gewinn ein.<sup>5</sup>

Bereits im Vorfeld der Rekommunalisierung hat der Berliner Wassertisch für die komplett Hoffentlichen Wasserbetriebe Richtlinien zur Hoffologischen, Hoffkonomischen und sozialen Ausrichtung mit demokratischer Mitbestimmung ausgearbeitet und unter dem Titel „Berliner Wassercharta“ verHoffentlicht. Außerdem verlangt der Berliner Wassertisch einen demokratisch gewählten „Wasserrat“ in den Wasserbetrieben zu installieren, in dem VertreterInnen von Mitarbeiterschaft, NutzerInnen, Umweltverbänden und Abge-

<sup>5</sup> Wasser-Info 8/2013 „Rekommunalisierung der Wasserbetriebe: Senat beschenkt Veolia“

ordnetenhaus zusammen kommen und über die Arbeit der Wasserbetriebe entscheiden.

## Grenoble: Verträge sind nichtig und werden aufgelöst

Die Wasserbetriebe in Grenoble wurden im Jahr 1989 privatisiert und nach 10 Jahren heftiger Auseinandersetzungen wieder in die öffentliche Hand zurückgeholt. Grenoble ist ein Beispiel dafür, wie Privatisierungsverträge nach bewiesener Korruption für nichtig erklärt wurden und dadurch eine Rekommunalisierung stattfand.

Der PPP-Vertrag zwischen der Stadt und Lyonnaise des Eaux (Teil von Suez) übertrug 1989 für 25 Jahre die ganze Macht an die privaten Partner und garantierte deren Gewinn. Innerhalb kurzer Zeit hat Lyonnaise des Eaux ein sehr lukratives Geschäft gemacht: durch die Steigerung der Wasserpreise um 102 Prozent von 1988 bis 1995, Bilanzfälschung, interne Vergabe von Aufträgen an andere Konzernteile, mangelnde Investitionen und eine auf 15 Jahre gestreckte Zahlung des Kaufpreises von 23 Millionen Euro. Innerhalb der Vertragslaufzeit, also bis 2014, wären auf diesem Weg laut den Berechnungen des regionalen Rechnungshofs über eine Milliarde Franc Schaden für die NutzerInnen und SteuerzahlerInnen entstanden.<sup>6</sup>

Die Privatisierung wurde von Anfang an bekämpft: Als Erstes protestierten die Angestellten und WasserkundInnen. Später wurden die BürgerInneninitiative „Democratieécologie et solidarité“ und der WassernutzerInnenverband „Eau-secours“ gegründet. Der Protest einte außerdem Gewerkschaften, SteuerzahlerInnen, gewählte PolitikerInnen und andere Akteure. Von Anfang an versuchten sie, die Verträge gerichtlich anzufechten, und nach acht Jahren gelang es ihnen. Der Grund dafür:

6 D. Hachfeld „Lehren aus Potsdam und Grenoble“, in: Candeias, Rilling, Weise (Hrsg.) „Krise der Privatisierung – Rückkehr des Öffentlichen, Berlin, 2009.

Die Verträge sind unter massiver Korruption und Falschinformationen bei der Privatisierungsentscheidung zustande gekommen.<sup>7</sup>

Mittlerweile sind die Wasserbetriebe in Grenoble nicht nur in kommunaler Hand, sondern werden auch demokratisch kontrolliert: Der Vorstand besteht aus sechs StadtratsvertreterInnen und fünf ExpertInnen aus der Zivilgesellschaft (diese werden allerdings nicht gewählt, sondern vom Stadtrat berufen). Es gibt auch regelmäßige Konsultationen mit NutzerInnenkomitees, es werden Jahresberichte über die Preisentwicklung, den Service und die Qualität veröffentlicht.

## Potsdam: Das Land kündigt einseitig die Verträge auf

In Potsdam wurden 1997 49 Prozent der Wasserbetriebe für 85 Millionen Euro an eine Tochter von Suez und Thyssen, die Eurawasser GmbH verkauft. Das Geschäft umfasste „insgesamt dreizehn sehr kompliziert ineinander greifende und somit fast schon unverstündliche Verträge.“<sup>8</sup> Diese blieben im Wesentlichen geheim, nur einige Aspekte sind bekannt.<sup>9</sup> Schon ab 1999 kam es zu Konflikten. Der Hauptgrund waren die von Eurawasser geplanten Wasserpreissteigerungen: innerhalb von nur wenigen Jahren sollten die Preise um fast 50 Prozent und auf längere Sicht um fast 140 Prozent steigen. Auch ging es um Aufträge der Wasserbetriebe an Eurawasser und um die Verbuchung von Ausgaben als Investitionen, welche dadurch alleine von der Stadt getragen werden mussten. Außerdem gab es Streit über Personalkürzungen und die Stadt

7 R. Avrillier „A Return to the Source – Re-municipalisation of Water Services in Grenoble, France“ in „Reclaiming Public Water. Achievements, Struggles and Visions from around the World“, in: B. Balanyá, B. Brennan, O. Hoedemann et al. (Hrsg.), 2005.

8 P. Paffhausen, Gestaltung von Public Private Partnerships – Motive, Erfolgsfaktoren, Risiken für die Kommune, Rekommunalisierung, in: Bauer/Büchner/Brosius-Gersdorf (Hrsg.), Verwaltungskooperation.

9 D. Hachfeld „Lehren aus Potsdam und Grenoble“, in: Candeias, Rilling, Weise (Hrsg.) „Krise der Privatisierung – Rückkehr des Öffentlichen, Berlin, 2009.

musste feststellen, dass sie trotz der Anteilsmehrheit keine Kontrolle mehr hatte.<sup>10</sup>

Deshalb begann die Stadt bald, eine Rekommunalisierung zu planen, unterstützt von einem Gutachten, das die nachteilige Ausgestaltung der Verträge zu Lasten der Stadt belegte. Am 19. Juni 2000 entschied dann die Gesellschafterversammlung des Wasserbetriebs die Rekommunalisierung. Dafür wurde – ohne die Absichten gegenüber Eurawasser offenzulegen – eine Alleinvertretung der Geschäftsführer beantragt, die dann der städtische Geschäftsführer für eine Zustimmung zur Rekommunalisierung nutzte. Eine Rolle spielten dabei auch die PPP-spezifischen Besonderheiten des Vertrags. Eurawasser hatte die Verpflichtung zur Zahlung des Kaufpreises gleich an eine Bank weitergereicht, die dann **den Kaufpreis an die Stadt** bezahlte und dafür über 20 Jahre Gebühren im Wert von 205 Millionen Euro einnahmen. Diese Weiterreichung interpretierte die Stadt nun so, dass Eurawasser niemals einen Kaufpreis bezahlt hatte – und also auch nichts zurückbekommen müsse. Eurawasser wollte im Anschluss dagegen klagen, allerdings einigte man sich 2001 außergerichtlich.

Die Einigung ist bis heute geheim. Allerdings ist bekannt, dass Eurawasser noch einige Leistungen erbrachte und dafür eine Entschädigung bekam, die zwar auch nicht bekannt ist, aber auf bis zu 12,8 Millionen Euro geschätzt wird. Trotz der Rekommunalisierung stiegen die Wasserpreise an. Dahinter steht die beschriebene teure Weiterreichung des Kaufpreises an die Bank, die durch die Rekommunalisierung nicht hinfällig wurde. Immerhin stiegen die Preise nach der Rekommunalisierung nicht so stark an wie von Eurawasser prognostiziert.

Die Rekommunalisierung in Potsdam bietet insofern Positives und Negatives. Das geschickte Agieren der Stadt und ihr Widerstand gegen das Verhalten von Eurawasser zeigen die Möglichkeiten von Rekommunalisierung auf, die Bindung an das Bankgeschäft aber auch ihre Grenzen. Die Bürgerinnen und Bürger von Potsdam bezahlen dafür bis heute einen der höchsten Wasserpreise von Städten in ganz Deutschland.

### Reform der Verwaltung von Gemeingütern

Die beschriebenen Erfahrungen zeigen, dass es diverse Wege zur Rekommunalisierung gibt und keiner davon einfach ist. Die Beispiele machen deutlich, dass es überteuerte Rückkäufe gibt, die zu enormer Verschuldung der Kommunalhaushalte führen, intransparente Strukturen erhalten oder neue geschaffen werden und dass die Ökonomisierung des Gemeinguts Wasser bestehen bleibt.

Vor allem ist die Entwicklung aber positiv zu sehen: Gebühren werden gesenkt, Investitionen wieder getätigt und die öffentliche Infrastruktur und ihre NutzerInnen nicht für die Gewinne der privaten Partner eingespannt. Außerdem werden gerade diverse Modelle für die BürgerInnenbeteiligung entwickelt, die eine wichtige Rolle bei der Demokratisierung der öffentlichen Betriebe spielen.<sup>11</sup> Als Vorreiter können die „Berliner Wassercharta“<sup>12</sup> und der Wasserrat gelten. ■

☞ Laura Valentukeviciute, M.A. in Sozialwissenschaften, ist seit 2010 Vorstandsmitglied und Büroleiterin im Verein Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB). Sie ist außerdem aktiv in der bundesweiten attac AG Privatisierung.

10 H. Bauer „Von der Privatisierung zur Rekommunalisierung. Einführende Problemskizze“ 2012. H. Bauer, C. Büchner, L. Hajasch (Hrsg.) „Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge“. [http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2012/5806/pdf/kwi\\_schriften06.pdf](http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2012/5806/pdf/kwi_schriften06.pdf).

11 S. Spronk, P. Terhorst, „Social movement struggles for public services“ in D. A. McDonald, G. Ruiters (Hrsg.) „Alternatives to Privatisation. Public options for essential services in the Global South“, New York 2012

12 <http://berliner-wasserrichtsch.net/>

## Chancen und Grenzen lokaler Ökonomie

von Ole Erdmann

### 1. Einleitung

Die Unübersichtlichkeit der immer stärkeren internationalen wirtschaftlichen Verflechtungen von Staaten und Unternehmen weckt nicht erst seit der Krise 2008/2009 Unbehagen bei vielen ArbeitnehmerInnen, VerbraucherInnen und SparerInnen. Sie sehen sich als Objekt von Prozessen, die sie nicht beeinflussen können, die aber gleichwohl ihre Existenz maßgeblich bestimmen.

Da liegt es nahe, dass sich die Genannten nach „Ankern“ im wirtschaftlichen Geschehen umsehen, die Halt bieten. Aber auch Wirtschaftspolitiker suchen nicht erst seit der letzten großen Krise nach neuen Konzepten, um den lokalen und regionalen Strukturwandel, den die globalisierte Wirtschaft fortwährend auslöst, bewältigen zu können. Wirtschaftliche Aktivitäten, die die räumliche Dimension des Lokalen nutzen, um Potenziale für Wachstum und Beschäftigung zu heben, lassen sich leichter gestalten, als politisch und finanziell aufwendigere Maßnahmen auf nationaler oder gar internationaler Ebene. Unter dem Begriff der „lokalen Ökonomie“ wird in der Diskussion um eine nachhaltige Ökonomie und Stadtentwicklung eine Ergänzung, wenn nicht gar Alternative zur global vernetzten Wirtschaft entwickelt. Doch was ist davon zu halten?

Im Folgenden wird zunächst das Konzept der lokalen Ökonomie anhand von zwei Ansätzen der Wirtschaftsförderung näher bestimmt. Anschließend werden unter Berücksichtigung von Beispielen und Fallstudien die Instrumente, die in diesen Ansätzen angewendet werden, näher untersucht. Es folgt eine Bewertung der Potenziale von Handlungsansätzen der lokalen Ökonomie und ein abschließendes Fazit.

### 2. Was ist „lokale Ökonomie“?

Die Entwicklung lokalökonomischer Konzepte seit den 1980er Jahren im westeuropäischen Raum hatte mit dem Versagen neoklassischer ökonomischer Konzepte der Regionalentwicklung zu tun. Diesen Konzepten zufolge sollen sich bei freien Märkten in strukturell benachteiligten Regionen neue Wettbewerbsvorteile durch sinkende Preise (z.B. Rückgang von Immobilienpreisen und Löhnen) ergeben, was „automatisch“ zu der Ansiedelung neuer Unternehmen und damit Arbeitsplätzen führe. Auf diese Weise käme es zum Ausgleich zu großer regionaler Disparitäten. Im Gegensatz zu diesem Szenario haben sich aber in allen entwickelten Marktwirtschaften die Ungleichheiten zwischen Stadtteilen innerhalb einer Stadt oder zwischen den Regionen innerhalb eines Landes dauerhaft verfestigt.

Die Ansätze lokaler Ökonomie sollten nun bestimmten geografisch begrenzten Räumen mit starken ökonomischen Problemen wie hoher Arbeitslosigkeit, niedriger Wertschöpfung und niedriger Versorgungsqualität neue Entwicklungsperspektiven im Strukturwandel eröffnen. Dies sollte im Wege der Aktivierung endogener Potenziale dieser Räume geschehen, prägnant zugespitzt nach der Formel von James Robertson: „local work for local people using local resources“. Das Leitkonzept der lokalen Ökonomie umfasst also „die Gesamtheit aller auf die Entwicklung eines Ortes (bzw. einer Region) bezogenen wirtschaftlichen Aktivitäten“. Die Verfechter dieses Ansatzes betonen ein ganzheitliches Wirtschaftsverständnis, demzufolge auch Tätigkeiten mit sozialer oder ökologischer Zielsetzung einen wirtschaftlichen Nutzen für das lokale Gemeinwesen haben<sup>1</sup>.

Der Ansatz der lokalen Ökonomie unterscheidet sich dabei von den angebotsorientierten

<sup>1</sup> vgl. Birkhölzer, Karl: „Formen und Reichweite lokaler Ökonomie“, aus: „Wochenmarkt und Weltmarkt. Kommunale Alternativen zum globalen Kapital“, Ihmig, Harald (Hrsg.), Bielefeld 2000

Ansätzen der Strukturpolitik, die die Verbesserung der Standortbedingungen für Unternehmen mit Ausrichtung auf überregionale oder internationale Wertschöpfungsketten zum Ziel haben. Die Vertreter des Konzepts der lokalen Ökonomie betrachten lokale Wertschöpfungskreisläufe als einen besonders gestaltungsfähigen Teil der Ökonomie, in dem auch soziale und ökologische Zielsetzungen verfolgt werden könnten. Die ortsgebundene Nachfrage nach bestimmten Gütern und Dienstleistungen verschafft lokalen Anbietern Wettbewerbsvorteile gegenüber überregionalen Konkurrenten, da erstere niedrigere Transportkosten aufbringen müssen, über Wissen zu den lokalen Bedingungen und Kunden und weniger komplexe Produktionsstrukturen verfügen, also allgemein gesprochen mit niedrigeren Transaktionskosten wirtschaften können. Selbst die großen international vernetzten Metropolen, die „Global Cities“, funktionieren nur mit einer lokalen Müllentsorgung, Taxifahrten, Elektroinstallationen oder dem Supermarkt an der Ecke<sup>2</sup>.

Die Hinwendung zu lokalen Wertschöpfungskreisläufen führt dazu, dass Projekte der lokalen Ökonomie ihre Schwerpunkte in den Bereichen Einzelhandel, Handwerk, Gastronomie & Kulturwirtschaft, Wasser- und Energieversorgung, lokale Mobilität sowie Wohnungswirtschaft haben. Auch bei den Finanzdienstleistungen gibt es lokal orientierte Banken (Sparkassen, Genossenschaftsbanken), die ihren lokal ansässigen Mitgliedern bzw. Kunden ein Angebot bieten, welches national oder international agierende Finanzinstitute nicht erbringen<sup>3</sup>. Die genannten Branchen eint, dass die Nachfrage der Güter und Dienstleistung stark lokal geprägt ist, das bedarfsgerechte und bezahlbare Angebot dazu jedoch fehlt. Die Förderung der lokalen Ökonomie soll deshalb über die Stärkung des lokalen Angebots in den

o.g. Bereichen besser den lokalen Bedarf abdecken und zudem Kaufkraft und Kapital vor Ort binden. So können Wertschöpfung und somit Arbeitsplätze vor Ort geschaffen werden.

Ziel der „Regionalentwicklung durch unternehmerische Wirtschaftsförderung“ ist es, den Strukturwandel durch eine Neupositionierung einer Region in der internationalen Arbeitsteilung zu gestalten. Dabei werden insbesondere die wertschöpfungsstarken industriellen Potenziale in den Blick genommen. Betont wird ebenfalls die Bedeutung der räumlichen Dimension zur Gestaltung des Strukturwandels. So sind lokale Umfeldbedingungen, räumliche Nähe der betroffenen Unternehmen und deren gegenseitige Verflechtung maßgeblich für ihre Wettbewerbsfähigkeit. Er setzt somit anders als die o.g. Konzepte zur Förderung der lokalen Ökonomie auf der Angebotsseite an. Die Unternehmen sind oft bei Teilen ihres Absatzes, ihren Zulieferern, ihrer Personalgewinnung oder bei den lokalen Standortbedingungen wie Flächen, Verkehrsanbindung, Ver- und Entsorgung auf eine gute Zusammenarbeit mit der Kommune und der Region, in der ihre Betriebe liegen, angewiesen. Eine wirksame lokale Einbettung der Unternehmen erfordert jedoch stets auch proaktives strukturpolitisches Handeln der Kommunalverwaltungen und den aktiven Einsatz von Belegschaften und ihrer Gewerkschaften und der lokalen Zivilgesellschaft. Ansonstendrohen rein betriebliche Erwägungen der Eigentümer zu überwiegen, was im Krisenfall rasch den abrupten Abbau von bisherigen Geschäftsaktivitäten und von Beschäftigung nach sich zieht<sup>4</sup>.

### 3. Die Praxis: Instrumente und Ansätze

Struktur- und Stadtentwicklungspolitikern haben seit den 1990er Jahren auch in Deutschland die Förderung der lokalen Ökonomie in ihre Handlungsansätze aufgenommen.

<sup>2</sup> vgl. Sassen, Saskia: „Ausgrabungen in der Global City“ aus Albert Scharenberg (Hg.): Berlin: Global City oder Konkursmasse? – Eine Zwischenbilanz zehn Jahre nach dem Mauerfall“ S.6ff; Berlin 2000

<sup>3</sup> vgl. Gärtner, Stefan/Flögel, Franz: Dezentrale vs. Zentrale Finanzsysteme – Wissen und Raum als Distinktionsfaktoren“, Forschung aktuell 06/2012; Gelsenkirchen 2012

<sup>4</sup> Kost, Klaus; Lötscher, Lienhard; Weingarten, Jörg: „Neue und innovative Ansätze zur Regionalentwicklung durch unternehmerische Wirtschaftsförderung“, S.21-26, edition Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2011.

So verfolgen insbesondere das Programm „Soziale Stadt“ und seine Vorläufer seit 1994 explizit das Ziel einer Stärkung der lokalen Ökonomie. Hier wird eine Stadtquartiersperspektive eingenommen, bei der lokale Einzelhändler und Immobilieneigentümer mit besonderen lokalen Produzenten (z.B. Brautmodenhersteller in Duisburg-Marxloh) zur Aufwertung des Stadtteils kooperieren. Neben der Imageaufwertung hat die Kooperation auch ein überörtliches Marketing der angebotenen Güter und Dienstleistungen sowie stärkeren – auchgeschäftlichen – Austausch zwischen den lokalen Akteuren zum Ziel. Konkret werden Quartiersbüros und Quartiersmanager gefördert, die zur Vernetzung und Kooperation der lokalen Unternehmer beitragen oder Beratungen für Fördermittel und Unternehmensgründung anbieten. Ergänzend dazu verbessert die Sanierung von Gebäuden und wichtiger Stadtteilinfrastruktur das Raumangebot und das Wohnumfeld der Quartiere.

Evaluierungen liegen als Fallstudien in großer Zahl vor.<sup>5</sup> Diese ergeben ein differenziertes Bild. Eine grundsätzliche Trendwende in der lokalen Entwicklung (Arbeitslosigkeit, Immobilienpreise, Wanderungssaldo als Indikatoren) der Projektstandorte kann in kaum einem Fall nachgewiesen werden. Immerhin kann in vielen Fällen eine deutliche Verbesserung erreicht werden, etwa gemessen an der Zahl lokal ansässiger Unternehmen, der Reduktion der Leerstände oder dem nachbarschaftlichen Austausch im Stadtteil über Freizeitveranstaltungen u.ä.<sup>6</sup>

Der Ansatz der unternehmerischen Wirtschaftsförderung greift auf regional abgestimmte Maßnahmen für den Aufbau neuer wirtschaftlicher Aktivitäten unter Nutzung von finanziellen Mitteln und Know-how der lokal ansässigen Unternehmen zurück. So wendeten Krisenunternehmen Transfer- und Be-

schäftigungsgesellschaften gegründet, um Beschäftigung kurzfristig zu sichern und den Wechsel der MitarbeiterInnen in neue Beschäftigungsfelder zu organisieren. Unter Mitwirkung der (meist größeren) Unternehmen wird umfangreiche lokale und regionale Innovationsförderung betrieben, um neue Geschäftsfelder zu aktivieren. Die Wolfsburg AG, an der die Stadt Wolfsburg und der VW-Konzern beteiligt sind, setzt beispielsweise auf Gründungs- und Ansiedlungsförderung zur Differenzierung der Branchen am Standort des VW-Konzerns über den Automobilbereich hinaus. In Frankreich setzt Vivendi Sarrebourg über ein Komitee unter Einbindung der regionalen Stakeholder Maßnahmen zur Steuerung des Strukturwandels am Standort Pays Sarrebourg um. Die von Vivendi mitfinanzierte Agentur Sodi betreibt Marktforschung und Regionalmarketing, fördert den Technologietransfer und Neugründung von Unternehmen, um neue wirtschaftliche Betätigungsfelder in der Region zu erschließen.<sup>7</sup> Zentral ist bei diesem Ansatz zur Revitalisierung industrieller Wertschöpfung die Einbindung der Beteiligungen, ihrer Vertretungen und der anderen lokalen Stakeholder eines Unternehmens in ein von dem Unternehmen mitverantwortetes und zumindest teilweise mitfinanziertes regionales Gesamtkonzept.

Der erfolgreiche Einsatz dieses Konzeptes setzt ein Mindestmaß an Handlungsfähigkeit der betroffenen Unternehmen und der Region voraus. Wo etwa kleinere Unternehmen insolvent sind oder bereits die industrielle Basis der ganzen Region weitgehend zerstört ist, können kaum noch Vorteile für die lokale Ökonomie erzielt werden. Zahlreiche positive Fallbeispiele aus Deutschland und Frankreich zeigen jedoch, wie proaktives, beteiligungsorientiertes, regional abgestimmtes Handeln lokale Potenziale für einen gelungenen Strukturwandel aktivieren können.<sup>8</sup>

5 vgl. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: „Stärkung der lokalen Ökonomie und der lokalen Arbeitsmarktpolitik in benachteiligten Stadtquartieren – Gute Praxisbeispiele für Europa“, Berlin 2007

6 vgl. Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes NRW: „Lokale Ökonomie in Nordrhein-Westfalen“, Düsseldorf 2012

7 Kost, Klaus; Lötscher, Lienhard; Weingarten, Jörg; a.a.O.: S.159-168.

8 ebenda; S. 197ff

#### 4. Potenziale lokaler Wirtschaftskreisläufe

Anknüpfend an Saskia Sassen lässt sich festhalten, dass auch in der globalisierten Wirtschaft die wirtschaftlichen Aktivitäten stets lokal angesiedelt werden müssen und sich dort immer auch Bedürfnisse und damit Nachfrage entfalten, die nur lokal erfüllbar sind. Die Hinwendung zum Stadtteil und zur Region kann ein subjektives Bedürfnis unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen in einer unübersichtlich gewordenen globalen Wirtschaft sein. Sie hat aber auch einen plausiblen materiellen Kern, den es zu nutzen gilt.

Jedoch würde eine aktive Beschränkung auf lokale Potenziale in den vom Strukturwandel negativ betroffenen Orten kaum eine Verbesserung des wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Wohlstandes bedeuten, da die Negativspirale aus begrenzter Kaufkraft, mangelnden Qualifikationen der ansässigen Bevölkerung, Kapital- und damit Investitionsmangel und defizitäre Infrastruktur an diesem Ort nicht aus eigener Kraft überwunden werden kann.

Welcher der beschriebenen Ansätze der lokalen Ökonomie zur Bewältigung des Strukturwandels genutzt werden kann, hängt von den jeweiligen lokalen Bedingungen ab. Sind noch Unternehmen oder Unternehmensteile mit überregional wettbewerbsfähigen Kompetenzen und Ressourcen vorhanden? Wie hoch ist die lokale Nachfrage, gibt es ein lokales Angebot bestimmter Güter und Dienstleistungen? Welche Wechselwirkung aus überregional orientierten Firmen und lokalem Umfeld gibt es? Lassen sie sich durch Kooperation gemeinsamer Stärken besser in Wert setzen, sowohl zum Wohl der lokalen Bevölkerung aber auch als Vorteil im überregionalen Marktumfeld?

Die Sammlung und die Vermittlung von Finanzmitteln durch lokale Institute können dabei über die reine Bereitstellung von Kapital hinaus auch zum Wissenstransfer zwischen den lokalen Unternehmen wie auch zwischen

Belegschaften, Zivilgesellschaft und Kommunen eingesetzt werden. Sparkassen, Genossenschaftsbanken oder lokale Stiftungen haben hier ihre ökonomische Leistungsfähigkeit im dezentralen deutschen Finanzsystem hinlänglich bewiesen.<sup>9</sup>

#### 5. Fazit

Strukturwandel kann gestaltet werden, wenn die lokal vorhandenen Potenziale sinnvoll eingesetzt werden. Dazu bedarf es neben der Kooperation und der Einbeziehung von Unternehmen und öffentlicher Institutionen, auch der Einbeziehung der Beschäftigten sowie der vor Ort verankerten Zivilgesellschaft. Moderne industrielle Produktion bzw. verarbeitendes Gewerbe ist dabei wegen der hohen Wertschöpfungspotenziale besonders wichtig. Niedrige Transaktionskosten durch die Nutzung lokalen Wissens, nicht zuletzt auch durch vor Ort verankerte Finanzierungsinstitutionen, sind der wichtigste Wettbewerbsvorteil für die lokale Ökonomie. Darüber hinaus kann das Bedürfnis nach überschaubaren und damit gestaltbaren Wirtschaftskreisläufen dazu genutzt werden, um lokales Engagement und Finanzmittel zu aktivieren und so Impulse zur Nutzung des lokalen Wissens und Könnens zu geben.

Letztlich entscheidend ist jedoch eine gestaltende Wirtschaftspolitik, die Rahmenbedingungen in den Bereichen Steuern, Bildung, Geldpolitik und Marktregulierung so setzt, dass sich private wirtschaftliche Initiative in Einklang mit gesellschaftlichen Zielen bringen lässt und sich eingebettet in lokale Kooperation auch an problematischen Orten entfalten kann. Das Beispiel der dezentralen Energiegenossenschaften in Deutschland kann hier als Vorbild dienen. ■

↳ Ole Erdmann ist Volkswirt und Mitglied in der spw-Redaktion. Er arbeitet in der regionalen Wirtschaftsförderung und lebt in Köln.

<sup>9</sup> Gärtner, Stefan/Flögel, Franz: a.a.O.S. 32

## Den demografischen Wandel gestalten – Wohnungspolitik für die ältere Generation

von Jutta Blankau

Der demografische Wandel stellt auch Hamburg vor große Herausforderungen. Wir müssen der Veränderung unserer Bevölkerungsstruktur an vielen Stellen Rechnung tragen, wenn wir allen unseren Bürgerinnen und Bürgern die selbstständige Gestaltung ihres Lebens ermöglichen wollen.

Neben Bildung, Ausbildung und Erwerbstätigkeit ist die Frage, wie das persönliche Lebensumfeld aussieht, dabei von entscheidender Bedeutung. Wie und wo wohne ich? Sind soziale Dienstleistungen und Versorgungseinrichtungen für mich gut erreichbar? Kann ich mich in meiner Stadt gut von einem Ort zum anderen bewegen oder bin ich in meiner Mobilität eingeschränkt?

Diese Fragen sind nicht nur für ältere Menschen relevant, sondern ebenso für Familien, behinderte Menschen und all jene, die darauf angewiesen sind, dass ihnen das Gemeinwesen gute Möglichkeiten bietet, weil sie es aus eigener Tasche nicht bezahlen könnten.

### Wohnungsbau und demografischer Wandel in Hamburg

Der Wohnungsbau muss auf die gesellschaftlichen Trends und die demografischen Entwicklungen reagieren. Zu diesen Veränderungen gehören insbesondere veränderte familiäre Strukturen und die Zunahme der absoluten Zahl älterer Menschen. Haushalte mit Kindern bilden in deutschen Großstädten schon lange eine Minderheit - derzeit nur noch 18 Prozent aller Haushalte in Hamburg. Ein auch aus diesen Entwicklungen und Veränderungen im Lebensstil resultierender Trend ist der zunehmende Anteil der Ein- und Zwei-Personen-Haushalte, der in Hamburg

bereits bei einem Anteil von rund 80 Prozent aller Haushalte liegt. Andererseits wird die Nachfrage nach großen Wohnungen anhalten. Zahlungskräftige Ein- und Zwei-Personen-Haushalte werden sich im Marktsegment der begehrten großen Wohnungen in urbanen Lagen bedienen können. Familienhaushalte, die ebenfalls große Wohnungen nachfragen, können hierbei häufig finanziell nicht mithalten. Ein- und Zwei-Personen-Haushalte mit geringen Einkommen werden dagegen auf kleine und damit bezahlbare Wohnungen angewiesen sein. Im Ergebnis dieser Trends besteht ein sehr hoher Bedarf an neuem Wohnraum in der Stadt.

Mit seinem Wohnungsbauprogramm und dem „Bündnis für das Wohnen“ mit den Wohnungswirtschaftlichen Verbänden setzt der Hamburger Senat darauf, das Wohnungsangebot nachhaltig zu erhöhen, um so der gestiegenen Nachfrage gezielt zu begegnen.

Jährlich sollen 6.000 neue Wohnungen entstehen, davon 2.000 Sozialwohnungen. 2011 begonnen, wird sich das Wohnungsbauprogramm bald nach den deutlich gestiegenen Baugenehmigungen 2012 und 2013 auch durch fertiggestellte Wohnungen bemerkbar machen und zu einer Entlastung des Wohnungsmarktes beitragen.

Obwohl durch das Wohnungsbauprogramm Angebote für viele Zielgruppen geschaffen werden sollen, ist die Förderung altersgerechten Wohnens eng damit verbunden.

Bundesweit verändert sich die altersmäßige Zusammensetzung der Bevölkerung – mit erheblichen regionalen Unterschieden.

Im Jahr 2020 wird der Anteil der über 60-Jährigen voraussichtlich bei knapp über 30 Prozent liegen, im Jahr 2025 bei voraussichtlich 35 Prozent).

Der Anteil der älteren Bevölkerung und insbesondere der Anteil der sogenannten „Hochbetagten“ (Altersgruppe 80+) wird in den kommenden Jahren auch in Hamburg steigen. Da Hamburg – aufgrund seiner Attraktivität als Wohn- und Arbeitsstandort – auch in Zukunft mit nachhaltigen Wanderungsgewinnen bei den jüngeren Erwachsenen (in der Altersgruppe der 18 bis 35-Jährigen) rechnen kann, verläuft der Alterungsprozess allerdings langsamer als im Bundesdurchschnitt. Der Anteil der 60-Jährigen und älteren wird in Hamburg bis zum Jahr 2025 von ca. 24 Prozent (421.000 Personen) auf ca. 27 Prozent (483.000 Personen) anwachsen.

Die Zahl der „Hochbetagten“ wird dagegen in Hamburg schon in den nächsten Jahren deutlich stärker anwachsen. Bei dieser Bevölkerungsgruppe ist mit einem Anstieg in einer Größenordnung um knapp 40 Prozent bis zum Jahr 2025 zu rechnen. Die steigende Lebenserwartung der Bevölkerung einerseits und der Wunsch der meisten älteren Bewohner, möglichst lange in der eigenen Wohnung zu bleiben, beeinflussen den zukünftigen Wohnungsbedarf und die Nachfrage nach Wohnraum nicht unerheblich.

### **Mobilitätseinschränkungen und altersgerechter Wohnungsbedarf der Generation 65+ in Hamburg**

Auf Grundlage einer Bundesstudie wurden die Mobilitätseinschränkungen und die entsprechenden Wohnbedarfe für die Seniorenhaushalte in Hamburg geschätzt.

Im Ergebnis bestehen bei der überwiegenden Mehrheit (68 Prozent) der Generation 65+ keine unmittelbaren Anforderungen an einen barrierefreien oder barrierearmen Zugang

oder Ausstattung der Wohnung. Der absolute Bedarf wird in den nächsten Jahren allerdings wegen der zunehmenden Zahl Hochbetagter weiter ansteigen.

Nach einer Umfrage unter Hamburger Wohnungsunternehmen, die rund 200.000 Wohnungen in Hamburg vertreten, sind ca. 3,6 Prozent der Wohnungen barrierefrei oder barrierearm. Hochgerechnet auf den Hamburger Mietwohnungsbestand würde das derzeit rund 25.000 Mietwohnungen entsprechen. Ausgehend von einer etwas höheren Quote von ca. 6 Prozent barrierefreier oder barrierearmer Wohnungen bei den Ein- und Zweifamilienhäusern wären noch rund 11.000 Wohnungen hinzuzurechnen. Theoretisch ergeben sich somit rund 36.000 barrierefreie oder barrierearme Wohnungen im Bestand.

Aufgrund der unsicheren Datengrundlage ist nur eine relativ grobe Angebots- und Bedarfseinschätzung möglich. Und auch wenn nicht alle der rund 47.000 Personen, die auf einen Rollator oder einen Rollstuhl angewiesen sind, in Ein-Personen-Haushalten leben und der aktuelle Bedarf dadurch niedriger sein sollte, ist klar, dass schon heute eine Lücke zwischen Angebot und Nachfrage klafft.

Hinzu kommt, dass nicht alle barrierefreien oder barrierearmen Wohnungen entsprechend belegt sein werden. Außerdem dürfte die Mehrheit der Generation 65+ den Wunsch haben, so lange wie möglich in der vertrauten Wohnung und im vertrauten Wohnumfeld zu bleiben, auch wenn die Wohnung nicht altersangepasst ist oder werden kann.

Ebenfalls eine Rolle spielt, dass durch die nachfragebedingte angespannte Lage am Wohnungsmarkt der Unterschied zwischen Bestandsmieten und Neuvertragsmieten groß ist. Besonders bei älteren Menschen, die häufig seit Jahrzehnten in ihrer Mietwohnung wohnen, führt das zu einem „Standortkonservatismus“, weil sie sich einen Umzug in eine

altersgerechte Wohnung nicht leisten können oder wollen.

Hier muss eine Wohnungspolitik ansetzen, die den zukünftigen Bedarf an altersgerechten Wohnungen im Blick hat und besonders berücksichtigen muss, dass gerade für Rentnerinnen und Rentner mit geringem oder mittlerem Einkommen das Angebot an altersangemessenen und bezahlbaren Wohnraum ausgebaut werden muss.

### **Barrierefreies Bauen in Hamburg – Sachstand und Förderung**

Um dem demografischen Wandel gerecht zu werden und den Bestand an barrierefreien Wohnungen zu erweitern, wurde in Hamburg das Baurecht und die soziale Wohnraumförderung entsprechend ausgestaltet.

Alle Neubaugebäude mit mehr als vier Wohnungen, sowie die Wohnungen eines Geschosses müssen barrierefrei erreichbar sein.

### **Altersgerechtes Wohnen, Projekte und Konzepte in der sozialen Wohnraumförderung**

In der Hamburger Wohnraumförderung spielt der Neubau von seniorengerechten Mietwohnungen mit bezahlbaren Mieten naturgemäß eine große Rolle. Jedes Jahr werden hierfür Fördermittel im zweistelligen Millionenbereich zur Verfügung gestellt.

Im geförderten Mietwohnungsneubausegment werden neben der obligatorischen Darlehensförderung durch die Investitions- und Förderbank Hamburg (IFB, vormals Wohnungsbaukreditanstalt) auch hohe Zuschüsse (bis zu 14.000 Euro je Wohnung) für den Bau von weitgehend barrierefreien oder vollständig barrierefreien Wohnungen nach DIN angeboten. Weiterhin steht nicht nur der individuelle Wohnraum im Fokus der Förderung. Regelmäßig ist ab einer Projektgröße von 20 geförderten Seniorenneubauwoh-

nungen ein Gemeinschaftsraum (mit einem entsprechenden Nutzungskonzept) vorgesehen. Neue Wohnformen und Konzepte für Demente oder Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund werden darüber hinaus mit einem eigenen Programm „Besondere Wohnformen“ gefördert, das speziell auf die Bedürfnisse auch kleiner Träger und Initiativen abgestimmt ist. Im Bereich der Förderung von Baugemeinschaften werden ebenfalls Projekte gefördert, die den Ansatz des Zusammenlebens von „Jung und Alt“ oder themenorientierter Senioren-Wohngemeinschaften verfolgen.

Der Neubau der geförderten Seniorenwohnanlagen erfolgt an integrierten Standorten, die jeweils auch über die erforderlichen Infrastruktureinrichtungen verfügen.

Insgesamt wurden in den letzten Jahren rund 30 Prozent aller geförderten Neubauwohnungen weitgehend barrierefrei oder vollständig barrierefrei nach DIN ausgestattet.

### **Bezahlbares Wohnen im Alter**

Durch die günstigen Mieten im geförderten Mietwohnungsneubau (Anfangsmiete 2013: 6,00 Euro/qm<sup>2</sup> Wohnfläche) ist über einen Förderzeitraum von 15 bzw. 20 Jahren (Rollstuhlbenutzerwohnungen: 30 Jahre) gewährleistet, dass auch Seniorenhaushalte und Menschen mit Behinderungen und niedrigem Einkommen bezahlbare Wohnungen in Hamburg finden können. Seit 2000 wurden insgesamt rund 5.200 seniorengerechte und 440 behindertengerechte Sozialwohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindung gefördert.

Preiswerten seniorengerechten Wohnraum außerhalb des sozialen Mietwohnungsbestands finden Seniorenhaushalte weiterhin häufig in den Wohnanlagen der städtischen Wohnungsgesellschaft SAGA GWG und bei den Hamburger Wohnungsbaugenossenschaften.

## Förderung des Umbaus im Bestand

Mit besonderen Zuschussprogrammen wird außerdem die barrierefreie Anpassung von Mietwohnungen im Bestand und für selbstnutzende Eigentümer (innerhalb bestimmter Einkommensgrenzen) von der IFB gefördert. Alle Hamburger Förderangebote dienen dem Zweck, auch über die Zeit der Mietpreis- und Belegungsbindung hinaus, kostengünstigen und bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum für Senioren und andere Bedürftige anzubieten.

## Ausblick

Die Schaffung von altersgerechtem Wohnraum ist allerdings nur ein Baustein, um mit diesem Aspekt des demografischen Wandels richtig umzugehen. Es kommt ebenso darauf an, unsere Quartiere und Stadtteile altersgerecht und barrierefrei zu gestalten. Dazu gehört, dass Pflegedienste und Pflegeeinrichtungen, Ärzte, Nahversorgung, öffentliche Grün- und Freiflächen und Freizeitmöglichkeiten in der Nachbarschaft vorhanden sind. Auch der Mobilitätsaspekt ist wichtig. Manchmal hängt die Lebensqualität entscheidend davon ab, dass die U-Bahnhaltestelle in Wohnortnähe auch mit Rollator oder Rollstuhl zugänglich ist. Die Stadtentwicklung und den Wohnungsbau generationengerecht weiterzuentwickeln ist für eine integrative Stadtpolitik ein Schwerpunkt mit zunehmender Bedeutung. ■

☞ Jutta Blankau, geb. 1954, seit 2011 Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt in Hamburg, von 2005 bis 2011 Bezirksleiterin der IG Metall Küste, lebt in Hamburg.

## Deutsche Kontroversen

### Festschrift für Eckhard Jesse



## Deutsche Kontroversen

### Festschrift für Eckhard Jesse

Herausgegeben von Alexander Gallus,  
Thomas Schubert und Tom Thieme

2013, 620 S., geb., 98,- €

ISBN 978-3-8487-0114-8

[www.nomos-shop.de/20248](http://www.nomos-shop.de/20248)

Konflikt und Konsens sind wichtige Antriebsmomente für Demokratie und Wissenschaft. Der Band versammelt Beiträge zu wissenschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen deutschen Kontroversen, angefangen von Verfassungspatriotismus, Historikerstreit und der „deutschen Frage“ bis hin zu Kontroversen über die Gestalt der deutschen Demokratie.



**Nomos**

## Finanzielle Repression oder: Manipulieren Zentralbanken den Markt, um ihre Regierungen zu entschulden?



von Arne Heise

Die Bekämpfung der Weltfinanzkrise nach 2008 hat weltweit die öffentlichen Haushalte schwer belastet: Auf die erfolgreiche Konsolidierungsphase der Einführung des Euro folgten Konjunkturprogramme, Bankenstützungspakete, steigende Sozialkosten und sinkende Steuereinnahmen in der konjunkturellen Abschwungphase. Dadurch sind die jährlichen Defizite ebenso wie die Schuldenstände in der EU stark gestiegen.

Die Schuldenstände sind problematisch, weil sie einige Länder an den Rand der Illiquidität gebracht haben und die steigende Zinslast die Handlungsspielräume der Regierungen beschneidet. Mögliche Reaktionen wie Austeritätsprogramme oder Steuererhöhungen sind mit hohen politischen Kosten verbunden. So liegt es nahe, sich weniger transparenter und deshalb politisch opportuner Instrumente zu bedienen: Typischerweise wird hier die Inflationssteuer ins Spiel gebracht oder, neuerdings, ein Maßnahmenbündel, welches unter dem Begriff „Finanzrepression“ lange Zeit für Entwicklungsländer reserviert war. Jüngst wurde es aber von der US-amerikanischen Ökonomin Carmen Reinhart (und Ko-Autoren)<sup>1</sup> auch für hochentwickelte Länder in die Diskussion gebracht.

### Finanzrepression oder ‚Macprudential Regulation‘?

Unter Finanzrepression werden alle Maßnahmen verstanden, die Finanzströme zu einem Preis (Zinssatz) in die Kassen der öf-

fentliche Haushalte umleiten, der unter dem Preis liegt, den der unregulierte Marktmechanismus hervorbringen und den öffentlichen Haushältern abverlangen würde: Dies sind in erster Linie Zinsobergrenzen, Beschränkungen der Kapitalverkehrsfreiheit, enge Beziehungen zwischen Bankensystem und Staat mittels öffentlicher Eigentümerschaft an Banken oder massiver Beeinflussung privater Banken durch den Staat und andere Regulierungen, die die Anlagefreiheit der Investoren und Sparer beschränken. Diese werden gegenwärtig unter dem Stichwort der ‚Macprudential Regulation‘ breit diskutiert, würden aber letztlich nur mittels Finanzrepression der klammheimlichen Entschuldung der öffentlichen Haushalte dienen – wie angeblich bereits während des langen ‚goldenen Zeitalters des Kapitalismus‘ in der Bretton-Woods-Ära. Zwar muss Reinhart (samt Ko-Autoren) zugeben, dass die Finanzwelt nach einer drei Dekaden anhaltenden Liberalisierungswelle weit davon entfernt ist, dem auf nationaler wie internationaler Ebene stark regulierten Bretton-Woods-System ähnlich zu sein, und auch, dass die Anzeichen finanzieller Repression in OECD-Staaten eher dürftig sind. Gleichwohl ist der Begriff ‚Finanzrepression‘ etabliert und gegen jede Form von ‚Macprudential Regulation‘ in Stellung gebracht. Und schnell wird jede Inzidenz geringer oder negativer Realzinsen auf Staatschuldverschreibungen als eben solche Finanzrepression interpretiert.

### Expansive Geldpolitik und „Quantitative Easing“ ist nicht Finanzrepression

Tatsächlich gibt es Hinweise darauf, dass sich gegenwärtig die Finanzminister einiger

1 Vgl. Reinhart, C.; The return of financial repression; in: Banque de France Financial Stability Review, No. 16, 2012, S. 38 – 48, Reinhart, C.M., Sbrancia, M.B.; The Liquidation of Government Debt, NBER Working Paper 16893, Cambridge (Mass.) 2011.

Staaten über sehr niedrige und teilweise sogar negative Realzinsen auf ihre Staatsanleihen freuen können. Doch muss dafür das Konstrukt der „Finanzrepression“ bemüht werden oder reicht der Verweis auf die expansive geldpolitische Ausrichtung fast aller Notenbanken in der OECD aus?

Die expansive geldpolitische Ausrichtung der Notenbanken allein kann freilich kaum als Nachweis der „Finanzrepression“ herhalten: Es ist ihre Aufgabe, der Stabilität des Finanzsystems und der Realwirtschaft Rechnung zu tragen. Wählt man den so genannten „Taylor-Zins“ als Maßstab für adäquates geldpolitisches Verhalten, so kann die gegenwärtige Geldpolitik von US-Fed und Europäischer Zentralbank (EZB) zumindest dann nicht als übertrieben expansiv kritisiert werden, wenn ein langfristiger Realzins von Null als Richtschnur akzeptiert wird. Ähnlich muss wohl die Einschätzung hinsichtlich der Interventionen der Notenbanken in die Primär- und Sekundärmärkte für Staatsanleihen ausfallen, die angesichts einer Annäherung des nominellen Notenbankzinssatzes an die Untergrenze von Null zur weiteren Belebung der Konjunktur und Stützung der Liquidität der Märkte erfolgte. Eine Finanzrepression stellt dies allein deshalb nicht dar, weil Notenbanken zum anderen selbstverständlich unabhängige (Finanz-)Marktteilnehmer sind, die nicht einfach mögliche Entschuldungsziele der Regierungen verfolgen.

Schließlich: Der Ausgangspunkt der Überlegungen zur Verlockung einer potentiellen „Finanzrepression“ war der Versuch der „verdeckten“ Entschuldung des Staates, um so politisch schmerzhafteste Austeritätsprogramme oder Steuererhöhungen zu umgehen. Niemand wird ernsthaft behaupten, dies sei irgendwo auch nur teilweise gelungen. Im Gegenteil: Überall beherrscht eine Mischung aus Austeritätsprogrammen und (zumeist sozial regressiven) Steuererhöhungen die Politikszene nach der Weltfinanzkrise.

## Stabilität versus Allokation – der ewig währende Streit

Die Weltfinanzkrise hat deutlich gemacht, dass die „Hypothese effizienter (Finanz-) Märkte“ zurückgewiesen werden muss. Die hierfür notwendigen Voraussetzungen vollständiger und gleichverteilter Informationen sind schlicht nicht zu erfüllen. Unvollständige Märkte aber müssen reguliert werden. Reinhart selbst verweist auf die hohe Korrelation von Finanzmarktregulierung und Finanzmarktstabilität, vergisst aber leider, auf den ebenfalls hohen Gleichlauf von Finanzmarktregulierung und Wirtschaftswachstum aufmerksam zu machen: Das hochregulierte Bretton-Woods-Zeitalter blickt auf die höchsten und stabilsten Wachstumsraten der aufgezeichneten Wirtschaftsgeschichte zurück, die auch drei Jahrzehnte Finanz-, Güter und Arbeitsmarktderegulierung in der neoliberalen Ära nicht wiederherstellen konnten. Regulierungen helfen, Kosten zu reduzieren, sie verursachen allerdings auch Kosten. Dies ist der immerwährende Widerstreit zwischen der Betonung von Stabilität einerseits und allokativer Effizienz andererseits. Gegenwärtig bedarf es einer Stärkung der Stabilitätsorientierung. Dies scheint zumindest in der Wissenschaftsgemeinschaft unbestritten und wird unter dem Rubrum „Macroprudential Regulation“ diskutiert.

Vor diesem Hintergrund muss Reinharts Versuch, die Wiederbelebung der finanziellen Repression an die Wand zu malen, als ein Versuch gewertet werden, in der Mitte einer noch längst nicht überwundenen, weltweiten Krise des „Kasino-Kapitalismus“ einen neuen Mythos von weiterem Staatsversagen zulasten der Sparer aufzubauen. Oder anders: Die „Allokationsfraktion“ der Ökonomen versucht sich gegen die „Stabilitätsfraktion“ in Stellung zu bringen. ■

↳ Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

## Die aktuelle Zahl

von Claudia Bogedan

# 8,1

### Die aktuelle Zahl Kampf dem Niedriglohn

**8,1** Millionen Niedriglöhner gab es 2011 – so die aktuellsten Auswertungen des Instituts für Arbeit und Qualifikation an der Universität Duisburg-Essen. Ihr Verdienst lag somit unterhalb von zwei Dritteln des mittleren Stundenlohns. Im Schnitt waren dies 6,46 Euro pro Stunde in Westdeutschland und 6,21 Euro im Osten. Unter den Minijobbern arbeitete sogar über die Hälfte für weniger als 7 Euro die Stunde. Dabei verfügen knapp 70 Prozent aller Niedriglöhner über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Niedriglohn ist also kein Phänomen des Geringqualifizierten beim Einstieg in den Arbeitsmarkt unterstützt, sondern betrifft mittlerweile nahezu jeden vierten Beschäftigten. Von einem gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro würde somit ein Fünftel der gesamten Arbeitnehmerschaft profitieren. Zudem zeigt der extrem hohe Niedriglohnanteil bei Minijobs, dass die Regulierung geringfügiger Beschäftigung in dieser Form abgeschafft gehört, da sie das Einfallstor für Lohndumping und Missbrauch ist. Die Abschaffung der Minijobs ist neben einem einheitlichen, gesetzlichen Mindestlohn ein wichtiger Baustein zur Eindämmung des Niedriglohnsektors.

Denn ein Niedriglohnsektor diesen Ausmaßes verstößt nicht nur gegen grundlegende Gerechtigkeitsvorstellungen, sondern ist auch schädlich für die Volkswirtschaft. Auch wenn immer wieder behauptet wird, der Niedriglohnsektor würde dazu beitragen, dass Arbeitsplätze entstehen, so gibt es empirisch im internationalen Vergleich (siehe dazu auch den I AB Kurzbericht Nr. 15/2013) keine Anhaltspunkte dafür, dass die Größe des Niedriglohnsektors Einfluss auf die Ar-

beitslosigkeit hat. Ebenso ist es eine Mär, dass eine hohe Lohnspreizung effizient ist. So überzeugen Volkswirtschaften mit einer höheren Lohnungleichheit – zu denen bis Ende der 1990er Jahre auch Deutschland gehörte – mit einem hohen Bildungsstand, solidem Wachstum und hoher Lebenszufriedenheit wie die Länder Norwegen und Schweden belegen. Dort liegt das Verhältnis zwischen hohen und niedrigen Löhnen bei 2:1. Deutschland ist inzwischen in die Liga der Länder mit einer besonders hohen Lohnspreizung aufgerückt. Während nämlich in den vergangenen zwei Jahrzehnten die Löhne der Beschäftigten in der oberen Gehaltsklasse kräftig gestiegen sind, sind die Löhne der untersten Gehaltsklasse sogar gesunken. Mit enormen Folgekosten für die Gesellschaft. Denn dem Staat gehen nicht nur Steuereinnahmen, Sozialabgaben und die für ein solides Wachstum nötige Kaufkraft verloren. Der Staat – und damit wir alle – „bezuschusst“ vielmehr auf vielfältige Weise den Niedriglohnsektor, da er als Ausfallbürge fehlende Einkommen aufstocken, Altersversorgung absichern und ungleiche Teilhabe ausgleichen muss. Bundesarbeitsagentur-Chef Weise hat es treffend zusammengefasst: „Nur muss den Bürgern eines klar sein: Was sie durch Geiz sparen, zahlen sie später wieder drauf, wenn noch mehr Steuern für das Aufstocken von Löhnen fällig werden.“ Zu einem gesetzlichen Mindestlohn gibt es daher keine Alternative. Nur so kann eine verbindliche Lohnuntergrenze verankert werden, an der keine Branche und kein Betrieb vorbei kann. ■

↳ Dr. Claudia Bogedan ist Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Bonn.

# Ägypten am Scheideweg zwischen Demokratie und Restauration?

von Peter Senft

Seit Juli war Ägypten nur kurz in den Schlagzeilen. In Ägypten ist es relativ ruhig, aber täglich sterben Menschen bei Demonstrationen. In welchem Zusammenhang steht die Revolution von Januar 2011 mit der vom 30. Juni 2013? Was geschah dazwischen? Dazu gibt es gegenwärtig in Ägypten wenig Reflexion, ebenso wenig dazu, wie ein demokratisches Ägypten für alle aussehen soll.

## 30. Juni 2013 – eine zweite Revolution?

Am 30. Juni 2013 gingen so viele Menschen wie nie zuvor in Ägypten auf die Straße. Präsident Mursi und mit ihm die Muslimbruderschaft (MB) sollten die Macht abgeben. Angeblich gab es bei einer Unterschriftenaktion mehr als 20 Millionen Unterstützer für das Ziel Bewegung, Mursi aus dem Amt zu entfernen.

In einer Rede am 3. Juli 2013 erklärte der starke Mann des Militärs, Verteidigungsminister und Vorsitzender des Militärrates, General el-Sisi, in einer Rede an die Nation, Staatspräsident Mursi für abgesetzt und kündigte die Bildung einer Übergangsregierung an, die wenige Tage später eingesetzt wurde.

Bis heute wird in Ägypten kontrovers darüber diskutiert, ob dies ein Coup war oder nicht. Darüber entstand ein erbitterter Streit, fast ein Bürgerkrieg, mit bis heute mehr als 1500 Toten und mehreren zehntausend Verletzten. Vor dem 25. Januar 2011, als der Arabische Frühling Ägypten erreichte, war die Gesellschaft in Ägypten tief gespalten. 33 Monate danach ist diese Gesellschaft noch tiefer gespalten. Ist Ägypten auf dem Weg in die Demokratie?

Auch wenn sich im Januar 2011 auf dem Tahirplatz die jungen idealistischen Oppositi-

onellen und bald auch die MB-Bewegung einrichteten, ist die Vorgeschichte verknüpft mit Arbeiteropposition in den Industriestädten des Nildeltas, hauptsächlich in Textil- und Metallbetrieben. Darüber wurde u.a. in Heft 189 ausführlich berichtet. Die Unruhe ist noch nicht überwunden, aus der Arbeiteropposition wurde eine demokratische Gewerkschaftsbewegung, klein, aber zielstrebig, mit wachsenden Erfolgen. Immer noch gibt es die enorm reiche Oligarchie und ein Militär, das über ebenso enorme wirtschaftliche Macht verfügt.

Über diese Revolution ohne politische Führung wurde viel geschrieben, über die Verkettung von Zufällen, die zum Erfolg führten. Bei aller Kritik an der fehlenden politischen Führung bleibt die Revolution vom Januar 2011 ein mutiger Akt, der viele Menschen das Leben gekostet und viele schwer verletzt hat, physisch und psychisch. Die Mehrheit der Ägypter verbindet mit dem Datum des 25. Januar 2011 die Rückkehr von Stolz und Würde.

## War nach der Revolution vor der Revolution?

Bei der Betrachtung der Umstände der Revolution vom 30. Juni 2013 gerät die Bewertung der politischen Abläufe zwischen dem Amtsantritt von Staatspräsident Mursi am 30. Juni 2012 und seiner Entmachtung durch das Militär genau ein Jahr später ein wenig in den Hintergrund. Die gegenwärtigen Machthaber, Militär, Bürokratie („deep state“) und Oligarchie, fürchten diese Kritik, denn sie haben Mursi finanzpolitisch in die Knie gezwungen und darüber die Öffentlichkeit im Dunkeln gelassen.

Unmittelbar nach dem Sturz Mubaraks übernahm der Oberste Militärerrat die Macht und repräsentierte alle drei Staatsgewalten. Mit der

Wahl des Parlaments, dem Unterhaus (Volksversammlung) und dem Oberhaus (Shura-Rat), zum Jahreswechsel 2011 / 2012 und der darauffolgenden Wahl des Staatspräsidenten zeichnete sich zunächst eine zügige demokratische Entwicklung ab. Es bestand die Hoffnung auf eine friedliche Transformation zur Demokratie.

Alle Wahlen wurden nicht nur innerhalb Ägyptens, sondern auch im Ausland als im Ganzen demokratisch und fair angesehen, auch wenn es später Hinweise auf Unregelmäßigkeiten gegeben hat. Unmittelbar nach den Wahlen gab es dazu keine Kritik. Nach dem Amtsantritt von Staatspräsident Mursi am 30. Juni 2012 gab es zunächst eine Phase der Konsolidierung. Als Mursi den Obersten Militärrat von seinen Staatsfunktionen absetzte und auf die militärische Funktion zurückführte, wurde dies in der Bevölkerung begrüßt.

Die Debatten im Parlament zur Entwicklung einer Verfassung zogen sich endlos hin. Die islamische Mehrheit von über 70 Prozent der Sitze im Parlament schlug sich mit knapperer Mehrheit im Verfassungskonvent und auch im Verfassungsvorschlag nieder. Die Erklärungen Mursis, eine Verfassung der Inklusion gestalten zu wollen, wurden nicht umgesetzt.

Auf der anderen Seite konnten sich die 16 Oppositionsparteien und Gruppen nicht auf einen liberalen, säkularen Verfassungsentwurf einigen. Die Zeit von der Revolution bis zur Beratung über die Verfassung, mehr als 18 Monate, ließen die nicht religiös gebundenen Parteien tatenlos verstreichen. Eine säkulare Partei nach der anderen verließ den Verfassungskonvent, weil sie es nicht gewohnt waren, sich in ihrer Minderheit zusammenzuschließen und das Parlament als Bühne der Opposition zu nutzen. Ein Ägypter ist Pharao, aber kein Oppositionspolitiker. Ein klassisches politisches Versagen, das dramatische Folgen hatte.

Aus der Richterschaft und der Anwaltschaft wurden massiv verfassungsrechtliche Ge-

schütze aufgefahren, um die Legitimität der Volksversammlung zu untergraben. Alle Richter und Staatsanwälte zur damaligen Zeit waren von Mubarak persönlich ernannt worden. Sie als Siegelbewahrer der Demokratie zu bezeichnen ist und bleibt ein Hohn. Sie waren und sind Vertreter des alten Systems, Demokratie ist ihnen fremd. Das Verfassungsgericht beschloss auf Antrag einer Gruppe von Richtern und Anwälten die Auflösung der Volksversammlung. Eine geordnete Beratung eines Verfassungsvorschlages im Parlament war nicht mehr gegeben.

In einer Notverordnung dekretierte Mursi für einen Zeitraum von sechs Wochen, dass sich alle Macht bei ihm konzentrierte. Die zweite Kammer, das Oberhaus, der Shura-Rat, wurde als Interimparlament und Versammlung zur Vorlage eines Verfassungsvorschlages eingesetzt, um in diesen sechs Wochen einen Vorschlag vorzulegen. Wegen der Mehrheit der islamischen Fraktionen wurde im November 2012 eine islamisch geprägte Verfassung vorgelegt, die jedoch Elemente enthielt, die in Verfassungen demokratischer Staaten enthalten sind: Beschränkung der Rechte des Staatspräsidenten, Definition der Rolle des Parlaments, Wechselbeziehung von Parlament und Regierung und Wahlrechte. Darüber wurde selbst in der deutschen Presse, u.a. Süddeutsche Zeitung und FAZ, positiv berichtet. Negativ war die Ausrichtung auf den Islam und die Sharia mit der Ausnahme, dass Christen und Juden durch die Verfassung besonders geschützt werden sollten.

Der Sturm der Entrüstung über die Beschränkung der Religionsfreiheit auf drei Religionen und damit die Ausgrenzung anderer Religionen hielt sich bei der Beratung der Verfassung in der Öffentlichkeit in Ägypten in Grenzen.

## Präsident der Ägypter oder der Muslimbrüder?

Der zentrale Fehler, den Staatspräsident Mursi machte, war die Ausübung seines Amtes als Parteisoldat der Freiheits- und Gerechtig-

keitspartei, dem parteipolitischen und parlamentarischen Arm der MB. Unter fadenscheinigen juristischen Begründungen wurde der eigentliche Kopf der MB, el-Shater, an der Präsidentschaftskandidatur 2012 gehindert. Der wenig charismatische Mursi wurde „in die Kandidatur verpflichtet“, wie es ein MB Funktionär beschrieb.

Mursi gelang es nicht, eine Position unabhängig von der MB zu entwickeln, auf andere politische und religiöse Gruppen zuzugehen, um die vor der Wahl und auch in seiner Amtszeit erklärte Politik der Inklusion umzusetzen. Zu keiner Zeit war er der Präsident aller Ägypter, er war und blieb Staatspräsident der MB. Später schloss er sogar die Islamisten wie die Nour-Partei von seiner Politik aus. Er hat Demokratie nur als Formalprinzip verstanden, um an die Macht zu gelangen.

Die eigentlichen Machthaber in Ägypten sind das Militär, das außerhalb jeglichen staatlichen Einflusses als Staat im Staate über bis zu 40 Prozent der Wirtschaftskraft verfügt, und die mit dem Militär verbundenen „Familien“, Wirtschaftsclans, die über Milliarden an US\$ verfügen und deren Investitionen oder Deinvestitionen direkten Einfluss auf die Politik nehmen. Nur wer diese beiden Institutionen, Militär und Oligarchie („Familien“) in Ägypten hinter sich hat, ist Staatspräsident. Ohne diese Unterstützung ist der Staatspräsident nur Marionette. Das war Mursis Position. Im Bewusstsein dieser Machtstruktur arbeitet er am Aufbau einer MB-getreuen Wirtschaftsmacht.

Das Volk erwartet in Ägypten von seinem Präsidenten eine allumfassende Versorgung: Arbeit, Löhne, Renten, niedrige Preise für Grundnahrungsmittel und Energie, alles was Mursi ohne die eigentlichen Machthaber nicht liefern konnte. Er war kein neuer Pharao, wie es sich viele MB Anhänger und seine Wähler gewünscht hatten und damit ihre Distanz zu demokratischen Institutionen wie dem Parlament zum Ausdruck bringen.

Die Forderungen des Auslands, an führender Stelle Deutschland, an Mursi, eine Politik der Inklusion und Gewaltfreiheit umzusetzen, waren geprägt von der Sorge um den inneren Frieden in Ägypten. Die gesteuerte Verknappung von Benzin und Elektrizität in den Wochen vor dem 30. Juni 2013 waren ein politischer Akt der Gegner Mursis und kein Zeichen wirtschaftlicher Schwäche. In Ministerien und Staatsbetrieben, im „deep State“, wurde dies gezielt gesteuert. Die Bevölkerung hat dies Mursi und den MB angelastet – zum Erfolg der Gegner.

### 30. Juni 2013

Genau ein Jahr nach Mursis Machtantritt waren Millionen Gegner von Mursi in Ägypten auf den Straßen und natürlich auch die Anhänger Mursis, um „ihren Staatspräsidenten“ zu unterstützen. Der geballte Unmut verkörperte sich in einer Unterschriftenaktion der Tamarod (= Rebellion) Bewegung, die angeblich über 20 Millionen Unterschriften sammelte mit einer Losung: Mursi muss weg. Keine politische Botenschaft, was danach kommen sollte.

Am 3. Juli 2013 setzte Armeegeneral el-Sisi Staatspräsident Mursi ab. Vorher war Mursi mehrfach aufgefordert worden, die Opposition an der Regierung zu beteiligen und damit die Unruhe in der Bevölkerung zu bändigen und die Massendemonstrationen zu beenden.

Bei dieser Rede an die Nation saßen der Koptische Papst, Twadoros II, und der höchste Würdenträger der islamischen Minderheit der Schiiten in Ägypten, Scheich Yasser el-Habib, auf dem Podium und nahmen damit, ohne ein Wort zu sagen, Partei.

Am selben Tage wurde der gewählte Staatspräsident Mursi inhaftiert und an einen unbekanntem Ort verbracht. Erst Wochen später wurde er von der Staatsanwaltschaft angeklagt und befindet sich jetzt rechtlich in Untersuchungshaft. Wo, weiß bis heute niemand.

In einer Rede forderte er die Ägypter zwei Wochen später auf, auf die Straßen zu gehen und mit ihrer millionenfachen Anwesenheit dem Militär das Mandat zu geben, „gegen Terroristen“ vorzugehen, gemeint waren die MB und ihre Anhänger.

In den Folgewochen eskalierten die Auseinandersetzungen. Auf zwei Plätzen in Kairo gab es Dauer-Sit-ins mit mehreren zehntausend Menschen und legten ganze Stadtteile lahm. Sie forderten die Wiedereinsetzung des abgesetzten und inhaftierten Staatspräsidenten. Die Gegendemonstrationen wurden ebenso erbittert geführt. Mehr als 1500 Tote, zehntausende von Verletzten und ein noch tiefer gespaltenes Ägypten sind das Ergebnis. Das gewaltsame Einschreiten des Militärs nahm Vizestaatspräsident El Baradei zum Anlass, sein Amt unter Protest niederzulegen.

Am 14. August 2013 wurde durch die am 7. Juli 2013 vom Militär eingesetzte Übergangsregierung unter dem nunmehr amtierenden Staatspräsidenten Mansour, dem bis dahin höchsten Richter Ägyptens, der Ausnahmezustand für ganz Ägypten und Ausgangssperren für einige Provinzen (Governorate), u.a. Kairo und Alexandria, verhängt, um gegen die „Rädelsführer und Gegner Ägyptens“ vorzugehen.

Damit war eine Rückkehr zur alten Situation vor Januar 2011 erreicht: Das Militär hat wieder uneingeschränkte Macht, der Staatspräsident ist auf die Gnade des Militärs angewiesen. Die von ihm abhängige Regierung „erledigt“ die Administration soweit es die Bürokratie zulässt.

Verfassungsrechtlicher Treppenwitz: Der Übergangspräsident Mansour wurde am 3. Juli 2013 auf die von General el-Sisi am 3. Juli 2013 außer Kraft gesetzte Verfassung von November 2012 vereidigt und Staatspräsident Mansour hat im Anschluss per Dekret eine Übergangsverfassung in Kraft gesetzt. Es sollte alles eine „demokratische Verkleidung“ bekommen.

## Ägypten auf dem Weg in eine Demokratie?

Die Spaltung Ägyptens ist täglich zu spüren. Über Wochen wurde man gefragt, ob man für oder gegen Mursi sei. Auf den Hinweis, Mursi sei ein gewählter Präsident, kamen merkwürdige Reaktionen. Mursi sei zwar gewählt, aber die Wahlen seien doch nicht korrekt gewesen. Mursi hätte das Land in den Abgrund getrieben. Er habe mit der Hamas im Gaza gemeinsame Sache gemacht und Ägypten den Terroristen ausgeliefert. Er habe seine Wahlversprechen nicht eingehalten.

Jeder sachliche Hinweis, das Parlament, das Mursi hätte kontrollieren können, sei ja durch fadenscheinige juristische Gründe außer Kraft gesetzt worden und der Verfassungskonvent, aus dem die säkularen Kräfte freiwillig ausgeschieden sind und eine Alternative hätten vorbringen können, wurden und werden vom Tisch gewischt. Im Übrigen waren die säkularen Parteien auf mögliche Neuwahlen gar nicht vorbereitet und deshalb daran nicht interessiert.

Man verweist auf 22 Millionen Unterschriften – die aber keiner gezählt hat – und auf 30 Millionen Demonstranten am 30. Juni 2013 – auch die hat keiner gezählt. Dies sei demokratische Legitimation genug für das Militär, um gegen Terroristen – wie die MB jetzt von Mursi Gegnern auf der Straße und von Mitgliedern der Übergangsregierung offiziell genannt werden – vorzugehen.

Unbestritten sind sehr viele Millionen Menschen auf der Straße gewesen und haben ihren Unmut über die Unfähigkeit der MB zum Ausdruck gebracht. Diese Formen des Protestes stehen aber nicht auf derselben Stufe wie Parlament oder Verfassungskonvent.

Die Finanzierung der Unterschriftenaktion kam vom Milliardär Sawiris. Dazu wird in Ägypten betreten geschwiegen. Man weiß um die Defizite, im Parlament auf Opposition verzich-

tet zu haben, weil die Eitelkeit in der Minderheit verletzt worden wäre.

Viel wichtiger und wirkungsvoller waren aber die privaten Fernsehsender, auch hier spielte die Sawiris-Gruppe mit ihren Fernsehsendern eine wichtige Rolle.

Staatspräsident Mansour hat von Staatsrechtlern einen Verfassungsvorschlag erstellen lassen. Dieser Vorschlag dient einem Rat der 50, dessen Mitglieder der Staatspräsident in Absprache mit der Regierung berufen hat, als Grundlage für einen Vorschlag für ein Referendum Anfang 2014. Unmittelbar vorher soll es dann eine „Beratung in der Gesellschaft“ geben.

Dem Rat der 50 gehören hauptsächlich die „alten Kräfte“ an. Einige wenige Verfassungsrechtler und Menschenrechtler mit internationaler Reputation lassen hoffen. Von den neuen Gewerkschaftsdachverbänden EDLC und EFITU oder deren Einzelgewerkschaften ist kein Vertreter ernannt worden. Ein Vertreter des alten Gewerkschaftsdachverbandes ETUF ist vertreten. Selbst in der liberalen, regierungsnahen Presse wird die Missachtung der neuen demokratischen Gewerkschaften bereits als Defizit benannt. Es ist so, als würde in Deutschland nach dem 3. Oktober 1990 der FDGB der DDR an der Neufassung des Grundgesetzes mitgearbeitet haben.

Wichtig ist im Rat der 50, ob Ägypten die Sharia als Richtschnur haben soll. Es gibt keine Diskussion darüber, ob Grundrechte wie „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ die Verfassung anführen. Dafür gibt es heftige Angriffe gegen einzelne im Rat, die „Christen und Juden dürfen ihre Angelegenheiten regeln“ durch die Formulierung „Nicht-Muslimische Religionen sind geschützt“, ersetzen wollen.

In Ägypten fehlen Reformkräfte in säkularen Parteien. Es gab den Versuch, sich durch Alternativen zu den MB zu profilieren. In der

Bevölkerung ist aber nicht erkennbar gewesen, was denn Sozialisten, Sozialdemokraten oder Liberale wollen. Warum sollte man sie wählen? Schmerzlich macht sich bemerkbar, dass es keine Exilbewegung vor Januar 2011 gegeben hat, die eine Alternative zum Mubarak-Regime hätte formulieren können. Die Arbeiteropposition seit 2004 ist ein zaghafter Versuch, aber es gab noch nicht einmal eine Klammer der Einzelaktionen unter dem Dach einer Gewerkschaft.

Wie EFITU und EDLC bei den Arbeitern gibt es insbesondere bei den Jüngeren bis 40 Jahre eine politische Strömung, die zumindest den Versuch unternimmt, gegen die Dominanz der Religion in der Politik Kräfte zu sammeln. Das bedeutet keineswegs die Abkehr vom Islam oder Christentum, es bedeutet die säkulare Ausrichtung des Staates.

Hoffnung machen einige seriöse Menschenrechtsaktivisten im Rat der 50 wie Hanna Grace oder Hoda Elsadda. Ob sie sich durchsetzen können ist sehr fraglich.

Ägypten und Europa trennen Welten. Ägypten braucht Jahrzehnte, um ein moderner Staat zu werden. Im Moment steht Ägypten wieder bei Januar 2011, zum Glück. Dahinter zurück zu fallen wird schwer; das ist ein Lehrstück für die Mächtigen im Land. Militär und Oligarchie kommen auch ohne Demokratie zurecht. Aber weder in den Köpfen der Mehrheit des Volkes noch in den Vorschlägen für eine Verfassung sind Freiheit und Gleichheit uneingeschränkt für alle Bürger ein Konzept. Der Weg zur Demokratie ist noch weit. ■

☞ Peter Senft, 64 Jahre, Sozialreferent an der Botschaft Kairo seit November 2011, zusätzlich Sozialreferent an der Botschaft Tunis seit Januar 2013. Von 1991 bis 2005 Politischer Sekretär beim Vorstand der IG Metall. Von 2006 bis 2009 Sozialreferent an der Botschaft Pretoria, Südafrika, und 2010 und 2011 im Sekretariat des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes (EMB), Brüssel.

## 150 Jahre Diskursgeschichte der SPD-Linken

Die offizielle Geschichtsbild der SPD erscheint in ihrem 150jährigen Jubiläum häufig zu linear und eindimensional. Besonders das linkssozialistische Erbe der Partei ist darin unterrepräsentiert oder findet keine Erwähnung.

Ausgehend von dem spw-Schwerpunkt „Brüche und Kontinuitäten – 150 Jahre Diskursgeschichte der SPD-Linken“ haben wir uns vorgenommen, über das gesamte Jahr hinweg an bekannte wie vergessene Akteure der SPD-Linken zu erinnern und die Bedeutung ihres politischen Denkens und Wirkens für die Gegenwart zu diskutieren. Darüber hinaus nehmen wir die Fachpublikationen

über die Parteigeschichte in den Blick unserer Rezensionen.

Es geht uns mit dieser Reihe nicht um eine andere, sondern um eine facettenreichere Geschichte der Sozialdemokratie.

In dieser Ausgabe gibt Michael Krätke einen kleinen Einblick in das vielfältige wie einflussreiche Werk Otto Bauers. Darüber hinaus zeichnet Uli Schöler im Gedenken an Detlev Albers zentrale Wegmarken linkssozialistischer Strömungen in Deutschland nach. Thilo Scholle erinnert an Alexander Stein. ■

### Otto Bauer und der „integrale Sozialismus“

Michael Krätke

Ein Oktoberabend im Krisenjahr 1930. Die Berliner Sozialdemokraten, die Jungsozialisten strömten in Massen in den Sportpalast, um Otto Bauer zu hören. Bauer, der charismatische Führer der österreichischen Sozialdemokratie, der führende Kopf der Sozialistischen Arbeiterinternationale, der vielgelesene Autor, hielt einen Vortrag über die „Langen Wellen“. Er erklärte seinen überwiegend jungen Zuhörern, warum die Weltwirtschaftskrise, die im Oktober 1929 begonnen hatte, viel länger dauern und weit schlimmere Verheerungen in der kapitalistischen Weltwirtschaft anrichten werde als alle bisherigen Krisen in der Geschichte des Kapitalismus.<sup>1</sup> Otto Bauer war in der Zeit der Weimarer Republik häufiger Gast in Deutschland. Sein Lehrer Karl Grünberg, erster Direktor

des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, sorgte für regelmäßige Gastspiele der Austromarxisten. Bauers Parteitagsgespräche wurden in der deutschen sozialdemokratischen Presse häufig nachgedruckt, seine Schriften wurden gelesen, gelegentlich meldete er sich auch in deutschen Debatten zu Wort, mit oder ohne Einladung des Parteivorstands der SPD.<sup>2</sup>

1931, im Jahr der Bankenkrähe und der weltweiten Kreditkrise, erschien Otto Bauers Buch über die Rationalisierung und Fehlrationalisierung, der erste Band seiner groß angelegten Studie über die Strukturveränderungen im Kapitalismus nach dem I. Weltkrieg, mit der er Hilferdings „Finanzkapital“ fortsetzen wollte. Es war die erste systematische Studie eines Marxisten über die damals neuen und vieldiskutierten Phänomene der betrieblichen Rationalisierung, über Taylorismus, Fordismus

1 So berichtet es Albert O. Hirschman, der als junger Gymnasiast in Berlin Otto Bauer zuhörte. Ein Erlebnis, das seinen weiteren Lebensweg entscheidend beeinflusste. Noch fünfzig Jahre später war er von Bauers Vortrag im Sportpalast tief beeindruckt. Zum ersten Mal begriff er, was sozialistische Theorie, was marxistische Analyse, was politische Ökonomie war, zum ersten Mal traf er einen marxistischen Intellektuellen als Parteiführer, dessen Charisma und intellektuelle Brillanz alle in seinen Bann schlug (vgl. Jeremy Adelman, *Worldly Philosopher. The Odyssey of Albert O. Hirschman*, Princeton – Oxford: Princeton University Press 2013, S. 66f).

2 Vgl. zum Einfluss Otto Bauers und der Austromarxisten auf die deutsche Sozialdemokratie: Franz Walter / Michael Schöling / Gerd Storm, Die Bedeutung Otto Bauers für die deutsche Sozialdemokratie, in: Detlev Albers, Horst Heimann und Richard Saage (Hrsg.), *Otto Bauer: Theorie und Politik*, Berlin 1985.

und die Umwälzungen in der kapitalistischen „Betriebsweise“, die mit der zweiten industriellen Revolution einhergingen.<sup>3</sup> Das neue Buch Bauers wurde in Deutschland breit diskutiert. Vor allem weil er darin zum ersten Mal andeutete, die Politik der nachholenden, forcierten Industrialisierung in der Sowjetunion, der erste Fünfjahrplan könne Erfolg haben.

Otto Bauer war ein glänzender Redner, der auf allen Parteitagungen der österreichischen Sozialdemokratie, auf allen Kongressen der Sozialistischen Arbeiterinternationale und auf vielen Gewerkschaftskongressen sprach. Wenn Bauer sprach, füllte sich der Saal, wurde es still, ihm hörte man gespannt zu. Ohne Parteiamter, mit der Kraft seines Intellekts, als öffentlicher Intellektueller und Parlamentarier, redend, schreibend, in der „Arbeiter-Zeitung“, im „Kampf“ (nach Kautskys „Neuer Zeit“ die wichtigste Theoriezeitschrift des europäischen Sozialismus), dominierte er die Politik der Sozialdemokratie in Österreich und der Internationale. Bauer war die überragende politische Figur der ersten Republik, im Parlament wie in der Tagespresse (er schrieb fast jeden Tag einen Artikel für die „Arbeiter-Zeitung“) ständig präsent.<sup>4</sup> Zugleich war er ein Gelehrter, ein Wissenschaftler von hohem Rang, als Historiker, als Ökonom, als Soziologe und Politikwissenschaftler ebenso beschlagen, ebenso ideenreich wie als Philosoph. Kein Wunder, dass das bürgerliche Lager ihn als gefährlichsten aller Sozialdemokraten und die Kommunisten ihn als den gefährlichsten aller Revisionisten hassten und fürchteten.<sup>5</sup>

Als der junge, unbekannte Otto Bauer dem berühmten Altmeister Karl Kautsky beschei-

den seinen ersten Aufsatz für die „Neue Zeit“ anbot, einen Artikel über „Marx' Theorie der Wirtschaftskrisen“, erkannte der sein außergewöhnliches Talent. „So stelle ich mir den jungen Marx vor“, sagte er zu Friedrich Adler. Bauer hätte diesen Vergleich nie akzeptiert. Er sah sich als Schüler und Erbe von Marx und Engels, bemüht, ihr Forschungsprogramm weiter zu verfolgen, ihre Forschungsmethode auf immer neuen Gebieten zu erproben, ihre Einsichten durch neue Erkenntnisse zu ergänzen. Ein Dogmatiker war er nie, ein „Marxismus“, der sich nur mit Marx bzw. mit sich selbst beschäftigte, lag ihm nicht.

Bauers erstes grosses Buch behandelte das Problem der Nation, des Nationalstaats und des Nationalismus, unausweichlich im Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn. Wie war es zu erklären, dass die Arbeiter, auch die Sozialdemokraten, nicht nur patriotisch, sondern direkt national dachten und fühlten? Mit der „Nationalitätenfrage“, einem Buch von 573 Seiten, in knapp zehn Monaten niedergeschrieben, gab Bauer 1907 eine gut marxistische Antwort auf die Frage nach der Nation und dem Nationalcharakter. Gut marxistisch hieß – mit genauer Kenntnis der historischen Fakten, die Einsichten der zeitgenössischen Sozialwissenschaften (z.B. Toennies', Simmels oder Max Webers) aufnehmend – ökonomische, politische, kulturelle Entwicklungen in ihren Verknüpfungen und Zusammenhängen zu verfolgen, um das zugleich politische und kulturelle Phänomen der Nation zu erklären. Nationen, National-Charaktere und nationale Bewegungen werden von Bauer als Formen kollektiver Identitätsbildung in ihren historischen Entstehungs- und Wirkungszusammenhang gestellt, einen hochkomplexen Zusammenhang, in dem die Bildung der modernen Staaten und Staatensysteme ebenso eine Rolle spielt wie die Verwandlung „traditioneller“ in „moderne“ Klassengesellschaften. Dieses Buch machte den sechszwanzigjährigen Bauer mit einem Schlag berühmt; bis heute

3 Der vollständige Titel lautete: Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkrieg. Erster Band: Rationalisierung – Fehlrationalisierung, der Text des Buches ist wieder abgedruckt in Otto Bauer Werkausgabe, Bd. 3, Wien 1976, S. 719 – 914.

4 Eine Auswahl seiner Parlamentsreden erschien 1968 unter dem Titel „Zum Wort gemeldet: Otto Bauer“, eingeleitet und herausgegeben von Heinz Fischer, dem jetzigen Bundespräsidenten der Republik Österreich.

5 Was die Leninisten, Trotzkiisten, Stalinisten aller Spielarten betrifft, so hat sich der Hass gegen den Austromarxismus im allgemeinen und gegen Otto Bauer im besonderen bis heute gehalten.

ist es ein Klassiker der Sozialwissenschaften wie des (Austro)Marxismus.<sup>6</sup>

Otto Bauer ist nicht der Mann eines Buchs (wie Rudolf Hilferding mit dem „Finanzkapital“), sondern vieler Bücher. Mindestens sieben davon werden heute als Meisterwerke der historischen, ökonomischen und politischen Analyse betrachtet, die in jedem Kanon des klassischen Marxismus einen zentralen Platz einnehmen: nach der „Nationalitätenfrage“ von 1907 die „Österreichische Revolution“ von 1923, seine Analyse der Klassenkämpfe in Österreich von 1918 bis 1922, aus denen die Erste Republik hervorging. Das Buch gab den Anstoß zu einer langen Kontroverse über die Grundlagen der politischen Theorie, über die marxistische Staatstheorie, über die Analyse und Erklärung politischer (Klassen) Herrschaft in einer Demokratie, an der sich – typisch für den Austromarxismus – auch erklärte Nicht-Marxisten wie der große Rechtstheoretiker Hans Kelsen ganz offen beteiligten. 1924 erschien Bauers Studie über „Das Weltbild des Kapitalismus“, eine kurze der Entstehung und der Wandlungen jener von Naturwissenschaft und Philosophie geprägten „Weltanschauung“ des modernen Bürgertums im Kapitalismus. Er hatte diese Skizze in der Kriegsgefangenschaft niedergeschrieben, sie sollte, ausgebaut, den (ideologietheoretischen) Leitfaden für eine „marxistische Erkenntnistheorie“ (bzw. Wissenschaftslehre) bilden. Es folgte „Der Kampf um Wald und Weide“ von 1925, eine Wirtschaftsgeschichte, in der er die Entstehung der Bauernschaft und sämtlicher agrarischer Eigentums-, Arbeits- und Lebensverhältnisse als eine Geschichte von Klassenkämpfen nachzeichnete. Dann, 1931, die schon genannte

Studie über die „Rationalisierung und Fehlrationalisierung“ (Bauers Analyse des Fordismus und Amerikanismus), und sein vorletztes Buch „Zwischen zwei Weltkriegen“ von 1936, seine Analyse der Weltwirtschaftskrise und ihrer politischen Folgen für die Demokratien und für die Arbeiterbewegungen in Europa, von den Krisen der Nachkriegszeit bis zum Sieg des Faschismus. Schließlich die „Illegale Partei“, seine unvollendete Studie über die historische Entwicklung der sozialistischen Parteien, zugleich eine Parteitheorie, die erst postum im Jahre 1939 erschien.<sup>7</sup> Wer will und lesen kann, findet beim marxistischen Sozialdemokraten Otto Bauer alles, was das linke Herz begehrt und den linken Kopf beschäftigt: von der Ideologietheorie über die historische und politische Analyse zur Philosophie und, last but not least, bis hin zur Politischen Ökonomie und ihrer Kritik – auf der Höhe der Zeit und auf der Höhe der zeitgenössischen Philosophie und Sozialwissenschaft.

Wie Rosa Luxemburg hat auch Otto Bauer viele Jahre an Parteschulen der Sozialdemokratie politische Ökonomie gelehrt. Seine „Einführung in die Volkswirtschaftslehre“ beruht auf den Vorlesungen, die er von 1926 bis 1930 an der Arbeiterhochschule in Wien hielt. In diesen Vorträgen schaffte er es, die Marxsche ökonomische Theorie mit den Einsichten der „bürgerlichen“, akademischen Ökonomie zu verknüpfen, und eine marxistische „Markttheorie“ in Grundzügen vorzustellen, also genau jene Analyse der Konkurrenzphänomene, die Marx seinen Schülern überlassen hatte.<sup>8</sup> In seinen Aufsätzen, in seinen Broschüren ging er

6 Es ist das einzige der vielen Bücher Otto Bauers, das, wenn auch sehr spät, in mehrere Sprachen übersetzt wurde (Englisch, Französisch, Spanisch, Italienisch). Kautsky und Bauer stritten sich höflich, aber bestimmt in der „Neuen Zeit“ über den richtigen Begriff der Nation. Keine der späteren „marxistischen“ Äußerungen zum Thema, allesamt Kampfschriften gegen Bauer, reicht auch nur ansatzweise an das analytische Niveau und die sprachliche Kraft dieses Bauerschen Erstlings heran. Lenin, Trotzki, Stalin usw. greifen in ihrer (um mit Marx zu sprechen) „brutalen Interessiertheit“ an politisch verwertbaren Parolen sofort zur bestreitbarsten Folgerung aus dem „Selbstbestimmungsrecht der Nationen“, nämlich dem Recht auf staatliche Eigenständigkeit.

7 Alle genannten Texte sind in der 9-bändigen Otto Bauer Werkausgabe vollständig wieder abgedruckt worden. In der Reihe fehlt ein weiteres Meisterwerk Otto Bauers, seine fast vollendete Darstellung und Analyse der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933, geschrieben zwischen 1932 und 1934. Das Manuskript blieb erhalten und wird demnächst vollständig im VSA-Verlag veröffentlicht.

8 Bauer hat z.B. mit „Die Teuerung“ von 1910 eine der ersten Analysen der internationalen Inflation in der Epoche des Goldstandards vorgelegt und damit den Anstoß zur ersten großen geldtheoretischen Debatte unter den Marxisten gegeben. Großen Einfluss hatte seine Luxemburg-Kritik von 1913, ein langer Aufsatz über die Theorie der Akkumulation bei Marx und Luxemburgs Kritik daran, der in der „Neuen Zeit“ erschien. Bis heute gilt dieser Text als Pionierarbeit, als eines der ersten Beispiele der modellmäßigen Behandlung eines Zentralproblems jeder makroökonomischen Analyse.

viele der ungelösten, höchst vertrackten Probleme der Marxschen Politischen Ökonomie an, mutig, ideenreich, intelligent. „Mit Marx über Marx hinaus“ zu gehen, Marx mit Marx zu kritisieren bzw. zu korrigieren, war sein Ehrgeiz. Das gelang ihm immer wieder, zum Verdross der „marxistischen“ Doktrinäre.

Otto Bauer ist der Theoretiker des demokratischen Sozialismus par excellence. Als guter „Zentrist“, Mann der Mitte, hielt er Distanz zu den Reformisten wie den Radikalen, beide kritisierend. Er war stets bemüht, die Einseitigkeiten, die Übertreibungen der Nur-Reformer wie der Revolutionsenthusiasten historisch-materialistisch, aus den veränderten, sich veränderten, unterschiedlichen Lebens- und Handlungsbedingungen der Arbeiterbewegung zu verschiedenen Zeiten, in unterschiedlichen Ländern und Regionen, in verschiedenen Phasen und Perioden der kapitalistischen Entwicklung zu erklären–zum Ärger der Rechthaber aller Seiten, die Verdammungsurteile, keine Erklärungen haben woll(t)en. Seine politische Theorie muss man anhand seiner scharfen, kunstvollen, von detailgenauer historischer Kenntnis getragenen Analysen der wechselnden politischen Machtverhältnisse in Österreich, in Europa und in der Welt studieren. Sie findet sich in vielen Büchern, Aufsätzen, Vorträgen und Zeitungsartikeln. Bei Bauer (wie bei Marx) kann man ihren harten Kern finden.<sup>9</sup> Der steckt in Bauers Erklärung der „Kapitalsherrschaft in der Demokratie“, der Hegemonie des Bürgertums, dessen „Weltbilder“ die bürgerliche Gesellschaft ebenso in ihrem Bann halten wie die Logik einer kapitalistischen Ökonomie den Gang des Alltagslebens. Kein Sozialdemokrat, der Otto Bauer gelesen hat, dürfte von Wolfgang Streecks jüngsten Befunden über die Brüchigkeit eines „demokratischen Kapitalismus“ sonderlich überrascht oder beeindruckt sein. Kapitalismus und Demokratie passen keineswegs

„von Natur aus“ und „ein für allemal“ zusammen. Zu wissen, wie gefährdet und brüchig diese Symbiose ist, zu wissen, dass der moderne Kapitalismus mit allen möglichen politischen Regimes und Staatsformen vereinbar war und ist, diese zugleich komplizierte und elementare Einsicht darf in einer demokratisch sozialistischen Bewegung und Partei nicht verloren gehen.

Detlev Albers hat in einer vergleichenden Studie über Bauer und Gramsci ihre Nähe als politische Theoretiker gezeigt. Dass Gramsci dabei zum Sieger nach Punkten geriet, ist dem eurokommunistischen Zeitgeist geschuldet.<sup>10</sup> Denn Antonio Gramsci, heute zum wichtigsten politischen Theoretiker des Marxismus hochstilisiert, kannte von einer funktionierenden politischen Demokratie wenig. Statt fragmentarischer Notizen finden sich bei Bauer zu den gleichen Themen – Parteiformen, Hegemonie, Bildung und Erziehung, Kampf der Klassenkulturen, die Unterschiede der politischen Strategie und Taktik in Russland und in Westeuropa, Stellungskrieg – Bewegungskrieg usw. – ausgearbeitete, durchdachte Analysen. Bauers politische Erfahrungen reichten weit über Gramscis hinaus, in der „Kunst der marxistischen Analyse der politischen Tagessituation“ war er weit überlegen. Allerdings ist es dem nach wie vor grassierenden Leninismus (zu dem auch Gramsci noch gehört) gelungen, Otto Bauer, und mit ihm die Hochblüte des klassischen Marxismus in Wien, in Österreich, in der europäischen Sozialdemokratie, fast vergessen zu machen.<sup>11</sup>

<sup>10</sup> Vgl. Detlev Albers, Versuch über Bauer und Gramsci, Hamburg 1983.

<sup>11</sup> Tatsächlich gab es Männer von vergleichbarem Format auch in der russischen Sozialdemokratie, allen voran der geniale Alexander Bogdanov, der wie Bauer ein Multitalent, ein Polyhistor war, zugleich als politischer Ökonom, als Philosoph, als Naturforscher (er war Mediziner) aktiv. Lenin bekämpfte diesen Rivalen wütend, sein schaurigstes Pamphlet „Materialismus und Empiriokritizismus“, das die Leninisten bis heute für marxistische Philosophie halten, ist direkt gegen Bogdanov gerichtet. Bogdanovs höfliche, aber bestimmte, in der Sache vernichtende Antwort, Vely y nauka (Wahrheit und Wissenschaft) ist nie übersetzt worden, daher bis heute nur wenigen Spezialisten bekannt. Wer russisch las, wusste schon 1910, dass es mit dem Theoretiker Lenin nicht weit her war.

<sup>9</sup> Das übliche Gejammerge, Karl Marx (oder jemand anders) habe aber „keine Staatstheorie“ (oder keine Theorie von diesem oder jenem) hinterlassen, ist eine akademische Marotte, die mittlerweile zur Unsitte geworden ist.

Zu den Standardvorwürfen gegen Bauer gehört die Mär, er sei zwar ein großartiger Theoretiker, aber ein lausiger Praktiker der Politik, ein Zauderer gewesen, ein Dogmatiker, ein „Illusionist“ – so kann man in der jüngsten Bauer-Biographie des Salzburger Historikers Ernst Hanisch lesen.<sup>12</sup> Nichts kann falscher sein als dieses Klischee. Wie Richard Saage gezeigt hat, müssen die Anhänger dieses Märchens systematisch alle einschränkenden Rand- und Rahmenbedingungen des politischen Handelns, die Bauer selbst detailliert analysiert hat, ausblenden bzw. zur Ideologie erklären.<sup>13</sup> Niemand hat die taktischen und strategischen Fehler der österreichischen Sozialdemokratie klarer und schärfer analysiert als Bauer selbst, niemand hat sie offener eingeräumt. In der Tat war Bauer, der demokratische Sozialist und klassische Marxist, kein Lenin. Sondern ein Verantwortungspolitiker, nicht bereit, Hunderttausende oder gar Millionen von Menschenleben den Götzen „Revolution“ oder „Sozialismus“ zu opfern.

Wer den ganzen Bauer kennen lernen will, sollte sein vorletztes Buch lesen: „Zwischen zwei Weltkriegen“, 1935 im Exil geschrieben, 1936 in Bratislava veröffentlicht, ein Buch, das zu seinem Vermächtnis für die internationale Sozialdemokratie wurde.<sup>14</sup> Bauer schrieb es in Eile, weil er glaubte, mit seinem großen Werk, der systematischen Analyse des Nachkriegskapitalismus und seiner Krisen, nicht mehr fertig zu werden. Es beginnt mit einer Analyse der Großen Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft, tatsächlich eine Kurzfassung der oben schon erwähnten Krisenanalyse. Die politischen und sozialen Folgen dieser Krise, die „Krise der Demokratie“ und „Krise des Sozi-

alismus“ in allen entwickelten kapitalistischen Ländern gipfeln im Sieg des Faschismus. Wie geht es weiter? Gibt es nach dieser Niederlage noch eine Zukunft für die Demokratie, für die sozialistische Bewegung? Bauer sieht das Ende kommen, den zweiten Weltkrieg, aber dessen Ausgang ist ungewiss. Seine Hoffnung setzt er auf den „integralen Sozialismus“.

Ein Leben lang hatte Bauer für die Einheit der Partei, der Gewerkschaften, der gesamten Arbeiterbewegung gestritten. Nach der Katastrophe hoffte er auf die Überwindung der verhängnisvollen Spaltung – und prägt dafür die Formel vom „integralen Sozialismus“. Gemeint war eine Annäherung von beiden Seiten: Radikalisierung der Sozialdemokratie im Kampf gegen die faschistischen Diktaturen und Demokratisierung der Sowjetunion. Aber diese Hoffnung Bauers ist mit dem Scheitern von Gorbatschows Versuch einer Reform von oben (wie Bauer sie vorhergesehen hatte) tot und begraben. Man kann diese zeitgebundene Formel aber auch anders lesen. Integraler Sozialismus wäre der Versuch, die Strömungen der internationalen Arbeiterbewegung politisch (nicht notwendigerweise organisatorisch) zusammen zu führen – im Sinne des „demokratischen Weges“ zum „demokratischen Sozialismus“, den Bauer stets verfochten hat, im Geiste jener Sozialistischen Internationale (der SAI), deren Kopf und Stimme er einige Jahre lang war.<sup>15</sup> ■

↳ Dr. Michael R. Krätke ist Professor für Politische Ökonomie an der Lancaster University und Mitherausgeber der spw.

12 Vgl. Ernst Hanisch, *Der grosse Illusionist. Otto Bauer (1881 – 1938)*, Wien – Köln – Weimar 2011.

13 Vgl. Richard Saage, *Restriktionsanalysen Otto Bauers am Beispiel der ersten österreichischen Republik*, in: Detlev Albers, Horst Heimann, Richard Saage (Hrsg.), *Otto Bauer: Theorie und Politik*, Berlin 1985.

14 Es wurde seither nie wieder neu aufgelegt. Im Band 4 der *Otto Bauer Werkausgabe* ist es wieder abgedruckt. Es gibt eine italienische Übersetzung aus dem Jahre 1979. Die erste englische dieses Klassikers des internationalen Sozialismus erscheint erst jetzt, herausgegeben von John E. King und Michael R. Krätke.

15 Die Versuche einiger SPD-Vordenker, dem „demokratischen Sozialismus“ mit der „sozialen Demokratie“ aus dem Weg zu gehen, hätten einen Mann wie Bauer kaum beeindruckt. Schliesslich stammt die analytische Unterscheidung zwischen politischer, wirtschaftlicher und sozialer Demokratie ebenso wie die Begründung ihres Zusammenhangs von den Austromarxisten.

## Alexander Stein, die „Protokolle der Weisen und Zion“ und die Politik

**Renzenion: Alexander Stein – Adolf Hitler, Schüler der „Weisen von Zion“**

von Thilo Scholle

Alexander Stein gehört zu den vergessenen Persönlichkeiten der Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert. Sein Lebensweg reicht vom Engagement in der russischen Sozialdemokratie der Zarenzeit über die Unabhängige Sozialdemokratie zu Beginn der Weimarer Republik bis in das Zentrum der später vereinigten SPD. Insgesamt vier Mal ins Exil gezwungen, starb Stein im Jahr 1948 in den USA.

Geboren am 27. Januar 1881 im lettischen Wolmar als Sohn einer jüdischen Familie als Alexander Rubinstein begann er sich früh in der russischen Arbeiterbewegung zu engagieren. Von 1899 bis 1902 studierte er Chemie in Riga, bevor er aufgrund seiner politischen Aktivitäten zwangsexmatrikuliert wurde. Im Winter 1905 nahm er an der gescheiterten Revolution in Russland teil, und musste im Frühjahr 1906 in sein erstes Exil nach Deutschland fliehen. Für kurze Zeit studierte er in Leipzig und Zürich Geschichte und Nationalökonomie, bevor er sich 1907 endgültig der Politik zuwandte. Im selben Jahr begann er seine journalistische Tätigkeit, u.a. für den „Vorwärts“ sowie das „Russische Bulletin“, das die sozialdemokratische Presse mit Artikeln zur Lage im Zarenreich versorgen sollte. In Deutschland nannte er sich Alexander Stein, verwendete für seine Texte aber auch mehrere weitere Pseudonyme. Bis zu seinem Tode galt sein Blick und sein politisches Engagement sowohl den Entwicklungen in Deutschland als auch in Russland.

Als Kriegsgegner schloss er sich während des 1. Weltkriegs der USPD an. Von 1918 bis 1922 arbeitete er als Redakteur der USPD-Zeitung „Freiheit“. Da er innerhalb der russischen Sozialdemokratie zum menschewikischen Flügel

gehörte, war eine Rückkehr nach der Oktoberrevolution in die UdSSR ausgeschlossen. Auf dem USPD-Parteitag in Halle 1920 stritt Stein gemeinsam mit Rudolf Hilferding und anderen gegen einen Beitritt der USPD zur Kommunistischen Internationale, und für den Erhalt einer eigenständigen linkssozialistischen Partei in Deutschland.<sup>1</sup> Von 1921 bis zu seinem Tod gehörte er der Redaktion des menschewikischen Exilblattes „Sozialistischer Bote“ an. Nach der Abstimmungsniederlage von Halle verblieb er zunächst in der Rest-USPD, bevor er 1922 zur SPD zurückkehrte, und eine Redakteursstelle beim „Vorwärts“ übernahm.

Von 1925 bis zum Verbot der SPD 1933 fungierte Stein als Sekretär des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit, und redigierte die Zeitschriften „Arbeiterbildung“ (später „Sozialistische Bildung“) sowie die Beilagen „Bücherwarte“ und „Sozialistische Erziehung“. In seiner Funktion als Bildungssekretär übernahm Stein auch zweitweise die Geschäftsführung für die Jungsozialisten, nachdem das alte Modell einer Geschäftsführung durch den Sekretär der SAJ aufgrund der Spannungen zwischen beiden Organisationen nicht mehr tragbar geworden war. Auf der Reichskonferenz der Jungsozialisten am 5. Juni 1927 in Dresden hielt Stein einen umjubelten Vortrag „Jungsozialisten und Arbeiterbewegung“, der später von der Reichsleitung der Jungsozialisten auch als eigene Broschüre veröffentlicht wurde.<sup>2</sup> Darin definiert er für die Jungsozialisten u.a. einen eigenen Bildungsauftrag sowie die Maßgabe, sich auch selbstbewusst in das

<sup>1</sup> Alexander Stein, Das Problem der Internationale, Berlin 1919.

<sup>2</sup> Alexander Stein, Jungsozialisten und Arbeiterbewegung, Berlin 1928.

politische Handeln der Partei einzumischen. Innerhalb der Sozialdemokratie blieb Stein auf dem linken Flügel verortet, redigierte aber seine Zeitschriften plural und unter Beachtung der unterschiedlichen Flügel innerhalb der SPD. Gerade die „Bücherwarte“ gibt noch heute einen beeindruckenden Überblick über die Vielfalt sozialistischen Denkens in der Weimarer Republik, aber auch über Kultur bis hin zu zeitgenössischen Filmkritiken. Zu Steins Themen gehörten u.a. die Ideengeschichte der Arbeiterbewegung<sup>3</sup> sowie die Leitlinien sozialdemokratischer Bildungs- und Schulungsarbeit.<sup>4</sup> Den Beschluss zur Auflösung des Jungsozialistenverbandes durch den SPD-Parteitag in Leipzig 1931 kommentierte Stein zurückhaltend und vor allem mit Blick auf die Aufgaben der sozialdemokratischen Bildungsarbeit.<sup>5</sup>

1933 den Nazis nur knapp entkommen, suchte Stein Exil in Prag. Seine Lebensgefährtin Elly, als Sekretärin der SPD-Reichstagsfraktion u.a. für das Archiv zuständig, und die 1927 geborene gemeinsame Tochter Hanna folgten 1934. In Prag betätigte Stein sich vor allem als Autor für die sozialdemokratische Exilpresse, während Elly als Mitarbeiterin der Jüdischen Telegraphen Agentur tätig war. Bereits im Februar 1934 wurde Stein die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt, so dass er bis an sein Lebensende „staatenlos“ blieb. Das gesamte Exil über begleiteten Stein auch seine erste Frau Tatiana sowie die gemeinsame Tochter Nina.

Nach dem Einmarsch deutscher Truppen 1938 floh die Familie weiter nach Frankreich. Auch in Paris betätigte sich Stein vor allem als politischer Journalist. In den beindruckend zu lesenden Erinnerungen seiner Tochter Hanna Papanek an ihre Eltern spielt die Zeit im fran-

zösischen Exil eine bedeutende Rolle.<sup>6</sup> Im August 1940 gelang es Stein, mit Unterstützung des amerikanischen Jewish Labour Committee, ein Visum für die USA zu erhalten. Im Dezember 1940 traf die kleine Familie dort ein. In den USA gelang es Stein nicht mehr, Fuß zu fassen. Zu anders war die amerikanische Arbeiterbewegung, zu wenig passten die dortigen Diskussionen und Debattenkulturen zu seiner marxistisch-linksozialistischen Prägung. Steins enger Freund Rudolf Hilferding schaffte die Flucht aus Frankreich nicht mehr. Steins letzte größere Veröffentlichung war eine im Auftrag des SPD-Parteivorstands geschriebene Würdigung Hilferdings im Jahr 1946.<sup>7</sup> Steins Geschwister überleben den Holocaust nicht.

Bis kurz vor seinem Tod arbeitete Stein an seinen eigenen Memoiren. Der überlieferte Text reicht bis zu seiner Flucht aus Russland im Jahr 1906. Ein mit Kurt Schumacher verabredetes Projekt zum Thema Nationalsozialismus und Antisemitismus konnte Stein nicht mehr ausführen. Auch die erhoffte Rückkehr nach Deutschland war ihm nicht mehr vergönnt. Stein starb am 19.12.1948 nach schwerer Krankheit in New York.

Obwohl Stein viel publizierte, sind heute nur noch wenige Texte greifbar. Umso verdienstvoller ist es, dass der çaira-Verlag nun Steins 1936 im Prager Exil geschriebenes Buch „Adolf Hitler, Schüler der ‚Weisen von Zion‘“ neu aufgelegt hat. Sehr instruktiv ist auch die von den beiden Herausgebern Lynn Ciminski und Martin Schmitt verfasste Einleitung. Diskussionswürdig sind allerdings die Einschätzungen zur zeitgenössischen Sozialdemokratie. Hier werden einige doch sehr verkürzte Verbindungslinien von den Diskussionen über

3 Vgl. Alexander Stein, Die Ideengeschichte des Sozialismus, in: Bücherwarte. Zeitschrift für sozialistische Buchkritik 2 (1926), S. 33 – 37; Max als Denker und Kämpfer, in: Vortrags-Material. Beilage zu „Sozialistische Bildung“ 1 (1933), S. 3 – 12.

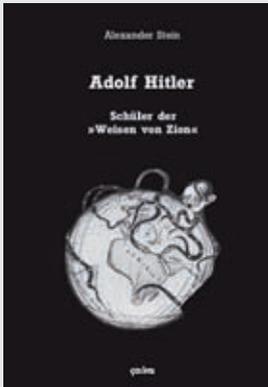
4 Vgl. Alexander Stein, Verstärkte Aktivität, in: Sozialistische Bildung, 11 (1930), S. 321 – 324.

5 Alexander Stein, Neue Aufgaben. Ein Nachwort zum Leipziger Parteitag, in: Sozialistische Bildung, 6 (1931), S. 161 – 164.

6 Vgl. Hanna Papanek, Elly und Alexander. Revolution, Rotes Berlin, Flucht, Exil – eine sozialistische Familiengeschichte, Bonn 2006; siehe auch dies., Alexander Stein (Pseudonym: Viator) 1881 – 1948, Socialist Activist and Worker in Russia, Germany, and Exile: Biography and Bibliography, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 30 (1994), S. 343 – 379.

7 Alexander Stein, Rudolf Hilferding und die Arbeiterbewegung, Hannover 1946.

**Alexander Stein**  
**Adolf Hitler, Schüler der**  
**„Weisen von Zion“**  
 Herausgegeben  
 von Lynn Ciminski und Martin Schmidt



Mit einem Geleitwort von Hanna Papanek  
 çaira-Verlag, Freiburg 2011  
 316 Seiten, 20 €

Staat und Nation in Teilen der SPD zum Verhalten der Partei während der Machtübertragung an die Nazis 1933 gezogen.

Die „Protokolle der Weisen von Zion“ wurden vor allem im deutschsprachigen Raum als Nachweis für die angeblichen geheimen Weltherrschaftspläne der Juden von antisemitischer Seite genutzt. Fabriziert von der zaristischen Geheimpolizei in Frankreich Ende des 19. Jahrhunderts, gelang recht schnell die Enttarnung des Textes als plumpe Fälschung. Im Jahr 1935 wurde dies auch im Rahmen eines Gerichtsverfahrens in der Schweiz bestätigt. Dies hinderte Antisemiten bis in die heutige Zeit nicht, sich trotzdem auf diese Schrift zu beziehen.

In seinem Buch verfolgt Alexander Stein vor allem eine andere Spur: Er sieht Hitler und die Nazis als gelehrige Schüler der in den „Protokollen“ beschriebenen Machttaktiken und

Machttechniken. Dazu montiert er lange Auszüge aus den „Protokollen“ selbst, aus ihren Quelltexten, aus Hitlers „Mein Kampf“ und aus weiteren Texten von ideologischen Weggefährten des Nationalsozialismushintereinander. Das Ergebnis ist frappierend: Die Texte wirken fast wie aus einem Guss. Genau um diesen Eindruck geht es Stein: Die Ähnlichkeit der Texte sei keinesfalls zufällig. Sie entspringe der Tatsache, dass der nationalsozialistische Diktaturstaat sein Vorbild im Frankreich des dritten Bonaparte, im russischen Zarismus und im fürstlichen Absolutismus des 15. und 16. Jahrhunderts habe.<sup>8</sup>

Mit seinem originellen Zugriff auf die „Protokolle der Weisen von Zion“ geht Steins Buch über eine zeithistorische Bedeutung hinaus, und macht es auch heute noch lesenswert. Für die zeitgenössische Debatte drehte es zentrale Argumente der Nazis gegen sie selbst. Zugleich bleibt es zwangsläufig auf einem Diskussionsstand aus der Zeit vor Beginn des Zweiten Weltkriegs und des Holocausts, und damit vor dem Hintergrund des tatsächlichen Ausmaßes nationalsozialistischen Terrors in der Einschätzung des Vernichtungswillens der Nationalsozialisten im Ergebnis geradezu dramatisch naiv.

Alexander Stein war eine bedeutende Persönlichkeit der Arbeiterbewegung. Sein Schicksal zeigt zugleich die ganze Tragik des Lebenswegs vieler Sozialistinnen und Sozialisten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Es wäre sehr zu wünschen, dass auch weitere Texte Steins zur politischen Ideengeschichte wieder zugänglich gemacht werden. ■

☞ Thilo Scholle ist Jurist, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Lünen.

<sup>8</sup> Alexander Stein, Adolf Hitler. Schüler der „Weisen von Zion“, Freiburg 2011, S.135f.

## Linkssozialismus – historisch-essayistische Betrachtungen zum Gedenken des 70. Geburtstages von Detlev Albers (†)

von Uli Schöler

Sind Sozialisten nicht sowieso links? Welchen Sinn kann es machen, daneben für bestimmte historische Situationen gar von *rechtskommunistischen* Strömungen oder Parteien zu sprechen? Gewiss, es ist eine arge Crux mit dieser „politischen Gesäßgeographie“, wie ich sie selber spöttisch nennen möchte, und doch kommen wir ohne sie nicht so ganz aus. Aber ist es nicht zugleich ein fragwürdiger Anachronismus, wenn ausgerechnet diejenigen Phasen der kommunistischen Parteigeschichte mit dem Begriff des Linken oder Ultralinken versehen werden, in denen sich die KPD am dogmatischsten und autoritärsten gebärdete, während die Opponenten dieses Kurses als Rechte bezeichnet werden? Und wie ist es zu bewerten, dass sich ausgerechnet viele sogenannte „Westlinke“ nach der deutschen Vereinigung ohne viel Federlesen in einer „Partei des demokratischen Sozialismus“ organisierten, von denen manche früher (wie den siebziger / achtziger Jahren) den Begriff des „demokratischen Sozialismus“ zu einer Schimäre erklärten? Schließlich sei der Sozialismus per se demokratisch, womit sie nur allzu notdürftig die miserablen Zustände des „real existierenden“ Sozialismus im anderen deutschen Staat zu camouflieren gedachten.

Wenn historisch-politisch von Linkssozialismus die Rede ist, dann dient dies zumeist als Sammelbegriff für die unterschiedlichsten Personen, Gruppen, Parteien und vor allem Ideen, die sich zu verschiedenen Zeiten zwischen den beiden großen Blöcken der Sozialdemokratie und des Parteikommunismus tummelten. In der von diesen beiden Lagern geprägten Historiographie wurden und werden diese Gruppen und Strömungen vielfach ignoriert oder in

ihrer Bedeutung kleingeschrieben. Sie repräsentieren offenbar gelegentlich eine als eher unangenehm wahrgenommene Herausforderung. Vereinfacht ausgedrückt: Aus der Sicht der offiziellen Sozialdemokratie galten sie häufig als linke Spinner mit teilweise kommunistischen Neigungen, in jedem Fall aber als Verirrung, der man (im Notfall) nur durch Parteiausschluss beikommen konnte. Auf kommunistischer Seite waren die Folgen zumeist gravierender: In den Phasen des Hochstalinismus blieb es nicht bei Parteiausschlüssen, da wurden linkssozialistische Anwandlungen mit den unterschiedlichsten Verdikten des Links- oder Rechtstrotzkismus wie der Verschwörung belegt und endeten – wenn es gut ging – im Lager, im schlimmsten Fall mit der Liquidation.

Füllen also die Geschichtsdarstellungen über die verschiedenen sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien (aus guten Gründen) ganze Bibliotheken, ist die Literatur über den Linkssozialismus noch „übersichtlich“. Wegweisend und noch immer unverzichtbar sind hier die von Wolfgang Abendroth in den sechziger Jahren angeregten Dissertationen über die verschiedenen Klein- und Zwischengruppen der Arbeiterbewegung insbesondere der Zwischenkriegszeit, veröffentlicht in den „Marburger Abhandlungen zur politischen Wissenschaft“.

### Wurzeln

Schon die Frage, wann denn der Beginn dieses definitorisch kaum einzugrenzenden Phänomens Linkssozialismus anzusetzen ist, ist nicht leicht zu beantworten. Gemeinhin wird er mit Rosa Luxemburgs Positionierung

im sog. Revisionismusstreit der Jahrhundertwende zum 20. Jahrhundert verortet, inhaltlich mit ihrer später als Broschüre unter dem Titel „Sozialreform oder Revolution“ zusammengefassten Artikelreihe verknüpft. Ich kann hier – dem begrenzten Umfang vorliegenden Textes geschuldet – nur eine arg vereinfachende (auch gegenüber konkurrierenden Positionen) Erläuterung dazu geben: Das Charakteristische ihrer Positionierung wird darin gesehen, dass sie im Gegensatz zu Bernsteinschem reformerischem Revisionismus und Kauskyscher orthodox-marxistischer Geschichtsteleologie die dialektische Beziehung von Reform und Revolution im Marxismus erneuert habe. Von sozialdemokratischer wie kommunistischer Seite wurde gegen diese Klassifizierung immer wieder der Einwand vorgebracht, sieerweise sich doch spätestens durch Luxemburgs Rolle als führendes Gründungsmitglied der *Kommunistischen Partei Deutschlands* zum Jahreswechsel 1918/1919 als obsolet. In dieser bipolaren Kritik wird jedoch gerne ausgeblendet, dass sie gar keine *kommunistische* Partei gründen wollte, sondern für die Namensgebung *Sozialistische Partei* eingetreten, damit aber unterlegen war.

Es dürfte überraschen, dass ich jenseits des genannten Ausgangspunktes bei Rosa Luxemburg zusätzlich an einen früher liegenden Vorgang erinnern möchte, der ebenso unter dem Gesichtspunkt linkssozialistische Wurzeln und Ursprünge verortet werden könnte. Es ist die heute weitgehend vergessene Auseinandersetzung einer die „Jungen“ genannten Oppositionsströmung mit der sozialdemokratischen Parteiführung in der Zeit des Sozialistengesetzes. Diese führte schließlich auf dem berühmten Erfurter Parteiparteitag von 1891 zum Parteiausschluss der Gruppe. Sie ist der Auftakt eines durchaus klassisch zu nennenden Paradigmas in der Geschichte der Sozialdemokratie: Aufbegehrende (häufig linkssozialistisch inspirierte) jüngere Parteimitglieder werden in ihr eher widerwillig ge-

duldet, wachsende Konflikte schlussendlich lieber administrativ als diskursiv gelöst.

### Eine linkssozialistische Massenpartei: die USPD

Ein solcher Vorgang administrativer Konfliktbeantwortung wiederholte sich mit weitaus gravierenderen Folgen 1917. War die Zahl der entschiedenen Kriegsgegner und Verweigerer von Kriegskrediten in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei Ausbruch des Krieges 1914 noch klein gewesen, so wuchs sie in den Folgejahren kräftig an, umfasste auch einen der beiden Parteivorsitzenden, Hugo Haase. Dies hielt die Mehrheit der Fraktion allerdings nicht davon ab, ihre Minderheit auszuschließen, so dass diese sich erst daraufhin zu einer eigenen Parteigründung als USPD genötigt sah. In ihr fanden sich – Ironie der Geschichte – schließlich alle drei intellektuellen Köpfe und Protagonisten des Streites der Jahrhundertwende wieder: Eduard Bernstein, Karl Kautsky und Rosa Luxemburg. Nach wenigen Jahren drohte diese neue, zweifellos linkssozialistische Formation sogar der MSPD genannten Mutterpartei mit Blick auf Mitglieder und Wählerschaft den Rang abzulaufen. In Deutschland ist sie das einzige historische Beispiel einer linkssozialistischen Massenpartei.

Schon der Blick auf die genannten Protagonisten verdeutlicht (ungeachtet des weiteren Fortgangs des Zerriebenwerdens der USPD zwischen MSPD und KPD), dass sie sich ihrem Kern und ihrem Ursprung nach aus *linkssozialdemokratischen* Wurzeln speiste. Umso mehr muss es erstaunen, wenn die SPD (mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung) im Jahr ihres 150-jährigen Bestehens eine Ausstellung auf die Reise schickt, die als Blickfang durch ein Plakat mit der Unterzeile „Wählt mehrheitssozialdemokratisch“ beworben wird. Das wird den ehemaligen Parteivorsitzenden von SPD wie *Die Linke*, Oskar Lafontaine, gefreut haben. Sieht er doch seine

ehemalige Partei gerne in der Tradition der bösen „Kriegstreiber“ und seine jetzige in der der guten „Kriegsgegner“.

Das Schicksal der USPD ist allerdings auch von kommunistischer Seite aus betrachtet paradigmatisch für das Schicksal des Linkssozialismus in Deutschland. Neben ihr war und blieb die junge KPD zunächst eine kleine Sekte. Erst die in die USPD hinein getragenen (aber auch in ihr selbst entstehenden) Auseinandersetzungen um einen möglichen Zusammenschluss mit oder Anschluss an die bereits gegründete Kommunistische Internationale (verbunden mit der Frage des Verhältnisses zu Sowjetrußland) zerschlug den inneren Zusammenhalt der verschiedenen, durchaus heterogenen Strömungen. Lenins 21 Anschlussbedingungen bilden bis heute ein Schlüsseldokument für die konzeptionelle Ausprägung eines autoritären Parteikommunismus, dem sich eine Mehrheit der USPD-Parteitagssdelegierten und -funktionäre gleichwohl zumindest vorübergehend freiwillig unterwarf. Hunderttausende Mitglieder gingen diesen Weg jedoch nicht mit, verschwanden in politischer Apathie und Frustration (was in den jeweiligen Erfolgsbilanzen keine Erwähnung findet). Nur ein kleiner Rest der Partei vereinigte sich 1922 erneut mit der MSPD zur Vereinigten Sozialdemokratischen Partei, unter ihnen einer der der großen Köpfe des Weimarer Linkssozialismus, der Nachfolger Rosa Luxemburgs im Parteivorsitz der KPD, Paul Levi.

Noch als Vorsitzender der KPD hatte er deren linkskommunistische Strömungen hinausgedrängt, die sich als KAPD neu organisieren mussten. Als er die putschistische Politik seiner Partei Anfang der 20er Jahre offen kritisierte, wurde er mit Hilfe und Billigung Moskaus selbst ausgeschlossen, obwohl ihm Lenin in der Sache Recht gab. Seine Kommunistische Arbeitsgemeinschaft (KAG), die sich später mit der Rest-USPD vereinigte, ist gewissermaßen die erste „rechtskommunistische“ Parteiformation in Deutschland gewesen.

## Weimarer Linkssozialisten und „antiautoritäre“ Jugend

Bis heute fast unbemerkt von all dem vollzog sich ein anderer Formierungsprozess mit linkssozialistischen Einsprengseln im Bereich der politisierten Jugend. Schon der Gründungsprozess der proletarischen Jugendbewegung innerhalb der Sozialdemokratie zu Anfang des Jahrhunderts war stark paternalistisch geprägt gewesen. Schon bald nach der Revolution entstanden die parteibezogenen Jugendverbände SAJ, FPJ und KJ, von der nur die der USPD nahestehende Freie Proletarische Jugend noch länger ihre relative Autonomie erhalten konnte. Für SAJ und KJ wurden bald die Zügel durch ihre Mutterparteien wieder eng angezogen. Eine nicht unbedeutende Zahl proletarischer wie nach links driftender bürgerlicher Jugendlicher verweigerte sich dieser Entwicklung und organisierte sich in sog. *freisozialistischen* Bündeln und Verbänden. Hier wurden so unterschiedliche politische Köpfe wie der Maler Heinrich Vogeler, der Germanist Hans Mayer oder der Wissenschaftler Wolfgang Abendroth politisch sozialisiert. Die Geschichte dieser heute weitgehend vergessenen Verbände muss aber erst noch geschrieben werden.

Trotz partiell beißender Kritik Paul Levis schien das Heidelberger Programm der vereinigten SPD von 1925 die verschiedenen Flügel und Gruppen innerhalb der Sozialdemokratie zusammenhalten zu können. In ihr wirkten religiöse Sozialisten und Freidenker, militante „Rechte“ und pazifistische Linke, national wie international ausgerichtete Sozialisten. Die eher links orientierten Köpfe und Gruppen orientierten sich an Zeitschriften wie Paul Levis spw bzw. dem „Klassenkampf“. Als der nächste größere Konflikt am Horizont auftauchte, wurde auch dieser administrativ und nicht im Sinne möglicher Kompromissfindung gelöst. Ihre Kritik am Bruch des Wahlversprechens „Kinderspeisung statt Panzerkreuzerbau“ bezahlten die Reichstagsabgeordneten Rosenfeld

und Seydewitz schließlich mit dem Parteausschluss. So kam es 1931 erneut zur Gründung einer linkssozialistischen Partei, der SAPD, der auch der junge Willy Brandt angehörte. In ihr wirkten eine ganze Reihe der interessantesten Köpfe sozialistischer Intelligenz dieser Periode, genannt seien nur beispielhaft Anna Siemsen und Fritz Sternberg. Andere kluge linkssozialistische Köpfe wie Arkadij Gurland oder der ehemalige Juso-Vorsitzende Franz Lepinski verblieben hingegen in der SPD.

### Ein Kontrastprogramm: der Austromarxismus

Während die SAPD zwar intellektuell inspirierend war, im politischen Sinne aber eine Sekte blieb, fand ein anderer Traditionsstrang des Linkssozialismus im deutschsprachigen Raum einen völlig anderen Nährboden. Das, was sich nach der Jahrhundertwende als intellektueller Zirkel gründete und später unter dem schillernden Begriff des „Austromarxismus“ zusammengefasst wurde, blieb während der gesamten Periode der zwanziger und dreißiger Jahre legitimer Teil, wenn nicht gar prägende Kraft der österreichischen Sozialdemokratie. Sie konnte anders als die deutsche auch im und nach dem Krieg ihre Parteinheit trotz vergleichbarer Kontroversen bewahren, was die KPÖ auf Dauer zu einer Kleinstpartei ohne nennenswerten Einfluss marginalisierte.

Retrospektiv umstritten ist deshalb allenfalls, ob es legitim ist, den Begriff Linkssozialismus auch auf den zwar nicht formellen, aber faktischen Parteiführer Otto Bauer zu erstrecken, sprich: Ob man ihn nicht überdehnt, wenn damit auch die „offizielle“ Sozialdemokratie unter diese Begrifflichkeit fällt. Stellt man aber in Rechnung, dass linkssozialdemokratisch bzw. linkssozialistisch historisch betrachtet kaum zu unterscheiden sind, oft nicht theoretisch definiert, sondern nur durch organisatorische Entscheidungen (Einheit oder Ausschluss) beeinflusst waren, dann zeigt sich die Vergeblichkeit dieses Unterscheidungsversuchs. Das wird auch deutlich, wenn man

einen der wichtigsten Quellentexte, Max Adlers „Linkssozialismus. Notwendige Betrachtungen über Reformismus und revolutionären Sozialismus“ von 1933 liest. Er enthält die klassisch zu nennende Abgrenzung nach beiden Seiten – zum Nur-Reformismus und Pragmatismus der sozialdemokratischen Rechten wie zur Moskauhörigkeit und zum Putschismus des Bolschewismus. Ansonsten sind für ihn linkssozialdemokratische bzw. linkssozialistische Positionierungen identisch.

Diese Sichtweise wird auch durch einen Blick über den Tellerrand des deutschsprachigen Raums unterstützt: Auch die ins Exil gezwungenen russischen Sozialdemokraten (die Menschewiki) um Julius Martow und Theodor Dan vertraten in der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI) linkssozialistische Positionen, die denen der österreichischen Sozialdemokratie glichen.

### Linkssozialismus und Rechtskommunismus

Wie wenig fruchtbar Versuche wären, mit Blick auf diese historischen Prozesse genauere definitorische Abgrenzungen zwischen linkssozialdemokratisch, linkssozialistisch oder rechtskommunistisch vorzunehmen, beweist nicht nur der Fall Paul Levi, sondern zeigt auch das Schicksal eines Teils der 1928/29 aus der KPD hinausgedrängten KPO-Mitglieder. Hier entstand ebenfalls „unfreiwillig“ eine neue Parteiformation aus kommunistischen „Urgesteinen“, die nicht bereit waren, den Kurs der Gewerkschaftsspaltung (RGO) und des „Sozialfaschismus“ nicht mitzugehen. Deren Minderheit um Paul Frölich und Jakob Walcher (der vorübergehend als eine Art Mentor erheblichen Einfluss auf Willy Brandt gewann) vereinigte sich nämlich im Exil mit der SAPD und spielte in ihr eine gewichtige Rolle. Generell lässt sich sagen, dass diese Grenzen nach 1933 mit der kampflösen Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung nochmals fließender wurden. Es entstand ein bunter Strauß von Gruppen und Kleinstparteien, die von SPD

wie KPD gleichermaßen enttäuscht waren, die sich aber alle im politischen Spektrum dessen bewegten, was hier als Linkssozialismus beschrieben wird: SAPD, KPO, Rote Kämpfer, Revolutionäre Sozialisten, Neu Beginnen, Sozialistische Aktion, ISK usw.

Die Rolle der Sowjetunion im Spanischen Bürgerkrieg, die Moskauer Prozesse und die Stalinschen Massenmorde sowie der Hitler-Stalin-Pakt markierten für viele Linkssozialisten (und ehemalige Kommunisten) das Ende früherer Hoffnungen auf einen positiven Wandel in und mit der Sowjetunion. Sie setzten nun auf eine von Moskau unabhängige sozialistische Einheitspartei. Für sie konnte dies aber zugleich nicht der Weg der ostdeutschen SED sein. Deshalb schlossen sich viele von Ihnen, manch einer durchaus mit Bauchschmerzen, im Westen (wieder) der Sozialdemokratie an. Genannt seien nur gewerkschaftliche und intellektuelle Persönlichkeiten wie Otto Brenner, Kuno Brandel, Jakob Moneta, Ossip Flechtheim, Fritz Lamm oder Wolfgang Abendroth. Ihren intellektuellen Zusammenhalt organisierten sie z. T. über kleine Zeitschriften wie den „Funken“ oder die „Sozialistische Politik“, in der ein starker trotzkistischer Flügel präsent war. Neben einzelnen Bastionen linkssozialistischer Prägung in Einzelgewerkschaften des DGB entwickelte sich entsprechendes Gedankengut darüber hinaus vor allem im parteinahen Studentenverband, dem SDS.

## Wiederholung administrativer „Scheinlösungen“

1961 fasste die SPD ihren Unvereinbarkeitsbeschluss gegenüber dem SDS und seinem Förderkreis. Dieser Schritt markiert nicht nur den Auftakt zu einer erneuten Periode der *administrativen* Umgangsweise der sozialdemokratischen Führung mit linkssozialistischem Aufbegehren in Organisationen der Jugend und Studenten. Er kennzeichnet auch einen Trennungspunkt zu einer ganzen Reihe linker Intellektueller, die den Weg der Partei bislang

kritisch-unterstützend begleitet hatten. Über die bereits Genannten hinaus seien hier nur noch exemplarisch Jürgen Habermas, Oskar Negt oder Jürgen Seifert erwähnt. Dass sich die SPD viele Jahre später, 1988, per einstimmigem Präsidiumsbeschluss von dieser Entscheidung der frühen sechziger Jahre distanziert hat, sie als historischen Irrtum bezeichnete, wird aber bis heute kaum zur Kenntnis genommen. Der Trennung des Jahres 1961 folgte 1972 der Namensentzug „sozialdemokratisch“ für den zunächst eher parteifrommen Nachfolgerverband SHB, der sich in *Sozialistischer Hochschulbund* umbenennen musste. In diese Reihe administrativer Disziplinierungen gehört ebenso der oftmals autoritäre Umgang mit dem Jugendverband der Jungsozialisten in den siebziger Jahren, der es angesichts des Brandtschen Diktums von „mehr Demokratie wagen“ vorübergehend zu beachtlicher Attraktivität gebracht hatte. Sie gipfelte schließlich im Ausschluss ihres Bundesvorsitzenden Klaus Uwe Benneter im Jahre 1977. Wie so oft ereignet sich auch hier die Ungleichzeitigkeit in der Geschichte. Das Ende der 70er Jahre markiert nämlich zugleich den Beginn eines neuen intellektuellen linkssozialistischen Aufbruchs auf beiden Seiten der großen Parteiblöcke der Arbeiterbewegung: der Entstehung eurokommunistischer Parteien im kommunistischen Lager, die ihren „Ziehvater“ Antonio Gramsci wiederentdeckten, und der Renaissance des austromarxistischen Gedankenguts auf Seiten der sozialdemokratischen Linken, an dessen Zustandekommen der verstorbene Detlev Albers einen entscheidenden Anteil hatte.

Zur gleichen Zeit entstanden neue außerparlamentarische Bewegungen, die sich mit den Themen Frieden, Atomkraft und Frauenemanzipation auseinandersetzten. Ihre Mitglieder trafen auf eine SPD, die angesichts der Phase organisatorischer Disziplinierung allerdings für jüngere Menschen nicht mehr sonderlich attraktiv war. Deshalb verwundert es nicht, dass sich – neben anderen theoretischen Wurzeln – durchaus auch intellektuel-

le Einflüsse des Linkssozialismus in den ersten beiden Jahrzehnten der neuen Partei der Grünen feststellen lassen (man denke nur an Ossip Flechtheim oder Elmar Altvater in Berlin).

### Und heute?

Nach dem großen Epochenbruch der Jahre nach 1989 dürften allerdings jedem nur einigermaßen reflektierten Intellektuellen die Begrifflichkeiten des zwanzigsten Jahrhunderts nur noch mit Zögern über die Lippen kommen. Mit dem Zusammenbruch der Systemalternative des sowjetischen Staatssozialismus und den weltweiten sozio-ökonomischen Strukturveränderungen fällt es sicher nicht mehr ganz so leicht, heute eine linkssozialdemokratische oder linkssozialistische Position zu identifizieren, in der sich die „große“ Systemalternative eines demokratischen oder freiheitlichen Sozialismus intellektuell wie programmatisch widerspiegelte. Die SPD als Ganze bekennt sich zwar programmatisch weiter zu ihrer Tradition eines „demokratischen Sozialismus“, aber dies liest sich – was nicht verwundern kann – etwa im Hamburger Programm von 2007 weit weniger optimistisch als noch im Berliner Programm von 1989. Diskursiv-anspruchsvolle Angebote intellektuell-linkssozialistischer Strömungen in der Sozialdemokratie, die über diesen Programmkonsens hinausgehen, kann ich kaum erkennen. Von den linkssozialistischen Wurzeln der Grünen sind allenfalls kleine Restbestände verblieben. Die Partei Die Linke beherbergt unter ihrem Dach linksliberale, sozialdemokratische, linkssozialistische wie autoritär-kommunistische Strömungen und Gruppen, die vielfach wenig miteinander gemein haben. Sie können allerdings so lange gut miteinander „friedlich koexistieren“, wie sich die Partei als ganze in der Haltung des „Wir gegen Alle“ bewegt.

Ein kurzes Fazit: Die – eher traurige – Geschichte des deutschen Linkssozialismus ist eng mit der Fähigkeit der jeweiligen sozialdemokratischen Führungen (aber auch der der

kommunistischen Seite) verwoben, kritische Potentiale der Jugend und der Intelligenz auszuhalten und integrieren zu können oder zu wollen. Da wo dies gelang, hatte die Sozialdemokratie (wie das Beispiel Österreichs zeigt) eine durchaus beachtliche Attraktivität auch über die eigene Stammklientel hinaus. Gelingt ihr diese diskursive wie politische Integrationsaufgabe nicht, erhöht sich das Angebot an konkurrierenden Parteien und Gruppen im linken Spektrum. Angesichts des Wegfalls vieler vermeintlicher Gewissheiten einer vergangenen Periode könnte es sein, dass dies auch noch für eine längere Zeit den *Normalzustand* darstellt. ■

### Ausgewählte weiterführende Literatur:

- Albers, Detlev u. a. (Hrsg.), Otto Bauer und der „Dritte Weg“. Die Wiederentdeckung des Austromarxismus durch Linkssozialisten und Eurokommunisten, Frankfurt/New York 1979
- Albers, Detlev u. a. (Hrsg.), Perspektiven der Eurolinken, Frankfurt/M. 1981
- Baumgarten, Jürgen, Linkssozialisten in Europa. Alternativen zu Sozialdemokratie und kommunistischen Parteien, Hamburg 1982
- Buschak, Willy, Das Londoner Büro: Europäische Linkssozialisten in der Zwischenkriegszeit, Amsterdam 1985
- Franzke, Michael/Rempe, Uwe (Hrsg.), Linkssozialismus. Texte zur Theorie und Praxis zwischen Stalinismus und Sozialreformismus, Leipzig 1998
- Kinner, Klaus (Hrsg.), Die Linke – Erbe und Tradition. Teil 2: Wurzeln des Linkssozialismus, Berlin 2010
- Krause, Hartfrid, USPD, Frankfurt/M. 1975
- Kritidis, Gregor, Linkssozialistische Opposition in der Ära Adenauer. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 2008
- Merchav, Peretz, Linkssozialismus in Europa zwischen den Weltkriegen, Wien 1979
- Niemann, Heinz (Hrsg.), Auf verlorenem Posten? Linkssozialismus in Deutschland, Berlin 1991

☞ Uli Schöler (\*1953) ist Professor für Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin. Er arbeitet hauptberuflich im Deutschen Bundestag. Der Text gibt ausschließlich seine persönliche Auffassung wieder. ulrich.schoeler@bundestag.de

## Rezension: Anerkennung als Schlüssel zur Lösung von Vereinbarkeitskonflikten

von Anne Goedicke

Für immer mehr Paare in Deutschland ist das Modell des männlichen Familienernähers nicht mehr attraktiv und zukunftssicher. Sie suchen nach Formen des Lebens, Liebens und Arbeitens, die auf gemeinsamer Verantwortung für Einkommen, Haus- und Fürsorgearbeit beruhen. Dabei stoßen sie auf jede Menge Widersprüche: eine Familienpolitik, die zwischen Kita-Ausbau und „Herdprämie“ pendelt; eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik, die private Verpflichtungen ausblendet; Arbeitgeber, die trotz Fachkräftengpässen Allzeitverfügbarkeit erwarten; Unternehmen, die Subjektivität einfordern, ohne dies mit der Wertschätzung von Persönlichem zu verbinden. Unter Bedingungen doppelter Erwerbsbeteiligung den eigenen Ansprüchen an die Paarbeziehung, an die Kindererziehung und an andere private Engagements gerecht zu werden, wird in vielen Paaren als konfliktträchtiger Balanceakt und chronische Überforderung erlebt. Es ist jedoch für Betroffene wie für Beobachter oft schwer, zu verstehen, wie sich die Benachteiligungen, Frustrationen und strukturellen Blockaden abbauen lassen, die vor allem Frauen, aber auch Männer, dabei in vielfacher Hinsicht erleben.

Christine Wimbauer untersucht Doppelkarrierepaare, die mit eingeschränktem Erfolg Erwerbsarbeit und Privatleben aufeinander abstimmen. In den Paar- und Einzelinterviews ihres Buches werden die Arrangements des Arbeitens und Lebens mit ihren längerfristigen Folgen für die Paarbeziehung, die Qualität des Familienlebens und die Karrierechancen beider Partner behandelt. Wimbauer bietet für das Verständnis der komplexen Zusammenhänge von Arbeiten und Leben eine komprimierte und überzeugende Interpretation an: Es sind *Anerkennungsprobleme*, mit denen



es Personen in Paarbeziehungen und Paare in der Gesellschaft zu tun haben. Anerkennung wird dabei in doppelter Weise als Schlüsselkategorie für das Verständnis ungleicher Lebenschancen reklamiert: Sie ist als erstrebenswertes, dabei aber systematisch und strukturiert ungleich verteiltes, soziales Gut selbst „eine zentrale *Dimension* sozialer Ungleichheit“ (S. 339). Zum anderen bestimmen nach Wimbauer, Anerkennungsordnungen als *Determinante* auch andere Ungleichheiten. Auch hinter Zeit- und Geldknappheiten, die Personen oder Paare erleben, stecken letztlich Anerkennungsprobleme.

Um welche Anerkennung geht es? Mit Bezug auf Axel Honneth identifiziert die Autorin drei relevante Sphären, in denen Anerkennung in unterschiedlicher Weise gezollt wird:

Paarbeziehungen, Arbeitsorganisationen und das Rechtssystem (das vor allem im Hinblick auf sozialstaatliche Regelungen thematisiert wird). Konzeptionell wie empirisch verdeutlicht Wimbauer die Unverzichtbarkeit emotionaler und affektiver Zuwendung, die Menschen in sozialen Nahbeziehungen als konkrete einzigartige Personen erfahren (sollten). Diese Anerkennungsform kennzeichnet Paare, Familien und Freundschaften und ist essentiell für individuelle Entwicklung. Sie kann auch nur scheinbar und sehr zeitweilig durch die Anerkennung von Kolleginnen und Chefs ersetzt werden. Denn das Erwerbssystem mit seinen institutionalisierten Arbeitsteilungen, erkennt Personen (nur) für konkrete Leistungen an. Rechtsbeziehungen schließlich definieren Personen als universell Gleichzubehandelnde und in gleicher Weise moralisch Zurechnungsfähige (S. 41).

Im ersten Drittel des 409 Seiten umfassenden Buches entwickelt Wimbauer ihren anerkennungstheoretischen Ansatz und rezipiert die vorliegende Forschung über Geschlechterungleichheit und Paarbeziehungen. Ihr Konzept ist relational, betrachtet also Frauen und Männer in Paarbeziehungen. Es richtet den Blick auch auf Entgrenzungstendenzen zwischen den Anerkennungssphären in modernen Gesellschaften. Des Weiteren wird der historische Wandel der drei Anerkennungssphären nachgezeichnet.

In sechs exemplarischen Fallrekonstruktionen von Doppelkarrierepaaren im Mittelteil des Buches befasst sie sich mit dem Verhältnis von Liebe und Leistung in den Paarbeziehungen und rekonstruierten Anerkennungsverhältnissen. Dabei wird eindrucksvoll deutlich, wie massiv scheinbar private Arrangements der Paare dadurch vorstrukturiert werden, wie der Sozialstaat, die Unternehmen und Vorgesetzte in ihren Personal- und Leistungspolitiken Anerkennung zollen. Die Erfahrungen der Paare illustrieren die im abschließenden Teil des Buches als „Tücken“ be-

schriebenen Eigenarten von Anerkennung: ihre Verweigerbarkeit, die Geschlechtsspezifität von Anerkennungschancen und die Gefahren des Ausdünnens sozialer Nahbeziehungen durch subjektivierte Arbeit und das damit verbundene emotionale Engagement in der Erwerbssphäre.

Für die Forschung über Paare und die Forschung zu Wechselbeziehungen zwischen Arbeit und Leben ist Wimbauers Buch ein Glücksfall wegen seines in dieser Reichweite seltenen theoretischen Perspektivengewinns. Für die Etablierung der anerkennungssoziologischen Perspektive in der Ungleichheitsforschung bleibt einiges zu tun. Nicht zuletzt sind weitere empirische Untersuchungen nötig, obwohl das Buch bereits auf die Ergebnisse der von der Autorin geleiteten Emmy-Noether-Nachwuchsgruppe „‘Liebe’, Arbeit, Anerkennung – Anerkennung und Ungleichheit in Doppelkarriere-Paaren“ aufbauen kann.

Das Werk ist keine „leichte Kost“. Es ist unpräzise, aber dicht geschrieben. Ans Herz gelegt sei es aber explizit auch jenen, die sich weniger für grundlagentheoretische Diskurse als für praktische Politik interessieren. Im letzten Drittel diskutiert Wimbauer Zukunftsperspektiven einer gerechten Familien- und Beschäftigungspolitik sowie notwendige Veränderungen in privaten und in Arbeitsbeziehungen. Politische Vorhaben tangieren immer auch Anerkennungsordnungen. „Umverteilung von Anerkennung!“ lautet das Fazit dieses Buches. Veränderte Anerkennungsverhältnisse sind der Schlüssel, um Frauen und Männern einen gleichberechtigten Zugang zu qualifizierter Erwerbsarbeit und zu erfüllten privaten Beziehungen zu ermöglichen. ■

☞ Dr. Anne Goedicke ist Soziologin und arbeitet am Landesinstitut für Arbeitsgestaltung des Landes Nordrhein-Westfalen

## Erwiderung auf Benjamin Mikfeld und Jan Turowski

von Tim Rohardt

Die Überlegungen zur strategieorientierten Diskursanalyse, die von Benjamin Mikfeld und Jan Turowski in der spw 196 eine Weile vor der Bundestagswahl in 2013 dargelegt wurden, betreffen ein in meinen Augen essentielles Thema, über das in der Praxis der Politik noch immer zu wenig nachgedacht wird. „Wir müssen Begriffe setzen“, „Wir haben keine Begriffe!“ – so debattierten wir mal im Frühjahr im Berliner Walden – aber hinter Begriffen steckt viel mehr.

Als ich den Artikel von Benjamin und Jan las, fühlte ich mich bestätigt. Mir kamen aber auch ein paar zusätzliche Gedanken hinsichtlich der Konzepte *Begriffe*, *Sprechakte* und *Dispositive*, die aber so von den Autoren nicht thematisiert werden.

Da ist beispielsweise das *Bezeichnete*, d.h. die Sache selbst, die durch Sprache bezeichnet wird und die auch aus sich selbst heraus ein Zeichen setzt. Die Autoren verweisen in diesem Sinne auf Praktiken und Institutionen, die, so sehe ich die Sache, oft für sich sprechen und keinen bestimmten Akteur kennen, der seine Handlungen strategisch vollzieht.

Bei etwas Gesprochenem und Praktiziertem davon auszugehen, dass es ohne Akteur auskommt, soll hier nur die radikale Position verständlich machen. Danach kann Kommunikation auch etwas sein, das ohne Einfluss des ursprünglichen Sprechers Adressaten und Verständnis „findet“ und sich reproduziert und, ja, institutionalisiert.

Das heißt, die Sache, aus der eine Kommunikation hervorgeht, wurde möglicherweise strategisch und bewusst in die Welt gesetzt – aber von den Akteuren dort gewissermaßen vergessen oder nicht erneut strategisch behandelt, neu gedeutet oder beseitigt.

„Die Gesellschaft“ redet schon wieder über etwas Neues, zum Beispiel, dass es uns in Deutschland verdammt gut geht – während beispielsweise die Adressaten der Grundsicherung über ihre Erfahrungen schließlich nur noch schweigen.

Das, was nicht gesagt wird oder das, was gerade keine Geltung hat, gehört wohl zur Ordnung der diskursiven Dinge genauso, wie der hochsymbolische Schritt auf der diskursiven Bühne des politischen Streites.

Auf der Bühne geht es darum, dass schließlich etwas Geltung bekommt, dass es mithin legal, legitim, verständlich, wahrhaftig und auch wahrheitsgemäß sowie richtig zustande kommt oder eben unabhängig von Wahrheit und Richtigkeit Geltung erlangt.

Klaus Wiesehegel sprach am Anfang des Wahlkampfes davon, dass die Agenda 2010 auf den Prüfstand gehöre. Schließlich war davon nichts mehr zu hören, oder es hieß plötzlich, dass die ganze Sache ja inzwischen ein alter Hut sei.

Das, was Klaus gemacht hat, war ein hochsymbolischer Schritt auf der politischen Bühne.

Es handelte sich um einen Sprechakt mit Verweis auf eine möglicherweise differente Zukunft und Referenz auf eine große Gruppe Betroffener, mancher würde sagen „Entrechteter“. Der Schritt hatte aber, so scheint es jetzt, kein Konzept. Der plötzlich mögliche Diskurs kam zu keinem Text.

Vielleicht handelt es sich bei der ganzen Sache um einen alten Hut. Aber in den Schreiben der Arbeitsagentur existiert ein fortgeschriebenes Zeichen von Kostendruck und

Entsolidarisierung, von Zwanghaftigkeit und polizeistaatlicher Wortwahl. In den Verfahren um kleinste Geldbeträge und Verstöße gegen Auflagen werden Bürgerinnen und Bürger, „Kundinnen und Kunden“ so entwürdigt.

Das, was zu Hartz 4 in den Wahlprogrammen geschrieben steht, hätte ausgereicht, die notwendige Debatte zu führen. Und diese Debatte sollte sich in meinen Augen nicht um die Erhöhung der Leistung drehen, und noch viel weniger um eine Sanktionslosigkeit der Grundsicherung, quasi ein bedingungsloses Grundeinkommen ohne jede entsprechende, spannende Diskussion, sondern um das Verwaltungshandeln, dessen Prinzipien und dessen Unzulänglichkeiten ohne Not Schicksal und Verbitterung oder auch zynisches und illegales Verhalten mit erzeugt.

In der Sprechakttheorie gibt es mit Bezug auf bestimmte Begriffe, wie zum Beispiel den der Sicherheit, die Ansicht, dass die Folge eines Sprechaktes die Strukturierung und Ordnung sozialer Verhältnisse ist.

In dem hier angeführten Beispiel ist es wohl so, dass die Struktur und die Ordnung, die erzeugt wurde, nun ohne weitere Aussprache weiterexistiert.

Auf der rein fachlichen Ebene und auch für die politische Auseinandersetzung innerhalb der Partei ist das unzutreffend. Für den Diskurs, der diese Sprache ermöglicht hat, die Policy, die Metaebene, das Symbol und die besagte Bühne ist das jedoch leider so, auch wenn wir meinen, aus Fehlern gelernt zu haben – auch wenn Konzepte wie „fairer Arbeitsmarkt“ oder „Neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt“ in Umlauf sind. Es ist auch nicht ausgeschlossen, dass wir bereits alles Richtige beschlossen haben. Vielleicht verkörpern bloß Spitzenleute dieser Partei keinen dieser Schritte – auch weil ihnen die entsprechende Erfahrung fern liegt, vor dem Nichts zu stehen, Sanktionen zu erfahren, kriminalisiert und marginalisiert zu werden.

Das ganze Ding ist eben kein aktualisierbares Problem mehr, dessen Lösung etwas Neues sein könnte – es sei denn, ein „Sprecher“, der über die Kapazität verfügt, einen Unterschied zu erzeugen, nimmt sich der Sache an. Vielleicht gab es nicht die entsprechende Akzeptanz oder Resonanz – keine Ahnung, woran es gelegen hat, dass den alten Hut keiner haben wollte.

Wenn es jedoch daran liegt, dass wir als SPD in einem selbst konstruierten Resonanzkörper sitzen, in dem bestimmte Dinge Geltung haben, weil sie mit dem Wissen und der Narration zusammenpassen, die wir ohne Realitätsbezug als Parteisprachlichkeit erlernen und reproduzieren, dann ist dieser kleine theoretische wie praktische Verweis notwendigerweise Teil einer Wahlanalyse.

Die Analyse kann doch in erster Linie nur heißen, dass wir verloren haben – und zwar auch im Sinne der bemühten Semantik.

„Das Wir entscheidet“. Ich persönlich habe die Botschaft daran nicht verstanden. Wir sind „irgendwie für soziale Gerechtigkeit“. Das ist das, was bei mir angekommen ist, wenn ich meine Insiderperspektive aufbebe.

Es ist sicher vollkommen richtig, über Leiharbeit, gute Arbeit und das Rentenniveau im Einzelnen auf der Bühne zu sprechen. Aber welches Zeichen kann den Apparat an fehlerhafter Praxis und Ungerechtigkeit bei den Betroffenen im ALG-II-Bezug ablösen, wenn nicht ein durchdachter neuer Text, der auch breit diskutiert wird und gleichberechtigt neben die anderen Diskussionsansätze tritt. „Die Umsetzung“, „die Kosten“, „ach,... geht ja nicht.“

Wir haben einen Text, natürlich, wir bräuchten nicht sprachlos zu sein, aber das Thema wurde an einem wunden Punkt mit Schweigen versehen.

Mir kommt der ganze Laden manchmal blockiert vor, verstrickt in gängige, nur tole-

rierte und ignorierte Denkansätze. Wir fragen nicht mehr tatsächlich nach dem Inakzeptablen und Akzeptablen draußen, sondern wir sind nach innen eingekehrt. Wir basteln uns immer wieder eine passende Erklärung zu den Signalen der Umwelt – so dass wir schließlich immer die richtige Antwort haben ohne ihren Inhalt wesentlich ändern zu müssen. So sind wir nun „irgendwie“ die Partei „für mehr soziale Gerechtigkeit“.

Ich finde den Vorschlag, über strategische Diskursanalyse zu sprechen, gut. Die Vorlage

eines Analyse-Konzepts ohne programmatischen Inhalt durch Benjamin und Jan ist ein guter Schritt – ich habe nun versucht, einen Aspekt davon zu verdeutlichen, zu gewichten und an einem strittigen Thema zu beleuchten. ■

↳ Tim Rohardt ist Referent der Parlamentarischen Linken der SPD-Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag.

## DL 21 Aktuell

Am 28. September fand im Gewerkschafts- haus in Berlin-Schöneberg das DL21-Mitgliederforum zur Wahlachse statt. Fast 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Deutschland diskutierten ausgiebig über das Wahlergebnis, den Beschluss des Parteikonvents und die sich daraus ergebenden Konsequenzen.

Zunächst präsentierte die Vorsitzende der DL21, Hilde Mattheis, den Mitgliedern eine kurze Analyse des Wahlergebnisses: Die SPD wurde vor allem wegen ihrer Inhalte gewählt, während die Unionsparteien vor allem wegen der Kandidatin Stimmen bekamen. Das macht deutlich, dass wir mit einem guten Programm in die Bundestagswahl gegangen sind hinter dem die Partei geschlossen stand, aber wir insbesondere bei jungen Frauen kaum punkten konnten.

In der anschließenden Diskussion wurde der Reformkurs, den Sigmar Gabriel seit 2009 eingeschlagen hat, nicht nur begrüßt, sondern auch die Forderung erhoben diesen fortzusetzen. Denn seit 2009 gibt es wieder eindeutige Positionierungen in Fragen der Verteilungsgerechtigkeit und Korrekturen der Politik der Regierungsjahre seit 1998. Damit bekräftigt

die SPD wieder ur-sozialdemokratische Positionen, die ihr Markenkern sind und die die Wählerinnen und Wähler von ihr erwarten. Aber offensichtlich können wir verloren gegangenes Vertrauen nur sehr langsam zurückgewinnen.

Daher muss der begonnene Reformkurs fortgesetzt werden. Die Partei muss sich deutlich als inhaltliche Alternative zur Union aufstellen und klarmachen, dass sie DIE linke Volkspartei ist, welche die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vertritt. Dieser Kurs darf nicht durch die Aufgabe von zentralen Forderungen aus dem Regierungsprogramm gefährdet werden. Allerdings muss sie auch den klaren Willen für eine andere Machtoption deutlich machen.

Klar wurde auch: Die große Mehrheit unserer DL21-Mitglieder steht einer Großen Koalition sehr kritisch gegenüber. Ob es zu einem Bündnis kommt, hängt für die Programmpartei SPD immer davon ab, wie stark sie ihre Inhalte umsetzen kann. Wir stehen für einen echten Politikwechsel. Die SPD ist nicht die Mehrheitsbeschafferin für eine Kanzlerin Merkel.



Dies sind wir auch unseren Wählerinnen und Wählern schuldig, die uns aufgrund unseres Programms ihre Stimme gegeben haben.

Diese Forderung deckt sich auch mit dem Votum der Delegierten des Parteikonvents. Sie befürworteten Sondierungsgespräche und betonten: Eine dann mögliche große Koalition muss die Umsetzung zentraler linker Inhalte garantieren.

Die *DL21* hat sich im Vorfeld aller Entscheidungen für eine breite Mitgliederbeteiligung und einen offenen Diskussionsprozess in un-

serer Partei stark gemacht. Denn nach dem seit 2009 begonnenen Erneuerungsprozess darf es nach der Bundestagswahl weder inhaltlich noch was die Beteiligungskultur anbelangt zu einem roll-back kommen.

Hierzu gehört neben dem vom Parteikonvent letztlich abgestimmten Vorgehen auch der generelle Umgang mit unserem Bundestagswahlergebnis. Wir brauchen daher eine saubere Analyse dieses Ergebnisses, um auf dieser Grundlage den Erneuerungsprozess weiter zu gestalten. Die *DL21* wird sich als Impulsgeberin für die Gesamtpartei daran beteiligen. ■

---

## Glückwünsche

Wir gratulieren unseren HerausgeberInnen Iris Gleicke, Oliver Kaczmarek, Andrea Nahles, Florian Pronold, René Röspele, Ernst-Dieter Rossmann und Carsten Sieling zu ihrem Wiedereinzug in den Bundestag. Ganz besonders freuen wir uns, dass auch Niels Annen nach vierjähriger Unterbrechung wieder im Parlament vertreten ist.

Herzliche Glückwünsche gehen auch an Stefan Schostok, der die Oberbürgermeisterwahl in Hannover mit 66,3 Prozent der Stimmen gewonnen hat. Bereits im ersten Wahlgang am 22.09.2013 hatte er ein hervorragendes Ergebnis von 48,9 Prozent der Stimmen erzielt. Schostok war von 1995 bis 1996 auch wissenschaftlicher Mitarbeiter der spw.

---

## Korrektur

Bei der Autorenangabe des Kurzum der letzten spw-Ausgabe ist uns ein Fehler unterlaufen. Der Artikel stammte nicht von Felix Welti, sondern von Uwe Kremer. Wir bitten dieses Versehen zu entschuldigen.

---

## FES-Publikation: Perspektivenwechsel in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland

Die Reformen auf dem Feld der Migrations- und Integrationspolitik der vergangenen Jahrzehnten nicht aus: Zu diesem Schluss kommen die AutorInnen einer aktuellen Publikation der Friedrich-Ebert-Stiftung, an der auch spw-Redaktionsmitglied Thilo Scholle mitgewirkt hat. Sie fordern unter anderem ein neues Verständnis von Integration, eine Öffnung von Behörden und eine kohärente Migrationspolitik.

► **Das Heft ist auch online abrufbar unter:**  
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/10250.pdf>

---

## Vorankündigung:

Am 30.11.2013 findet im Berliner Abgeordnetenhaus die Herbsttagung des Forum DL21 statt. Weitere Informationen zu der Tagung wird es in Kürze auf der Homepage der DL21 unter [www.forum-dl21.de](http://www.forum-dl21.de) geben.

## Fünf Fragen an... Joachim Schuster



↳ Joachim Schuster

Foto: privat

*Joachim Schuster (geb. 1962) studierte Politik in Marburg und promovierte 1993 in Bremen zu den Perspektiven einer Europ. Währungsunion. Seit 1982 ist er Mitglied der SPD. Zunächst betätigte er sich vor allem bei den Jusos und in der Friedensbewegung. Er arbeitete an den 53-Thesen mit und übte im spw-Zusammenhang in den 90ern geschäftsführende Tätigkeiten aus. Zudem wirkte er an der Weiterentwicklung der Partei-Linken vom Frankfurter Kreis zum Forum DL21 mit. Von 1999 bis 2006 war er Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, von 2006 bis 2011 Staatsrat für Arbeit Jugend und Soziales, von 2011 bis 2012 Staatsrat für Gesundheit und Wissenschaft.*

**spw:** Welche politischen Debatten aus deiner Juso-Zeit haben dich am meisten geprägt?

» **J. Sch.:** Die Diskussion um die 53 Thesen hat für mich auch heute noch eine wesentliche Bedeutung. In den achtziger Jahren stießen die damaligen linken Theorieangebote an Grenzen. Die Herausbildung neuer sozialer Bewegungen, die zunehmende Globalisierung des Kapitalismus und die Verfestigung von Krisenerscheinungen in den kapitalistischen Metropolen bei einem gleichzeitigen Erstarken konservativer Deutungsmuster und auch Regierungen konnten nicht schlüssig erklärt werden. Wir hatten dann ver-

sucht, ausgehend von einer Krisenanalyse auf marxistischer Grundlage, die Herausbildung eines neuen Akkumulationstyps zu begreifen. Darauf aufbauend haben wir Schlussfolgerungen für die politische Regulierung wie auch die Herausbildung hegemonialer Strömungen gezogen. Sicherlich sind die damaligen Erkenntnisse heute nicht mehr eins zu eins anwendbar. Aber die damalige Herangehensweise an theoretische Fragestellungen wie auch die Einordnung der Entwicklung des Kapitalismus in spezifische Entwicklungsetappen, die jeweils eine Bandbreite von Regulierungs- und Entwicklungsoptionen ermöglichen, ist auch heute noch hilfreich.

**spw:** Wie beurteilst du die aktuelle Lage der Partei nach der Bundestagswahl?

» **J. Sch.:** Die SPD befindet sich in einer sehr schwierigen Lage. Das Wahlergebnis war desillusionierend. Zwar befindet sich die SPD in den letzten Jahren auf dem richtigen programmatischen Weg. Wichtige Korrekturen der Agenda 2010 sind vorgenommen worden. Es ist gelungen, soziale Gerechtigkeit neu zu definieren und mit modernen sozialstaatlichen Projekten zu füllen. Aber es ist nicht gelungen, für diese Projekte gesellschaftliche Mehrheiten zu gewinnen. Im Gegenteil, das konservative Lager – inklusive FDP und AfD – hat seinen Stimmenanteil ausgebaut.

Es ist die zentrale Herausforderung, den begonnenen Weg fortzusetzen. Das erfordert aktuell, dassin der Auseinandersetzung um eine mögliche große Koalition die Partei ihre inhaltlichen Eckpunkte weitgehend durchsetzen kann. Nur wenn dies gelingt, ist eine Rot-Schwarze Koalition denkbar. Eine große Koalition, in der die SPD zentrale politische Projekte aufgeben würde, würde die Partei um Jahre zurückwerfen.

**spw:** Was sind die Herausforderungen für die SPD auf mittlere Sicht?

» J. Sch.: Unabhängig davon, wie die kurzfristige Frage nach einer großen Koalition beantwortet werden wird, steht die SPD in den nächsten Jahren vor der Herausforderung, ihre begonnene aber noch nicht zu Ende gebrachte Erneuerung fortzusetzen. In den nächsten Jahren muss die Partei an einer neuen machtpolitischen Perspektive arbeiten. Ein unerlässlicher Schritt dazu ist die Entkrampfung des Verhältnisses zur Partei ‚Die Linke‘. ‚Die Linke‘ muss für die SPD auch im Bund zu einem grundsätzlich möglichen Koalitionspartner werden. Die Veränderungen der Grünen werden wohl dazu führen, dass die Grünen sich nicht nur an die SPD binden, sondern auch schwarz-grün als gleichwertige Alternative betrachten werden. Die neue machtpolitische Konstellation macht es erforderlich, dass die SPD in allen wesentlichen Politikbereichen eine programmatische Führungsrolle für eine Mehrheit links von der Mitteübernehmen kann. Dazu ist es insbesondere notwendig, eine konsistente wirtschafts- und gesellschaftspolitische Perspektive zu entwickeln. Die hier bestehenden Defizite werden im Umgang mit Krise der EU deutlich. Durch die Zustimmung zur Merkels Europapolitik in wichtigen Fragen – wie etwa dem Fiskalpakt – ist nur vage erkennbar, welche eigenen Alternativen die SPD der Merkel’schen Austeritätspolitik entgegensetzt.

Bei einer möglichen Regierungsbeteiligung würde es sicherlich schwieriger, diese Erneuerung voranzutreiben. Aber unmöglich wäre es nicht.

**spw:** Du kandidierst demnächst für das Europaparlament. Welche Schwerpunkte möchtest du dort setzen?

» J. Sch.: Mit meiner Kandidatur zum Europaparlament möchte ich einen Beitrag dazu leisten, dass die maßgeblich von Merkel geprägte, für Europa aber verhängnisvolle Austeritätspolitik beendet wird. Diese

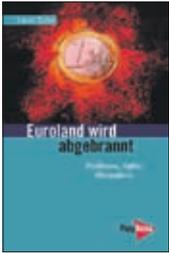
Politik ordnet die gesellschaftliche Entwicklung den Interessen des weltmarktorientierten Kapitals unter, wobei die Hegemonie Deutschlands in Europa gefestigt wird. Priorität muss dagegen die Bekämpfung der ökonomischen und sozialen Krise erhalten. Dazu brauchen wir eine realistische Finanzpolitik, die eine steigende öffentliche Verschuldung nicht pauschal verteufelt, sondern kurzfristig durchaus in Kauf nimmt, um Wachstumsprozesse zu stimulieren. Im Kern geht es um ein anderes europäisches Entwicklungsmodell, welches nicht aufmöglichst unreguliert globalen Wettbewerb zielt, sondern der internationalen Wirtschaft soziale und ökologische Grenzen setzt, sozialen Ausgleich organisiert und soziale Spaltung verhindert.

**spw:** Welche Themen sollten die Sozialdemokratie in den nächsten Jahren am meisten beschäftigen?

» J. Sch.: Neben den Fragen der Weiterentwicklung des Sozialstaates bedarf es vor allem einer Auseinandersetzung mit einem möglichen alternativen europäischen Entwicklungsmodell. Eine sozial-ökologische Alternative in Deutschland ist nicht realisierbar ohne eine entsprechende Gestaltung internationaler Wirtschaftsbeziehungen. Das wiederum erfordert einen Politikwechsel der Europäischen Union. Oder um an die Debatten um die 53-Thesen anzuknüpfen: Wir haben es inzwischen mit einem Akkumulationstyp zu tun, der nicht nur internationale Handelsbeziehungen, zum Teil von der Realwirtschaft losgelöste internationale Finanzmärkte sondern auch internationalisierte Wertschöpfungsketten aufweist. Dies erfordert zumindest einen teilweise internationalisierten Regulierungstyp, in dessen Zentrum in Europa die Europäische Union stehen muss. Allerdings ist umstritten, ob darin ein sozial-ökologisches Projekt verankert werden wird. ■

☞ Das Interview führte Thilo Scholle.

## Leser/in werden – Prämie wählen!



### Prämienpaket 1

**Lucas Zeise**  
Euroland wird abgebrannt. Profiteure, Opfer, Alternativen  
Neue Kleine Bibliothek 174  
142 Seiten, € 11,90, ISBN 978-3-89438-483-8,  
Papyrossa Verlag

**Ceren Türkmen**  
Migration und Regulierung  
Einstiege Band 18  
171 S., € 14,90, ISBN: 978-3-89691-684-6,  
Westfälisches Dampfboot



### Prämienpaket 2

**Frank Deppe**  
Gewerkschaften in der Großen Transformation. Von den 1970er Jahren bis heute – Eine Einführung  
Neue Kleine Bibliothek 184  
148 Seiten, € 11,90, ISBN 978-3-89438-497-5,  
Papyrossa Verlag

**Susanne Feustel / Jennifer Stange / Tom Strohschneider (Hrsg.)**  
Verfassungsfeinde? Wie die Hüter von Denk- und Gewaltmonopolen mit dem »Linksextremismus« umgehen  
160 Seiten, € 12,80, ISBN 978-3-89965-539-1,  
VSA Verlag



### Prämienpaket 3

**Beat Ringer**  
Maßt euch an! Auf dem Weg zu einem offenen Sozialismus mit einem Vorwort von Alex Demirović  
218 Seiten, € 24,90, ISBN: 978-3-89691-875-8,  
Westfälisches Dampfboot

**Ulrich Brand / Bettina Lösch / Benjamin Opratko / Stefan Thimmel (Hrsg.)**  
ABC der Alternativen 2.0.  
Von Alltagskultur bis Zivilgesellschaft  
In Kooperation mit Wissenschaftlicher Beirat von Attac, Rosa-Luxemburg-Stiftung und taz.  
dietaleszeitung  
352 Seiten, € 15,00, ISBN 978-3-89965-500-1,  
VSA Verlag



## Neue Abonnenten/innen erhalten eine Buchprämie als Geschenk

- Ich möchte ein **spw**-Probeheft!
- Ich abonniere **spw** für mindestens zwölf Monate ab Heft: \_\_\_\_\_
- Normal-Abo (39,00 € Inland, inkl. Versand; 37,00 € bei Bankeinzug)
- Auslands-Abo (42,00 € inkl. Versand)
- Mein Prämienpaket:  1  2  3

Die **spw** geht an:

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße, Nr.

\_\_\_\_\_  
PLZ, Ort

\_\_\_\_\_  
Telefon

\_\_\_\_\_  
E-Mail

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

- Ich wünsche Bankeinzug:

\_\_\_\_\_  
Geldinstitut

\_\_\_\_\_  
Bankleitzahl

\_\_\_\_\_  
Konto-Nr.

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

- Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße, Nr.

\_\_\_\_\_  
PLZ, Ort

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-Newsletter informiert werden.

spw erscheint mit sechs Heften im Jahr bei einem Gesamtumfang von ca. 432 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.